

# Krieg und Frieden

Chaja Boebel

**Teilzeit ist ein Recht und kein moralischer Prüfstein**

Anna-Katharina Hornidge

**Europa, emanzipiere Dich! – Vom Bündnispartner zur kooperativ-wehrhaften Mittelmacht**

Joachim Schuster

**Deutschland vor der Alternative - Juniorpartner der USA oder Architekt einer Friedensmacht Europa**

Klaus Schlichte

**Interview: „Wer Geopolitik sagt, meint imperiales Machtstaatsdenken“**

Rolf Mützenich

**Zwischen Krieg und Frieden: Europas Sicherheitsordnung im Umbruch**

Adis Ahmetovic, Anna-Katharina Hornidge, Johannes Varwick  
**Gespräch über Krieg und Frieden**



<b>Leon Billerbeck</b>	
Kurzum.....	4

## MEINUNG

<b>Chaja Boebel</b>	
Teilzeit ist ein Recht und kein moralischer Prüfstein .....	5

## SCHWERPUNKT: KRIEG UND FRIEDEN

<b>Dirk Meyer</b>	
Einleitung zum Heftschwerpunkt.....	8

<b>Anna-Katharina Hornidge</b>	
Europa, emanzipiere Dich! – Vom Bündnispartner zur kooperativ-wehrhaften Mittelmacht .....	12

<b>Joachim Schuster</b>	
Deutschland vor der Alternative - Juniorpartner der USA oder Architekt einer Friedensmacht Europa.....	16

<b>Klaus Schlichte</b>	
„Wer Geopolitik sagt, meint imperiales Machtstaatsdenken“ Interview mit Prof. Klaus Schlichte zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft der internationalen Ordnung.....	20

<b>Rolf Mützenich</b>	
Zwischen Krieg und Frieden: Europas Sicherheitsordnung im Umbruch.....	26

<b>Adis Ahmetovic, Anna-Katharina Hornidge, Johannes Varwick</b>	
Gespräch über Krieg und Frieden .....	31

## ANALYSE & STRATEGIE

<b>Arne Heise</b>	
Rentenpaket, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit – die Quadratur des Kreises? .....	39

<b>Michael Krätke</b>	
Heidelberg und wir .....	44

<b>Arno Brandt</b>	
Europäische Wirtschaft sucht Zukunft – Neu gegründetes „Forum Progressive Wirtschaftspolitik“ sucht Antworten .....	49

## REZENSIONEN

**Michael Krätke**

Rezension: Wie der Kapitalismus die Welt veränderte ..... 52

**Thilo Scholle**

Rezension: Richard Saage zu Max Adler ..... 53

## MELDUNGEN & TERMINE

In eigener Sache ..... 55

Termine ..... 55

### Impressum: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

#### Herausgeber\*innen:

Niels Annen (Hamburg), Claudia Bogedan (Bremen), Andreas Bovenschulte (Bremen), Björn Böhning (Berlin), Arno Brandt (Lüneburg), Klaus Dörre (Jena), Franziska Drohsel (Berlin), Iris Gleicke (Schleusingen), Andreas Fisahn (Enger), Arne Heise (Hamburg), Marc Herter (Hamm), Oliver Kaczmarek (Kamen), Dietmar Köster (Wetter), Michael R. Krätke (Lancaster), Uwe Kremer (Bochum), Kevin Kühnert (Berlin), Andrea Lange-Vester (Hannover), Detlev von Larcher (Weyhe), Matthias Miersch (Laatzten), Benjamin Mikfeld (Berlin), Susi Möbbeck (Magdeburg), Andrea Nahles (Weiler), René Röspel (Hagen), Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn), Sarah Ryglewski (Bremen), Joachim Schuster (Bremen), Carsten Sieling (Bremen), Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn), Thomas Spies (Marburg), Margareta Steinrück (Bremen), Olaf Struck (Erfurt), Michael Vester (Hannover), Claudia Walther (Köln), Felix Welti (Lübeck), Thomas Westphal (Dortmund).

Heftschwerpunkt: Folke große Deters, Sebastian Schmutzger

Redaktion: Leon Billerbeck, Arno Brandt, Folke große Deters, Ole Erdmann, Dirk Meyer, Viktoria Peter, Lasse Rebbin, Thilo Scholle, Sebastian Schmutzger, Stefan Stache

V.i.S.d.P.: Ole Erdmann, redaktion@spw.de

spw erscheint mit vier Heften im Jahr als Mitgliederzeitschrift des Vereins für Demokratie und Völkerverständigung Bielefeld e.V.

Anschrift: Klöcknerstr. 11, 44229 Dortmund; verein@spw.de

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: © ChatGPT/Arno Brandt

Satz und Druck: Ilpa grafischer Betrieb GmbH, Bochum, Auflage: 500 Stück, März 2026

## Kurzum von Leon Billerbeck



↳ Leon Billerbeck ist Mitglied der spw-Redaktion.

Foto: © privat

Jährlich grüßt das Murmeltier der alten und neuen Bros im Kapitalismus aus den Schweizer Bergen. Das Motto lautete diesmal: A spirit of dialogue. Was hat es gebracht? Und was lernen wir?

Erstens war die neue Weltordnung zu besichtigen. Den Auftakt machte Mark Carney, Premier aus Kanada, der keine Lust mehr hat, auf der Speisekarte Donald Trumps zu stehen. In fünf Minuten seiner viral gegangenen Rede legte er dar, wie ein eigenständiges und globales Bündnis der Mittelmächte aussehen könnte, wie wichtig Europa und die Europäische Union darin sind – und von welchen Zielen sich Wirtschaft und Politik darin leiten lassen sollten: Klima, Umwelt, Menschenrechte etc.

Den Wind of Change nahm Präsident Macron mit getöner Pilotenbrille auf und versuchte ihn in seine Segel zu leiten. Von anderen selbsternannten europäischen Führungsanspruchern war hingegen wenig zu hören und zu sehen. Zu sehr schienen sie sich in komplexer Überanpassung selbst zu fesseln.

Gewohnt monologisch, offenherzig und narzisstisch dagegen präsentierte der US-Präsident unverstellt seine imperialistischen Macht- und Gebietsansprüche, die – was Grönland angeht – erst einmal in eine Arbeitsgruppe delegiert wurden. Wiedervorlage garantiert.

Kurzum, Gegenentwürfe zum US-Imperialismus und seiner Weltordnung sind möglich, sie setzen Tatkraft und Überzeugung in sich selbst voraus. Ein Anfang immerhin war zu besichtigen, den es nun weiterzuentwickeln gilt.

Zweitens ist dieser Impuls zumindest handelspolitisch bei der Europäischen Union angekommen. Die aggressive Abwendung der USA von offenen Handelsströmen scheint jedenfalls einen Einigungsschub ausgelöst zu haben. Nachdem lange Zeit Partikularinteressen innerhalb der Europäischen Union Freihandelsabkommen blockiert hatten, ging es nun schnell, erst MERCOSUR und dann Indien, beides starke Signale eigenen Überlebenswillens – sieht man vom bemerkenswerten gerichtlichen Überprüfungsantrag von EVP, Grünen und Ultraderechten im Europäischen Parlament ab.

Kurzum, Europas Antwort auf seinen Platz in der verflüssigten Weltordnung heißt – Europa und neue Partnerschaften.

Drittens bot Davos Anlass zur Hoffnung bei Künstlicher Intelligenz und europäischer Industrie. Mit Smart Factories den Datenschatz zu heben, KI mit praktischen und analogen Tätigkeiten zu verbinden, wird in Davos als vielversprechend und als Europas zweite Chance gesehen – von Polepositionen gar war die Rede.

Kurzum, Disruptionen schaffen immer auch neue Möglichkeitsräume. Neue Möglichkeiten bedeuten, alte Fehler zu vermeiden. Nutzen wir die zweite Chance diesmal souverän und verticken nicht für nichts kostbare Daten, die hiesige Arbeitnehmer\*innen erwirtschaften.

Wir leben in bewegten Zeiten. Bei allen Abscheulichkeiten alter und neuer Autokraten, die Geschichte öffnet sich gerade und vieles wird möglich, in beide Richtungen. In Davos waren die möglichen Richtungen zu besichtigen, Dys-topisches und Utopisches.

Kurzum, sehen wir unsere Chancen in der Renaissance des Politischen und bringen unsere Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit auf die Tagesordnung, wie die Bekämpfung des Reichtums, gerechten Klima- und Strukturwandel, gemeinwohlorientierte KI und Demokratie. Auch das lässt sich aus Davos lesen. ■

# Teilzeit ist ein Recht und kein moralischer Prüfstein

von Chaja Boebel



☞ Chaja Boebel ist Historikerin und arbeitet im Ressort Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik der IG Metall.

Foto: © babelphoto

Gitta Connemann, Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT), fordert, den Rechtsanspruch auf Teilzeit nur noch bei „besonderer Begründung“ zuzulassen – Kinder, Pflege, Weiterbildung. Alles andere solle als „Lifestyle“ gelten. Der entscheidende Punkt ist genau diese Rahmung: Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit. Sie ist kein Einzelruf, sondern Teil einer breiteren politischen Linie, die unter dem Label „mehr arbeiten“ und „mehr Flexibilität“ die Schutzlogik des Arbeitsrechts verschieben will. Parallel wird an einer Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts gearbeitet. Der CDU-Wirtschaftsrat präsentiert eine sogenannte „Agenda für Arbeitnehmer“, die als „Agenda gegen Arbeitnehmer“ gelesen werden muss – das wird dann als Modernisierung verkauft. Zusammengedacht geht es nicht um einzelne Instrumente, sondern um eine Richtungsentscheidung, weg von einklagbaren Rechten und hin zu betrieblicher Verfügbarkeit und Durchsetzungsmacht.

Der Begriff „Lifestyle-Teilzeit“ erzeugt eine moralische Hierarchie. Vollzeit wird zur Norm, Teilzeit zur erklärungsbedürftigen Abweichung. Konflikte wandern damit in die Sphäre einzelner Beschäftigter – dorthin, wo sie am schwersten auszutragen sind. Dabei ist das geltende Recht moderner, als die Attacken vermuten lassen. Beschäftigte können nach sechs Monaten im Betrieb ihre Arbeitszeit reduzieren, abgelehnt werden darf nur aus betrieblichen Gründen. Seit 2019 gibt es die Brückenteilzeit, also die befristete Reduzierung mit Rückkehrrecht.

Das schafft Ordnung, Planbarkeit und klare Kriterien. Eine Ablehnung ist kein Ausdruck von Missfallen, sondern an enge Voraussetzungen gebunden – etwa wesentliche Beeinträchtigungen der Arbeitsorganisation, Sicherheitsfragen oder unverhältnismäßige Kosten. Wer daraus „Lifestyle“ macht, kehrt die Logik des Arbeitsrechts um und verwandelt Schutzrechte in Gesinnungsprüfungen.

Diese Moralisierung ist kein Zufall. Sie verschiebt die Debatte von Rechten hin zu „Verdienst“. Wer Teilzeit als freiwillige Abweichung markiert, öffnet die Tür für eine Logik, in der soziale Sicherung an individuelle Erwerbsleistung gekoppelt wird. Das ist ein Angriff auf das Solidarprinzip – und führt zwangsläufig dazu, dass Menschen nach ihrer Verwertbarkeit sortiert werden. Heute trifft es angebliche „Lifestyle-Teilzeit“, morgen alle, die nicht (mehr) voll arbeiten können: Kranke, Ältere, Menschen mit Behinderung.

Dabei sind die Zahlen eindeutig: 2024 arbeiteten 29 % der Erwerbstätigen in Teilzeit, fast jede zweite Frau (49 %), aber nur jeder neunte Mann (12 %). Das ist kein Sittenverfall, sondern spiegelt Lebensphasen, Betreuungspflichten und Arbeitsbedingungen. Zugleich wollen viele Vollzeitbeschäftigte ihre Arbeitszeit reduzieren – 49 % der Frauen, 58 % der Männer (2021). Wer in dieser Lage pauschal „mehr Arbeit“ fordert, ignoriert Belastungen und Care-Realitäten.

Damit ist ein Gerechtigkeitsproblem markiert. Teilzeit ist in Deutschland weiblich – mit handfesten Gründen: mangelnde, teure oder unzuverlässige Betreuung, starre Schichtsysteme, Präsenzkulturen, der implizite Erwartungsdruck, dass Care unsichtbar „nebenbei“ zu passieren habe. Wer das ausblendet, individualisiert strukturelle Konflikte. Frauen werden zu Moraladressatinnen und Betriebe aus der Verantwortung entlassen, Politik kann so tun, als ginge es um „Lifestyle“, nicht um Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung. Die zentrale

Leerstelle der Debatte heißt Care-Arbeit: Ohne sie mitzudenken, verfehlt man die Realität von Millionen. Care ist keine Option, sondern Voraussetzung dafür, dass Menschen arbeitsfähig bleiben – und Betriebe Personal halten.

Wer Care-Arbeit kleinredet, schadet der eigenen Fachkräftestrategie. Ohne verlässliche Infrastruktur kehren Beschäftigte nicht in Vollzeit zurück, ohne planbare Arbeitszeiten steigen Ausfälle. Eine Politik, die nur die Pflicht zu mehr Arbeit betont, ohne Arbeitsbedingungen und Care-Infrastruktur zu verändern, verfehlt den Kern. Sie ist rückwärts-gewandt – und unmodern.

Wie dieser Kurs aussieht, wenn er politisch durchdekliniert wird, zeigt der CDU-Wirtschaftsrat: Arbeitslosengeld I auf 12 Monate begrenzen, Mütterrente und Rente mit 63 streichen, Rentenalter erhöhen, Zahnbehandlungen aus der GKV herausnehmen, Wegeunfälle aus der gesetzlichen Unfallversicherung. Das ist keine kleine Korrektur, sondern eine Richtung: Risiken, die bisher kollektiv getragen werden, sollen individualisiert werden. Rechtssicherheit soll zu Ermessensspielräumen schrumpfen. Gesundheitspolitisch ist das kurzsichtig. Zähne sind keine Lifestyle-Objekte, Arbeitsunfälle kein Privatvergnügen. Prävention jetzt zu sparen heißt, Folgekosten später zu steigern. Die Kosten verschwinden nicht – sie verlagern sich.

Ein verlässlicher Sozialstaat ist Teil unserer Infrastruktur. Er reduziert Angst, schafft Planbarkeit, hält Arbeitsfähigkeit hoch und stabilisiert Nachfrage. Rechte wie Brückenteilzeit oder tarifliche Modelle der verkürzten Vollzeit sind keine Aussteigerprogramme, sondern Instrumente, um Leistung über den Lebensverlauf zu ermöglichen. Beschäftigte bleiben an Bord, statt auszubrennen. Betriebe kalkulieren Übergänge, statt Ausfälle zu managen. Das Ergebnis ist nicht weniger, sondern besser organisierte Arbeit.

Dasselbe gilt im Betrieb: Rechte reduzieren Transaktionskosten. Weniger Aushandlung im Konflikt, mehr Planung im Vorfeld. Tarifliche Modelle verkürzter Vollzeit stabilisieren

Schichtsysteme, Wunschdienst-Fenster senken Ausfälle. Das ist kein nice-to-have, sondern ökonomisch rational.

Problematisch wird es, wenn man sprachlich camoufliert. „Flexibilisierung“ klingt modern, meint aber oft die Verlagerung von Recht ins Ermessen. Wo klare Kriterien verschwinden, entsteht der Einzelfall – und mit ihm Ungleichheit. Gewerkschaften haben seit dem 19. Jahrhundert dafür gekämpft, vom Individual- zum Kollektivanspruch zu gelangen: Regeln, die gelten, Verfahren, die planbar sind, Korridore, die Sicherheit schaffen und trotzdem anpassbar bleiben.

In der Frühindustrialisierung wurde erfahrbar, was es bedeutete, wenn Arbeitszeit und Verhalten per Ordnung geregelt wurden: Erlaubnisscheine, Kontrollen, Sanktionen. In einer Fabrikordnung von 1846 steht sinngemäß, dass während der Arbeitsstunden niemand ohne „Erlaubniskarte“ die Fabrik verlassen dürfe. Das ist der Geist der Zurichtung – der Unternehmer als Herr im Haus mit umfassender Verfügungsmacht.

Der 8-Stunden-Tag galt im undemokratischen Kaiserreich als unerreichbar und schien eine ferne Utopie.

Während der Novemberrevolution 1918 wurde er im Stinnes-Legien-Abkommen formuliert und in der demokratischen Republik verankert. Gleiches gilt für die Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner auf Augenhöhe. Das war nicht nur ein arbeitsrechtlicher Fortschritt, sondern ein integraler Teil der Demokratisierung Deutschlands.

Gewerkschaften sind die organisierte Form, in der Beschäftigte Interessen bündeln und bestehende Machtasymmetrien nach Kräften ausgleichen. Tarifverträge und Mitbestimmung sind das Gegenteil von „Erlaubniskarten“: nicht Gnade, sondern Regelbindung. Wer heute Rechte abschafft oder aushöhlt, indem er ihren Wesenskern von individuellen Erlaubnissen abhängig macht, rührt an einer Errungenschaft der Arbeiter:innen bzw. Gewerkschaftsbewegung.

Was Betriebe vermeiden sollten, ist Moralisierung. „Wer weniger arbeitet, soll weniger bekommen“ ist vermeintlich gerecht, verkennt aber, wie soziale Sicherung funktioniert. Die Rentenversicherung folgt dem Äquivalenzprinzip – die Krankenversicherung nicht. Sie trägt Risiken kollektiv, weil Krankheit keine moralische Kategorie ist. Wer hier „Eigenverantwortung“ als Keule führt, öffnet das Tor zur Privatisierung – erst bei Zähnen, dann bei Risiken, schließlich bei Lebensläufen.

Es gibt ein wiederkehrendes Muster: Rechte werden sprachlich marginalisiert („Lifestyle“), als „Reformbedarf“ versachlicht und anschließend reduziert („Notwendigkeit“). Erst wird Misstrauen gesät („Missbrauch“), dann werden Härtefälle betont, schließlich wird das Normalmaß verengt. Dagegen helfen zwei Dinge: klare Begriffe – und Institutionen, die diese Begriffe mit Leben füllen. Gewerkschaften, Tarifverträge und Mitbestimmung sind genau solche Institutionen. Sie übersetzen Rechte in reale Alltagserfahrungen.

Darum ist die Auseinandersetzung um Teilzeit größer als ihr unmittelbarer Gegenstand. Sie ist eine Richtungsfrage: Wollen wir eine Arbeitsgesellschaft, in der Erwerbsbiografien planbar sind, Care-Arbeit sichtbar ist und Sicherheiten nicht als Luxus gelten – oder eine, in der Verfügbarkeit zum Leitprinzip wird und Recht durch Einzelfallregeln ersetzt? Wer Letzteres wählt, macht Arbeit unsicherer – und Demokratie verletzlicher.

„Lifestyle-Teilzeit“ ist ein Testballon. Er prüft, wie weit sich Schutzrechte moralisieren und der Sozialstaat segmentieren lässt. Unsere Antwort ist schlicht – und verbindlich: Wo Risiken kollektiv getragen werden, entstehen Vertrauen, Planungssicherheit und Produktivität. Wo Rechte zu Gnadenakten schrumpfen, werden Menschen vereinzelt, Betriebe kurzsichtig, Gesellschaften nervös. Ein verlässlicher Sozialstaat und eine mitbestimmte Arbeitswelt sind keine Sentimentalität, sondern Voraussetzung dafür, dass dieses Land zusammenhält – im Betrieb, im Gemeinwesen, in den demokratischen Strukturen. ■

# Krieg und Frieden

## Einleitung zum Heftschwerpunkt

Von Dirk Meyer<sup>1</sup>



Kriege werden begonnen und brechen nicht aus. Ihre Ursachen gründen nicht zuletzt in politisch-ökonomischen Konfigurationen und sind damit historisch, je individuell ebenso wie systemisch zu betrachten. Auch Frieden wird gemacht und geschieht nicht einfach – auch in ihm materialisieren sich reale Macht-konfigurationen.<sup>1</sup>

Die fortdauernde Präsenz des Ukrainekrieges bei uns suggeriert eine historisch-kriegेरische Singularität, eine Betrachtung, die in der seit 1945 fortgesetzt globalen Anwesenheit von Kriegen außerhalb Europas erstaunt und von Beginn an global keineswegs einhellig geteilt wurde. Die überdies vor allem moralische Bewertung auch dieses unzweifelhaft grausamen Kriegsgeschehens verdeckt darüber hin-

aus die Analyse jener politisch-ökonomischer Konfigurationen, die zur Zunahme künftiger Krisen- und Kriegskonstellationen eben aufgrund dieser Konfigurationen führen wird.

Was also sind die ursächlichen Tiefenstrukturen von Krieg und Frieden jetzt und in nächster Zukunft? Wie verändert sich absehbar die geoökonomische Tektonik im globalen Kapitalismus? Was bedeutet das für die deutsche und europäische Politik? Was für die internationale Politik? Und lassen sich daraus Handlungsoptionen destillieren, die Umriss und Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik erkennbar werden lassen?

Dies auch nur ansatzweise in einem Schwerpunkt abzubilden, ist unmöglich und kann nur der Anfang sein. Das sollte es aber auch, denn Krieg und Frieden sind existentielle Fragen.

<sup>1</sup> Dirk Meyer ist Historiker, Ministerialdirektor a.D. und hauptamtliches Redaktionsmitglied. Er lebt in Berlin.

Die militär- und sicherheitspolitischen sowie fiskalischen Entscheidungen Deutschlands und Europas seit der „Zeitenwende“ prägen in entscheidender Weise politische Handlungsräume der nächsten Jahre vor. Der vorliegende Schwerpunkt analysiert daher nicht den aktuellen Territorialkrieg auf europäischem Boden, auch wenn er Referenzpunkt in den Beiträgen ist, sondern versucht zu verstehen, warum kriegerische Auseinandersetzungen in der Zukunft eher zu- als abnehmen und was das für politische Strategien bedeutet.

In Anlehnung an Gramscis Diagnose der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts ist von „fortgesetzte(r) Volatilität und Unabgeschlossenheit (...) im (...) Interregnum“<sup>2</sup> aus mindestens drei Gründen auszugehen: Die bisherige neoliberale wird durch eine sich gerade erst herausbildende geoökonomische politische Ökonomie abgelöst. Es existiert aktuell kein attraktives hegemoniales Rollenmodell, das der USA verschwindet gerade, Russland und China waren und werden es nicht. Die sich dramatisch verschärfende Klimakrise erzwingt eine neue, extrem spannungsgeladene neue politische Ökonomie. Höhere Konflikthaftigkeit und zunehmende Instabilität in der internationalen Politik bei schwindender US-Hegemonie und westlicher Vorherrschaft seien zu erwarten.<sup>3</sup>

Da der sich herausbildende geoökonomische Kapitalismus Staat und Wirtschaft repolitisiert, entstehen neue Möglichkeitsräume: Wenn sich Staat, Markt und Politik neu konfigurieren, dann öffnet sich der strategische Raum auch für progressive Politik. Allerdings: „Progressive Politik in geoökonomischen Zeiten kann eben kein Abziehbild vergangener Ideen sein.“<sup>4</sup>

Dieser materialistische Analyseansatz ordnet wichtige Phasen und Aspekte der sich verflüssigenden Zeitläufte – und ordnet sie über die verschiedenen Beiträge dieses Schwerpunktes ein:

Die in den 1980er Jahren hegemonial gewordene Phase des neoliberalen Kapitalismus beendete die Akkumulationskrise des Fordismus und erhuf ihren Höhepunkt im Ende der Sowjetunion mit der globalen Durchsetzung dieser Ausprägung des Kapitalismus unter unipolarer Herrschaft der USA. Die dazu passende, weil die marktliberalen Kräfte funktional einbettende (und teils verklärte) „regelbasierten Ordnung“ (man denke nur an die Gründung der WTO) suggerierte eine friedliche Stabilität, deren Geschichtlichkeit und eindimensionale westliche Betrachtung *Klaus Schlichte* und *Anna-Katharina Hornidge* in ihren Beiträgen kritisch hinterfragen.<sup>5</sup>

Im Schatten und auf Grundlage dieser Ordnung ist die VR China als staatskapitalistisches Land zu einem ernsthaften politischen, militärischen, technologischen und ökonomischen Konkurrenten der USA aufgewachsen. Mit inzwischen vier Globalinitiativen hat China es geschickt verstanden, sich langfristig und weltumspannend Zugriff auf Ressourcen und Loyalitäten zu verschaffen, parallel zu den westlich dominierten multilateralen Institutionen eine zweite, von China mitgeprägte plurilaterale Ordnung zu schaffen. Zuletzt war die daraus erwachsene Resilienz Chinas gegenüber den handelskriegerischen Angriffen der USA eindrucksvoll zu besichtigen. Wie lange dieser Konflikt ohne militärische Mittel ausgetragen wird, ist eine der zentralen globalpolitischen Fragen unserer Zeit.

Parallel haben sich mit dem Durchbruch der digitalen Produktivkräfte und aktuell der darauf aufbauenden disruptiven Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz die Akkumulationsbedingungen des globalen Kapitalismus dramatisch verändert. Noch ist offen, ob die gigantischen Finanzzweiten eingelöst werden

2 Milan Babic, *Geoökonomie. Anatomie der neuen Weltordnung*, FaM 2025, S. 160, ein sehr empfehlenswertes Buch. Siehe ebenso: Peter Wahl, Erhard Crome, Fran Deppe, *Weltordnung im Umbruch. Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt*, Köln 2025; Daniel Marwecki, *Über die Neuordnung der Macht im 21. Jahrhundert. Die Welt nach dem Westen*, Berlin 2025; Julian Nida-Rümelin, *Der Epochenbruch*, Berlin 2025; Giuliano da Empoli, *Die Stunde der Raubtiere, Macht und Gewalt der neuen Fürsten*, München 2025

3 Babic, ebenda S.195

4 Ebenda, S.200

5 Siehe aktuell auch: Klaus Schlichte, *Das Elend der Geopolitik*, Hamburg 2026

oder platzen, in jedem Fall wird der globale Machtkampf um Standards und Regeln nicht erst seit Trump II bis an die Grenze von Handelskriegen ausgetragen.

Der Finanzcrash 2007/08 war rückblickend der Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismusmodells – die Covid-Pandemie, der russische Angriffskrieg, der Aufstieg rechts-populistischer Parteien und die Krise der Demokratie, die Folgen der Klimakrise und die fortgesetzte Ungleichheit haben eine Phase multipler Krisen eingeleitet, die sich gegenseitig verschärfen und das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben.

Mit Donald Trump ist zudem ein Präsident zum zweiten Mal an die Spitze der USA gewählt worden, der die territoriale Neuordnung aktiv und aggressiv vorantreibt, die alte Ordnung offen zerstört und in „seiner“ Einflussphäre unbegrenzte hegemoniale Macht beansprucht. Bretton-Woods-Institutionen, das VN-System, die NATO und das transatlantische Verhältnis gehören der Vergangenheit an – und werden nicht zurückkommen. Im Innern geht der Umbau zu einem elektoralen Autoritarismus voran. Massenproteste wie zuletzt in Minneapolis geben Hoffnung, dass sich der Widerstand organisiert.

Europa und die Europäische Union scheinen nahezu unvorbereitet in diese Neukonfiguration geraten zu sein: In der Abwehr des Ukrainekrieges hat man wider besseres Wissen auf US-amerikanische Unterstützung nach Biden gesetzt – und entwickelt bis heute keine eigene Idee für eine europäische Nachkriegsordnung. In der Digitalisierung und der KI ist man von US-Technologie abhängig. Der Handelskrieg mit den USA beschleunigt die Deindustrialisierung und zwingt zugleich in neue fossile Pfadabhängigkeiten. Neue Handelspartnerschaften gelingen nur mühsam. Eine aktive Bündnispolitik mit dem globalen Süden und im multilateralen System bricht sich an finanziellen Rückzügen. Historisch nie dagewesene Ausgaben für Rüstung und Militär erschweren die im Draghi-Bericht angemahnten Investitionen. Europas Antwort auf Europas Krise fällt kakophon aus. Vielfältig

blicken *Joachim Schuster, Adis Ahmetovic, Anna-Katharina Hornidge* und *Johannes Varwick* darauf.<sup>6</sup>

Fragt man danach, wie denn eine breiter gefasste europäische Sicherheits- und Souveränitätsperspektive aussehen könnte, um den Unsicherheitsfaktoren der kapitalistischen Reorganisation etwas entgegenzusetzen, neue Möglichkeitsräume zu erschließen, fallen u.a. bei *Rolf Mützenich* folgende Punkte auf:

Europa möge nicht den Versuch unternehmen, globale Großmacht werden zu wollen.<sup>7</sup> Um dauerhaft in der zugespitzten Konfliktlage der Großmächte bestehen zu können, brauche Europa souveräne Verteidigungsfähigkeit, digitale und rohstoffbezogene Souveränität sowie verstärkte Konzentration auf das eigene, binnenwirtschaftliche Potential in Verbindung mit neuen Partnerschaften im globalen Süden.

Was die Fragen der militärischen Sicherheit angeht, fällt auf, dass Europas Zukunft in auf Verteidigungsfähigkeit ausgerichteten Strukturen gesehen wird, auf Rüstungskontrolle und -begrenzung, auf Kontrolle eines rasant wachsenden neuen Militärisch-Industriellen Komplexes. Angesichts der historisch einmaligen Ausgaben für Militär und Rüstung wird die Gefahr gesehen, kaum mehr Spielräume für andere, zukunftsrelevante Themen im Haushalt zu sehen. Damit ist vor allem die sich dramatisch verschärfende Klimakrise gemeint, die aus den Agenden der Öffentlichkeit aktuell verschwindet – realiter aber entscheidender Faktor für den Rest des Jahrhunderts zu werden.

Für die Verengung dieser Debatte macht *Klaus Schlichte* das machtstaatlich gedachte Konzept der Geopolitik verantwortlich, das den Blick auf die Kooperationsstrukturen in der internationalen Politik verstelle. Darin sehen einige Autor\*innen einen Hebel für sozialdemokratisch geprägte Außen- und Sicherheitspolitik – realpolitische Wege aus

<sup>6</sup> Siehe aktuell auch: Johannes Varwick, Stark für den Frieden. Was jetzt für eine rationale Sicherheitspolitik zu tun ist, FaM 2026

<sup>7</sup> Siehe Rolf Mützenich, Rückkehr der Machtpolitik, IPG Journal 05.02.2026, hier setzt sich Mützenich kritisch mit der Aufforderung von Bundeskanzler Merz auseinander, „die Sprache der Machtpolitik“ wieder (?) zu lernen

den existenzbedrohenden großen planetaren Herausforderungen zu suchen, die soziale Stabilität in der EU wiederherzustellen und sich die Spielräume für eine auf defensive Verteidigungsfähigkeit ausgerichtete Politik zu erarbeiten – wahlweise unter Einschluss von Sicherheitsarchitekturen, die Russland perspektivisch wieder integrierten, wie *Johannes Varwick* einfordert.

Ein wichtiges Desiderat dieses Schwerpunktes bleiben die militärtechnologischen Fragestellungen: Die aktuellen Kriege sind ein Booster in der autonomen Steuerung KI-gestützter Drohnen, der Aufklärung, von Hyperschallraketen und einer nächsten absehbaren Aufrüstungsrunde unter Einschluss von China, die das Sicherheitsdilemma aus dem Kalten Krieg insofern verschärfen, als die Reaktionszeiten ein weiteres Mal dramatisch kürzer werden – und damit die Gefahren nuklearer Selbsterstörungen erhöhen. Anders als in den 80er Jahren gibt es hierzu nur eine kleine Gemeinde an Spezialist\*innen, wie überhaupt der

Resonanzraum für offene und kritische Debatten enger geworden zu sein scheint. Dass das geht, zeigt das Tischgespräch, bei dem die Teilnehmenden in der Beurteilung des Ukrainekrieges stark differieren – und trotzdem respektvoll miteinander sprechen können.

Es ist Anspruch der spw, Krieg und Frieden als Ausprägungen politisch-ökonomischer Ordnungen und Konfigurationen zu sehen. Dem nähert sich der Heftschwerpunkt an. Und beginnt einen Diskurs, der kontinuierlich fortgeführt werden muss. Die gegenwärtige Strategie der Unionsparteien, Bomben statt Butter zu postulieren, der Suche Europas nach einer Rolle in der wilden Großmächtekonik vor allem altneoliberale soziale Unsicherheiten entgegenzusetzen, ist brandgefährlich. Im Kontext des Grundsatzprogrammprozesses der SPD (und parallel der Linkspartei) diesem Weg etwas entgegenzusetzen, auch dafür bietet spw eine Plattform und Basis. Insofern ist der Schwerpunkt auch eine Einladung an Beiträge im analogen und digitalen Bereich. ■

## Interesse an mehr?

Erkunde die neue spw-Website. Online Specials, das frei verfügbare Heftarchiv und weitere Inhalte hier entdecken:



Bleib auf dem Laufenden!  
Hier beim Newsletter anmelden:



# Europa, emanzipiere Dich! – Vom Bündnispartner zur kooperativ-wehrhaften Mittelmacht

von Anna-Katharina Hornidge



↳ **Anna-Katharina Hornidge** ist Direktorin des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) und Professorin für Globale Nachhaltige Entwicklung an der Universität Bonn.

Foto: © German Institute of Development and Sustainability

Die internationale Ordnung befindet sich in tiefgreifendem Umbau. Die auf Völkerrecht, multilateralen Institutionen und kooperativer Konfliktbearbeitung beruhende Nachkriegsordnung verliert zunehmend an Bindekraft. An ihre Stelle tritt offen artikuliert Macht-politik, in der geopolitische Interessen wieder vorrangig durchgesetzt werden. Diese Entwicklung ist nicht auf einzelne Akteure beschränkt, sondern Ausdruck einer strukturellen Verschiebung globaler Machtverhältnisse. Für Europa stellt sich nicht mehr die Frage, ob eine strategische Neuorientierung notwendig ist, sondern unter welchen politischen und institutionellen Voraussetzungen es internationale Handlungsfähigkeit bewahren kann.

Die Rückkehr unverhohlener Machtpolitik zeigt sich in zentralen Konflikten der Gegenwart. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert einen eklatanten Bruch des Völkerrechts und der europäischen Sicherheitsordnung. Chinas expansive Politik im Südchinesischen Meer untergräbt internationale Rechtsansprüche. Besonders deutlich wird die Krise der regelbasierten Ordnung im Handeln der USA. Der Eingriff in die staatliche Souveränität Venezuelas, einschließlich der Entführung des amtierenden Präsidenten, ist ein klar völkerrechtswidriger Akt. Selbst jene Akteure, die sich traditionell als Garanten der liberalen Ordnung verstanden haben, sind zunehmend bereit, rechtliche Normen

zugunsten machtpolitischer Zielsetzungen zu suspendieren – ohne den Versuch dies, wie beispielsweise noch Anfang der 2000er und der Invasion in den Irak, völkerrechtlich zu legitimieren. Macht verdrängt Recht – nicht als Ausnahme, sondern als strukturelles Prinzip internationaler Politik.

Dazu geraten multilaterale Institutionen unter erheblichen Druck. Die Vereinten Nationen sind durch politische Blockaden, Legitimationsverluste und massive Budgetkürzungen in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Das OECD-geprägte Entwicklungssystem leidet unter institutionalisierten Asymmetrien. Im Welthandel blockieren Protektionismus und Reformverweigerung zentrale Anpassungsprozesse. Die internationale Klimapolitik bleibt trotz eskalierender ökologischer Krisen hinter den notwendigen Fortschritten zurück. Zusammengefasst weisen diese Entwicklungen auf eine Krise globaler Governance, die nicht technischer, sondern politischer Natur ist.

## Strategische Autonomie durch Kooperationspolitik

Für Europa verschärft diese Situation ein grundlegendes Dilemma. Einerseits ist die Europäische Union wirtschaftlich, politisch und normativ tief in die bestehende Ordnung eingebunden. Andererseits erweist sich ihre insbesondere wirtschafts- und sicherheitspolitische Abhängigkeit von externen Machtzentren als problematisch, die etwa in den verhaltenen europäischen Reaktionen auf den US-Angriff auf Venezuela Ausdruck findet.

Internationale Emanzipation Europas bedeutet unter diesen Bedingungen nicht die Abkehr von Bündnissen, sondern den Aufbau strategischer Autonomie als Voraussetzung eigenständiger politischer Urteils-, Sprech- und Handlungsfähigkeit.

Strategische Autonomie ist nicht als Abschottung zu verstehen, sondern als Fähigkeit, Abhängigkeiten zu reduzieren, Prioritäten eigenständig zu setzen und Kooperationen auf Augenhöhe zu gestalten. Voraussetzung hierfür ist ein kohärenteres Auftreten Europas in internationalen Arenen und die Überwindung der Fragmentierung europäischer Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Zugleich muss Europa seine internationale Rolle neu über Partnerschaften definieren. In einer multipolaren Welt sind es zunehmend Mittelmächte und Regionalmächte, die mit Europa das Interesse an stabilen Regeln und funktionsfähigen Institutionen teilen und sich für diese einsetzen können. Staaten wie Brasilien, Südafrika, Indien oder Indonesien haben im Rahmen internationaler Foren wiederholt gezeigt, dass sie bereit sind, Verantwortung für globale öffentliche Güter zu übernehmen. Südafrika gestaltete zuletzt eine sachorientierte G20-Präsidentschaft mit Fokus auf Themen wie Schuldenumstrukturierung, Ernährungssicherheit und Klimafinanzierung. Auch die drei südlichen Präsidentschaften zuvor (Brasilien 2024, Indien 2023, Indonesien 2022) priorisierten globale Verteilungsfragen und bezogen sich zentral auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Statt die Welt weiterhin in entwickelte und weniger entwickelte Regionen dieser Erde aufzuteilen, unterstreicht diese Agenda und ihre 17 Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs) als universelle Aufgabe und Herausforderung. Alle Länder sind gefordert, ihre Wirtschafts- und Sozialsysteme so umzugestalten, dass ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung und Teilhabe möglich ist. Auch die Klimaverhandlungen in Brasilien Ende 2025 stehen für Verantwortungsbereitschaft und Gestaltungswillen des Südens. Doch die von Brasilien als Gastgeber angestrebte Verabschiedung der Roadmap zum Ausstieg aus den fossilen Energien kam nicht zustande, da Hochemittenten aus dem Norden sich gegen diese wandten.

Mit dem ökonomischen Erstarken vieler Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas rücken strukturelle Asymmetrien im globalen

Handels- und Wirtschaftssystem, in multilateralen Strukturen oder in Digital- und Informationssystemen immer mehr ins Zentrum des geopolitischen Agierens vieler Mittelmächte im Süden. Möchte Europa diese Länder als vertrauensvolle Partner gewinnen, was für seine politische Emanzipation zentraler Baustein ist, muss es sich für den Abbau dieser Asymmetrien einsetzen. In diesem Zusammenhang gewinnen die nach außen gerichteten Politikfelder Europas und Deutschlands – Entwicklungs- und Außenpolitik, Handels- und Wirtschaftspolitik, Umwelt- und Wissenschaftspolitik – eine neue strategische Bedeutung. Der Normalfall internationaler Zusammenarbeit ist nicht mehr kompensatorische Hilfe, sondern Kooperation im wechselseitigen Interesse und unter Anerkennung des jeweiligen Strebens nach Autonomie. Entwicklungspolitik, als traditionelles Politikfeld in der Interaktion mit Niedrig- und Mitteleinkommensländern, ist gefordert, sich als Kooperationspolitik neu zu erfinden.

### **Europa und Deutschland: Zwischen Anspruch und geopolitischer Realität**

Doch in ihrer Reaktion auf geopolitische Machtverschiebungen und sicherheitspolitische Krisen sowie zunehmend polarisiertes Wahlverhalten innerhalb Europas setzt die EU auf Sicherheit, Migrationssteuerung und Wohlstandssicherung als „große Linien“ der EU-Politik. Themen wie Klima, Nachhaltigkeit und internationale Zusammenarbeit werden zwar weiterhin rhetorisch betont, verlieren jedoch in der praktischen Prioritätensetzung an Gewicht. In den politischen Leitlinien der Europäischen Kommission für die Jahre 2024–2029 taucht die Agenda 2030 nur noch am Rande auf. Der European Green Deal mit dem Ziel, Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, wurde im Jahr 2025 durch den Clean Industrial Deal ergänzt, der stärker ökonomische Dimensionen betont. Und während Verteidigungsausgaben steigen, drohen erhebliche Einbußen bei der globalen, wie auch in-neuropäischen Verteilungsgerechtigkeit.

Die zentrale Zerrissenheit der EU zwischen normativ nachhaltigem Anspruch, geopoliti-

scher Realität und Eigeninteressen zeigt sich in der Global Gateway Initiative der EU. Sie wurde 2022 im Kontext des EU-AU-Gipfels angekündigt und verfolgt das Ziel, zwischen 2021 und 2027 bis zu 300 Milliarden Euro an öffentlichen und privaten Investitionen zu mobilisieren. Der Fokus liegt auf dem Ausbau der Infrastruktur – von Energie- und Verkehrsnetzen über Digitalisierung bis hin zu Gesundheits- und Bildungssystemen. Offiziell soll Global Gateway wohlstandsfördernd, klimastabilisierend und sozial gerecht wirken. Hierfür geht sie weit über klassische Entwicklungszusammenarbeit hinaus: Handelsabkommen, Lieferkettenregulierungen, Klimafinanzierung sowie strategische Industrie- und Rohstoffpolitik sind integrale Bestandteile. Die Gespräche zum EU-AU Gipfel Ende 2025 in Angola zeigten jedoch, dass bisher sowohl für Mitgliedsstaaten als auch für Partnerländer unklar bleibt, was Global Gateway tatsächlich leistet. Hier bedarf es sichtbarer Umsetzung und klarer politischer Kommunikation.

Auch die deutsche Politik folgt dem Trend, Eigeninteressen rhetorisch ins Zentrum von Politikgestaltung zu stellen. Entwicklungs- und Außenpolitik werden zunehmend als Instrumente eines integrierten Sicherheitskonzepts verstanden. Die im Januar veröffentlichte Reform-Agenda des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ‚Zukunft zusammen global gestalten‘ beansprucht nun in der Tat für sich, „zukunftsfähige Entwicklungspolitik als Kooperationspolitik neu [zu] denken“. Sie benennt die Agenda 2030 als Bezugs- und Orientierungsrahmen und betont zivile Instrumente der Konfliktprävention und die Bekämpfung struktureller Ursachen von Fragilität. Gleichzeitig wird Konditionalität – etwa bei Demokratie- oder Menschenrechtsfragen – als begrenzt wirksam anerkannt, ohne dass daraus alternative solidarische Steuerungsinstrumente entwickelt würden. Offen bleibt auch, wie die programmatische Reformagenda auch über die Reform der Kooperationsstrukturen (bi-, pluri- und multilateral) und vor dem Hintergrund der geopolitischen Verschiebungen umgesetzt wird.

## Europäische Emanzipation für den Schutz globaler Gemeingüter als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Wie kann nun europäische Emanzipation und der gemeinsame Einsatz mit Partnerländern für eine konstruktiv kooperierende Welt gelingen?

Eine globale Kooperationsstrategie, die Frieden und globales Gemeinwohl ins Zentrum stellt, könnte die Agenda 2030, den EU Clean Industrial Deal und Global Gateway miteinander verbinden. Für Brüssel und Berlin birgt dies das Potential in sich, Außen-, Entwicklungs-, Handels-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik enger miteinander zu verzahnen und, unter geopolitischen und geoökonomischen Vorzeichen interpretiert, strategischer neu auszurichten - unter Anerkennung der eigenen Interessen und innenpolitischer Notwendigkeiten, wie die der Partner.

Wenn Europa dabei Glaubwürdigkeit beanspruchen will, darf es Nachhaltigkeit nicht auf Wettbewerbsfähigkeit reduzieren und muss dies auch in seiner Handels-, Industrie- und Sicherheitspolitik ernst nehmen. Dies gilt für laufende Debatten zum EU-CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, für Sozial- und Umweltstandards in Lieferketten, wie auch für die Beiträge der EU und ihrer Mitgliedsstaaten beispielsweise zur Reform der Welthandelsorganisation oder auch Politikgestaltung innerhalb plurilateraler Foren. Gerade in der G20 werden im Jahr 2026 unter amerikanischer Präsidentschaft Impulse und vereintes Auftreten der europäischen Mitgliedsstaaten und der EU besonders wichtig.

Kooperationspolitik als praktische Friedenspolitik ernsthaft ausgestalten, bedeutet weiter, die Politikgestaltung von Sicherheit zunächst über kooperative Instrumente anzuerkennen. Die Risikolandschaft, der sich Gesellschaften weltweit ausgesetzt sehen, besteht zu einem Großteil aus langsam voranschreitenden Prozessen des Umwelt- und Klimawandels, sozialer Polarisierung und politischer Autokratisierung, Schulden und wirtschaftlicher Not. Militärische Auseinandersetzungen und offene Konflikte wiederum bilden, bei

aller unmittelbaren Dringlichkeit aufgrund von Ukraine, Sudan, Kongo, Venezuela oder auch Drohgebärden wie gegenüber Grönland, die Ausnahme. Es gilt also neben dem Ausbau der eigenen Verteidigungsfähigkeit, zivile Instrumente der Konfliktprävention, der Widerstandsfähigkeit und gesellschaftlichen Resilienz sowie der Absicherung durch verlässliche Partnerschaften auszubauen.

Es kommt insgesamt nun darauf an, die politische und gesellschaftspolitische Arbeit zu schultern, die nachhaltige Entwicklung weltweit als Idee und Zukunftsversprechen wieder mehrheitsfähig zu machen. Dies erfordert die breite Unterstützung für Medien- und Pressefreiheit, für eine unabhängige Wissenschaft und für zivilgesellschaftliches Engagement

über Grenzen hinweg. Die Idee europäischer Emanzipation für – und durch – den Schutz globaler Gemeingüter sollte selbstbewusst vorgetragen und verfolgt werden.

Europa, die EU und Deutschland emanzipieren sich international dort, wo sie strategische Autonomie, multilaterale Kooperation und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden. Als kooperativ-wehrhafte Mittelmacht kann Europa dazu beitragen, globale Gemeingüter zu schützen, Machtpolitik institutionell zu begrenzen und eine regelbasierte Ordnung unter den Bedingungen einer multipolaren Welt weiterzuentwickeln. Für eine sozial orientierte politische Ökonomie ist dies nicht nur eine außenpolitische, sondern eine zutiefst gesellschaftliche Aufgabe. ■

# Deutschland vor der Alternative - Juniorpartner der USA oder Architekt einer Friedensmacht Europa

von Joachim Schuster



⇒ **Joachim Schuster** ist promovierter Politikwissenschaftler. Er war Mitglied im Europäischen Parlament und der Bremischen Bürgerschaft. Seit 2024 ist er Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbands im Land Bremen.

Foto: © Büro Schuster

Die Welt verändert sich rasant. Die von Olaf Scholz ausgerufene Zeitenwende ist tiefgreifender und lässt sich nicht nur auf die Konsequenzen des russischen Krieges gegen die Ukraine beschränken. Begonnen hat diese Zeitenwende bereits 2008/2009 mit der Krise an den internationalen Finanzmärkten. Mittlerweile haben sich die geopolitischen und weltwirtschaftlichen (Macht-)Beziehungen grundlegend verändert. Selbst die Partnerschaft zwischen den Europäern<sup>1</sup> und den USA steht angesichts der erratischen internationalen Politik Donald Trumps in Frage.

Vor diesem Hintergrund fordern Kräfte unterschiedlicher politischer Richtungen, Europa müsse unabhängiger und politisch wie militärisch eigenständiger werden. Allerdings gewinnen in allen europäischen Staaten gleichzeitig nationalistische Kräfte an Boden bzw. sind bereits in Regierungen vertreten oder stellen sie. Zugleich zielen viele Protagonisten einer größeren europäischen Unabhängigkeit auf eine deutliche Militarisierung des Kontinents. Eigenständigkeit wird hier interpretiert als militärisch hochgerüstete Großmacht, die Russland, China und den USA das Wasser reichen kann.

Ein linkes Projekt Europa muss dagegen an einer modernen Politik gemeinsamer Sicher-

heit für den Kontinent festhalten. Eine solches Projekt wird nur konkretisierbar sein, wenn es gelingt, den wachsenden Nationalismus in fast allen europäischen Staaten zu stoppen und die zunehmenden Spaltungslinien zwischen den EU-Staaten durch eine neue ökonomische Politik zurückzudrängen. Eine derartige Neuaufstellung der ökonomischen Integration muss die geopolitischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte produktiv verarbeiten.

## Neue Multipolarität statt Hegemonie der USA

Nach dem Ende der Sowjetunion schien alles klar zu sein, gar das Ende der Geschichte erreicht. Der Westen hatte gesiegt. Die Demokratie hatte sich auf Basis einer neoliberal regulierten kapitalistischen Wirtschaft als überlegenes Gesellschaftsmodell erwiesen. In den folgenden zwei Jahrzehnten wurde dieses System unter der Hegemonie der USA konsequent ausgebaut. Auch viele Staaten des globalen Südens ordneten sich diesem unter.

Ökonomisch geriet das neue Weltsystem schneller an seine Grenzen als gedacht. Der Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte offenbarte seine Krisenanfälligkeit. Ohnehin mangelte es dem neuen System an internationaler Gerechtigkeit. Profitieren konnten auf Ebene der Staaten vor allem die wirtschaftlich weit entwickelten westlichen Länder. Zwar hatten auch viele Länder des globalen Südens Wohlstandsgewinne zu verzeichnen. Ihnen blieb aber in der internationalen Arbeitsteilung häufig nur der wenig zukunftssträchtige Platz als Billiglohnproduzent oder als Lieferant von – zumeist – unverarbeiteten Rohstoffen und landwirtschaftlichen Gütern zugewiesen.

Inzwischen haben sich die weltwirtschaftlichen Beziehungen gravierend gewandelt. China ist inzwischen die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und hat die EU überholt. Basierend auf

<sup>1</sup> Wenn von Europäern oder Europa gesprochen wird, sind die EU-Mitgliedsstaaten, Großbritannien und Norwegen gemeint.

einer konsequenten industriepolitischen Strategie mit politischer Steuerung der eigenen außenwirtschaftlichen Beziehungen hat China es geschafft, in vielen Bereichen die Technologieführerschaft zu erlangen. Mit Initiativen wie der neuen Seidenstraße oder der Initiierung neuer Staaten-Bündnisse wie den BRICS ist China zu einem unverzichtbaren und geachteten Partner für Staaten des globalen Südens geworden. Mit dieser Politik ist es China zugleich gelungen, quasi-Monopolist bei der Aufbereitung wichtiger, für moderne Produktion unverzichtbarer Rohstoffe zu werden.

Die USA haben sich dagegen von ihrer Rolle als globaler Hegemon verabschiedet. Die Trump-Regierung setzt auf eine Politik, die amerikanische Interessen – in der Lesart der Regierung – in den Mittelpunkt stellt und diese unter dem Motto „Make America Great Again“ radikal und ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Staaten durchzusetzen versucht. Die USA wollen überall auf der Welt in der Lage sein, eine ihren Interessen widersprechende Politik anderer Staaten unterbinden zu können. Zugleich werden regionale Einflusszonen definiert, in denen die US-Regierung auch die politische Linie der dortigen Staaten gestalten will. Zumindest in der sogenannten westlichen Hemisphäre, die laut Definition der US-Regierung den gesamten amerikanischen Kontinent inklusive Grönlands umfasst, schreckt Trump dabei auch nicht vor völkerrechtswidrigen militärischen Interventionen zurück.

Russland ist ebenfalls dazu übergegangen, nationale Einflussphären zu definieren. Es setzt dabei aber nicht auf ökonomische Stärke, sondern auf seine bedeutende Stellung als Rohstofflieferant und als Militärmacht. Die dramatischste Ausformung hat dies in dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine gefunden. Um diese Politik abzusichern, sucht Russland gleichzeitig eine engere ökonomische und politische Partnerschaft zu China.

### **Die Politik der EU in der neuen geopolitischen und -wirtschaftlichen Situation**

Wer vermutet, die EU habe vor dem Hintergrund geänderter geopolitischer Verhältnisse

ihre Politik substanziell angepasst, sieht sich getäuscht. Trotz anderslautender Rhetorik verfolgt die EU vor allem auf Druck Deutschlands weiter eine Politik neoliberaler Globalisierung nach innen und außen. Wirtschaftliche Prozesse sollen von staatlicher Seite möglichst wenig reguliert und gesteuert werden. Damit bleiben die in der konkreten Ausgestaltung der wirtschaftlichen Integration enthaltenen Spaltungstendenzen weiter wirksam.

Der gemeinsame Binnenmarkt wurde seit 1985 Schritt für Schritt als Deregulierungsprojekt realisiert. Zur Jahrtausendwende folgte dann der Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) ebenfalls nach neoliberalen Kriterien. Vergemeinschaftet wurde lediglich die Geld- und Währungspolitik, institutionell durch die Europäische Zentralbank gesteuert. Die Wahrung der Geldwertstabilität ist das prioritäre Ziel, dem alle anderen wirtschaftspolitischen Ziele untergeordnet sind. Die Finanz-, Industrie- und allgemeine Wirtschaftspolitik verblieb in nationaler Kompetenz. Staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozess wurden und werden durch eine durchsetzungsstarke Wettbewerbspolitik effektiv minimiert.

Die radikale Stabilitätsorientierung der wirtschaftlichen Integration führte von Beginn an zu innergemeinschaftlichen Spaltungen und Spannungen, besonders während der sogenannten Verschuldungskrise in Folge des Finanzcrashes 2008/2009. Trotz der vorübergehenden Lockerung dieser Politik während der Coronakrise konnten sich bisher nicht die Kräfte durchsetzen, die eine grundlegende Änderung herbeiführen wollten.

Ökonomisch fördert eine derartige Politik vor allem exportorientiertes Wachstum und strukturiert im Innern die Wertschöpfungsketten, wobei vor allem Wirtschaftsregionen und Branchen mit hoher Produktivität profitieren. Die osteuropäischen Mitgliedstaaten fungieren häufig als verlängerte Werkbänke der führenden EU-Staaten oder haben sich in diesen Bereichen eher auf Niedriglohn-Produktionen spezialisiert. Außenwirtschaftlich bedeutete die neoliberale Globalisierung eine

Priorität für Freihandel zur Förderung der exportorientierten Branchen.

Im neuen geopolitischen Umfeld ist dieser EU-Politik die reale Grundlage entzogen. Die Konsequenzen fehlorientierter Wirtschaftspolitik indes sind gravierend. Im Vergleich zu China und den USA ist Europa wirtschaftlich zurückgefallen. Viele Staaten leiden unter wirtschaftlicher Stagnation. Die wirtschaftliche Integration im Rahmen der EU entwickelt keine positiven Impulse für die Konjunktur. Zudem ist Europa wirtschaftlich mit einer doppelten Abhängigkeit konfrontiert, auf dem Feld der Digitalisierung wahlweise von den USA oder China, in Bezug auf kritische Rohstoffe von China.

### **Deutschland als Treiber eines Neoliberalismus**

Die Bundesregierung reklamiert inzwischen ihren Anspruch als europäische Führungsmacht, verschlimmert aber real die ökonomischen Probleme der Gemeinschaft. Deutschland hält starr an der neoliberal geprägten Stabilitätsorientierung fest. Selbst zur notwendigen finanziellen Unterstützung der Ukraine versuchte die Bundesregierung bis zuletzt, eine Schuldenaufnahme durch die EU zu verhindern. Stattdessen setzten Merz und Co. ernsthaft auf eine Nutzung des eingefrorenen russischen Vermögens, was aller Wahrscheinlichkeit nach umfangreiche Turbulenzen an den europäischen Finanzmärkten ausgelöst und zu schmerzhaften russischen Strafaktionen gegen europäische Unternehmen geführt hätte. Diese Chaospolitik ist nach harten Auseinandersetzungen glücklicherweise am Widerstand vieler Mitgliedstaaten gescheitert.

Intern setzt die Verabsolutierung der restriktiven Stabilitätspolitik vor allem Frankreich, Italien und Spanien wegen ihrer deutlich über dem EU-Durchschnitt liegenden Verschuldung unter enormen, politisch schwer zu steuernden Spardruck. Zu Beginn des Jahres 2025 betrug die Verschuldungsquote Deutschlands gut 62% des BIP, die Spaniens 103%, Frankreichs knapp 116% und die Italiens 138% des BIP. Überdies ist die jährliche Neuverschul-

dung vieler Länder deutlich entfernt von den zugelassenen maximalen 3%.

Hinsichtlich der Zolldrohungen durch die Trump-Regierung setzte sich Deutschland für einen „Deal“ ein, der vor allem den US-Interessen nutzt, der EU insgesamt schadet, aber den Exportinteressen der deutschen Wirtschaft zumindest ein wenig entgegenkommt. Die gefundene Vereinbarung kombiniert asymmetrische Zölle zugunsten der USA mit europäischen Investitionsverpflichtungen in den USA und garantiert noch nicht einmal einen zukünftigen Verzicht der US-Regierung auf weitere protektionistische Maßnahmen gegen die EU. Die deutsche Regierung scheint im Zweifel lieber Juniorpartner der USA als Teil eines selbstbewussten Europas zu sein.

Die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten bringt wiederum neue - wenn auch begrenzte - Vorteile für die deutsche Exportindustrie, unter Inkaufnahme von neuen Bedrohungen für die europäische Landwirtschaft. Deutschland organisierte dafür eine Mehrheit im Europäischen Rat auch gegen die Stimmen von Frankreich und Polen. Derartige Abkommen sind kein Baustein für ein eigenständiges Europa, sondern Schwächen den europäischen Zusammenhalt. Die vor allem mit nationalen Interessen begründete faktische Ablehnung des Abkommens durch eine knappe Mehrheit im Europäischen Parlament belegt dies eindrucksvoll.

Mit dem Beharren Deutschlands auf der neoliberalen Stabilitätspolitik und der Inkaufnahme negativer Folgen ist die eigentlich notwendige ökonomische Unterfütterung einer größeren Eigenständigkeit Europas nicht zu erreichen.

### **Für den Paradigmenwechsel in der EU-Wirtschaftspolitik**

Umgekehrt bedarf ein eigenständiges und als Friedensmacht handelndes Europa einer ökonomischen Zeitenwende, die die wirtschaftliche Entwicklung in allen Mitgliedstaaten fördert, ökonomische Abhängigkeiten in der Digitalisierung und bei der Beschaffung

von Rohstoffen verringert und nationalistische Spaltungstendenzen in der EU verringert. Notwendig wäre dazu ein Paradigmenwechsel, weg von der Verabsolutierung der Stabilitätspolitik hin zur Förderung eines binnenwirtschaftlichen Wachstums. Angesichts der Realität des EU-Binnenmarktes ist eine binnenwirtschaftliche Orientierung gleichbedeutend mit einer Vertiefung der ökonomischen Integration. Nicht unterschiedliche nationale Interessen, sondern die Entwicklung der EU als Ganzes muss Priorität erlangen.

Konzeptionelle Vorstellungen gibt es dazu. Im 2024 veröffentlichten Draghi-Bericht über die „Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ sind viele Punkte genannt, die in die richtige Richtung weisen. Der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank schlägt u.a. vor: eine substanzielle europäische Investitionsoffensive im Umfang von 700-800 Mrd. € jährlich bis 2030 finanziert durch eine europäische Schuldenaufnahme; die Stärkung von Forschung, Entwicklung und Innovation; Maßnahmen zur sozialen Inklusion; die Vollendung der Kapitalmarktunion; die Schließung von Steuerschlupflöchern; eine Reform des Energiemarktes; einen größeren Local-Content-Anteil bei öffentlichen Aufträgen. Wenn ein derartiger Schwenk mit einem konsequenten Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft verbunden wird, kann sich daraus mittelfristig auch wieder eine Führungsrolle auf den Weltmärkten ergeben. Zudem wäre dies ein Schlüssel zur Verringerung der digitalen Abhängigkeiten der europäischen Wirtschaft.

Die Aufnahme europäischer Schulden sollte mit einer Verminderung nationaler Verschuldung der Mitgliedstaaten verbunden werden. Das trifft auch Deutschland, wobei hier die schuldenfinanzierte gigantische Aufrüstung nicht nur aus sicherheitspolitischen Gründen verringert werden muss. Es geht darum, Spielräume für wichtige Innovationsfelder zu erhalten. Das ist auch ökonomisch geboten. Staatliche Ausgaben für Rüstung haben wenig Multiplikatoreffekte und tragen damit im Vergleich zu anderen Investitionen nur wenig zur Wirtschaftsentwicklung bei.

Eine derartig binnenwirtschaftlich ausgerichtete Strategie müsste ergänzt werden durch gezielte Kooperationsabkommen mit anderen Staaten, die deutlich über Freihandelsabkommen hinausweisen. Was spricht dagegen, Handelsabkommen – insbesondere auch zur Sicherung von Rohstofflieferungen – mit europäischen Investitionen in den jeweiligen Partnerländern des globalen Südens zu verbinden. Angesichts der nach wie vor breiten Präsenz europäischer Unternehmen in diesen Staaten – nicht zuletzt wegen der kolonialen Geschichte der Europäer – bieten sich hier große Chancen.

Und schließlich wären die Beziehungen zu China und den USA neu zu ordnen. Der unsägliche Handelsdeal mit Präsident Trump vom August 2025 darf nicht länger Bestand haben. Entweder es gelingt, den Deal grundlegend zu verändern, oder er sollte schlicht ausgesetzt werden. Die von den USA geforderte Gegnerschaft zu China müsste schließlich durch Kooperationsvereinbarungen mit China ersetzt werden, die europäische wie chinesische Interessen verbindet.

Bisher scheitert dieser notwendige Politikwechsel an ideologischen Scheuklappen der deutschen Bundesregierung. Das Festhalten an der neoliberalen Politik eröffnet Deutschland lediglich eine wenig erfolgversprechende Perspektive als Juniorpartner der USA. Dafür wird die weitere Schwächung der EU und die Stärkung nationalistischer Kräfte in Kauf genommen. Solange die SPD diese Politik unterstützt, wird sie nicht nur mitverantwortlich für eine Schwächung der EU. Sie verliert zugleich ihre Bedeutung als fortschrittliche europäische und internationalistische Kraft. ■

# Wer Geopolitik sagt, meint imperiales Machtstaatsdenken

## Interview mit Prof. Klaus Schlichte zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft der internationalen Ordnung



☞ Klaus Schlichte ist Professor für Internationale Beziehungen und Weltgesellschaft an der Universität Bremen. Seine Forschungsgebiete sind bewaffnete Konflikte und Theorien internationaler Politik.

Foto: © kschlichte

**SPW:** Dein neues Buch heißt „Das Elend der Geopolitik“: Was ist elend an der Geopolitik?

**KS:** Das Elend ist doppelt gemeint. Zum einen meine ich soziales Elend, das durch die Geopolitik erzeugt wird, eine Denkweise aus der Hochzeit des europäischen Imperialismus und erneut sehr prominent in der Zeit des Kalten Krieges. Zum zweiten meine ich das intellektuelle Elend von Geopolitik als einer theoretischen Schule internationaler Politik, die ich für eine sehr schlechte Theorie halte. Es ist noch nicht mal ganz klar, worin die eigentlich besteht, außer dass ein Raumbezug hergestellt wird. Und damit etwa die These, bestimmte landschafts-geografische Merkmale setzten sich direkt in politische Handlungsanweisungen um. Diese alte Behauptung ist sehr schnell vom imperialistischen Denken vereinnahmt worden und in der Theorie der Geopolitik zusammengefloßen.

Meine Kritik ist daher: Wer Geopolitik sagt, meint Machtstaatspolitik und meint imperiales Machtstaatsdenken. Mit Blick auf die aktuelle US-amerikanische Außenpolitik sehe ich mich von der realen Entwicklung geradezu überholt, seit ich das Manuskript im September abgeschlossen habe.

**SPW:** Wir führen das Interview gerade zu einem Zeitpunkt, da der Grönland-Gipfel ge-

scheitert ist und das NATO-Gründungsmitglied Dänemark europäische NATO-Mitglieder um Militärunterstützung bittet, um seine territoriale Integrität gegenüber den USA zu wahren. Möglicherweise sind wir gerade Zeugen des Zerfalls der NATO aufgrund imperialen Machtstaatsdenkens.

**KS:** Ja, das habe ich jetzt in der Form, in der auch verbalen Obszönität nicht erwartet...

**SPW:** Du gehst den Begriff der Geopolitik historisch- und ideologie-kritisch an. Zwei Ergebnisse sind aus linker Perspektive besonders interessant. Danach setzt Geopolitik „Außenpolitik als Primat“. Nicht innergesellschaftliche Strukturen werden als entscheidend für Stabilität und Wohlergehen gesehen, sondern es ist der Kampf der großen Mächte um Wettbewerbsvorteile, der dann Wohlstand im Innern generiert, weshalb Geoökonomie als Schwester der Geopolitik fungiert. Außerdem markierst Du „soziologische Blindheit“ im Konstrukt der Geopolitik. Frei nach Wilhelm II. gibt es keine Klassen mehr, sondern nur noch Deutsche, Europäer, Amerikaner etc. In der Geopolitik werden Interessensgegensätze im Inneren bestritten. Materialistisch gefragt: Wem nützt diese ideologische Debatte? Wem nützt dieses Machtstaatsdenken und wem nicht?

**KS:** Ich unterscheide zwei Gruppen von Interessierten. Zur ersten und unmittelbaren Gruppe gehören das Militär und die Rüstungsindustrie. Wird der geopolitische Diskurs dominant und richtet sich Außenpolitik daran aus, mündet das, wie wir sehen, in Investitionsprogrammen in Rüstung und Militär.

Die zweite Interessengruppe ist eine mittelbare. Das sind konkurrierende Kapitalfraktionen, wie man das nicht nur in der Kamarilla um

Trump herum beobachten kann. In anderen Fällen könne das auch Teile der Arbeitnehmerschaft sein. Lobbyierend versuchen diese Gruppen alles, um unter der geopolitischen Überschrift ihre Partikularinteressen gewinnbringend zu verkaufen, also an die Krippe des Staates zu gelangen. Das sehen wir auch in Deutschland. Die Zeitenwende hat über Nacht viele neue „Zuständige“ für die Sicherheit des Staates hervorgebracht. Welche Gruppe genau das immer im Einzelfall ist, hängt von den Kräfteverhältnissen und Interessenlagen in den einzelnen Ländern ab.

**SPW:** In der Geschichte der Geopolitik unterscheidest Du vier Phasen „legitimer Ordnung“. Welche sind das?

**KS:** Diese Unterscheidung geht auf Forschungen mit Stephan Hensel zurück, in der wir danach gefragt haben, wie sich bewaffnete Gruppen nach 1945 in der internationalen Politik verhalten haben.

Unter legitimer Ordnung verstehen wir die jeweils dominante Norm im internationalen System, die immer auch zerklüftet oder fragmentiert oder widersprüchlich war. Vereinfacht sieht das wie folgt aus: Die erste Phase, beginnt nach 1945 mit der Dekolonisierung. Das ist 1945 noch umstritten, 1960 nicht mehr. Ab da ist allgemein anerkannt, dass Kolonialismus negativ bewertet wird. Alle versuchen, die Kolonien loszuwerden. Und es gibt natürlich das Bedürfnis nach Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit. Das ist eine zentrale Norm, die Eigenstaatlichkeit der vormaligen Kolonie. Wenn man diesen Kampf führt, ist man ein legitimer Akteur, für die Sowjetunion wie für die USA.

Diese Phase wird überlagert von einer zweiten, widersprüchlichen Ordnung. Das ist der Ost-West-Konflikt. Der Systemgegensatz prägt das normative Muster und kennzeichnet das internationale System. Das heißt, alle Akteure müssen sich auf eine Seite schlagen oder mühselig versuchen, neutral zu bleiben. Zeitlich überlagerten sich beide Phasen. Die neue Logik beginnt in den 50er Jahren und geht in den frühen 90er Jahren zu Ende.

Dem folgt eine dritte legitime Ordnung, die wir die Zeit des Humanitarismus nennen. Jetzt geht es um Menschenrechte und Normen. Das ist der neue Diskurs, der auch im Kalten Krieg schon beginnt, wenn man etwa an den KSZE-Prozess denkt. Ab den 1990ern wird das der dominante Diskurs. Die Frage von Genozid, Kriegsbeendigungen, Menschenrechtsverletzungen, sowohl durch Regierungen als auch durch nichtstaatliche Kriegakteure, das wird zentraler normativer Prüfstein: Wer ist legitimer Akteur und wer nicht?

Diese Phase geht zwischen 2010 und 2015 zu Ende, und der Diskurs verliert seine Dominanz. Dagegen setzt sich als die vierte legitime Ordnung das neue Souveränitätsdenken durch. Akteure, Staaten allzumal, die Ziel von Interventionen waren, fordern Souveränität für sich. Das erklärt die Ereignisse im Sahel, dem Osten Afrikas, im südlichen Afrika. Der Konflikt um Gaza und die Westbank oder Palästina wird ebenfalls dadurch geprägt. Alle wollen jetzt souveräne Staaten sein und nicht mehr von anderen diktiert bekommen, wie sie Politik zu machen haben. Das ist direkt anknüpfungsfähig an den geopolitischen Diskurs.

**SPW:** Wie wirken sich diese normativen Ordnungen auf die Frage von Krieg und Frieden aus? Ab wann verstärken sich die Auseinandersetzungen, ab wann lassen sie nach? In der deutschen Politik wird der Ost-West-Konflikt derzeit beinahe ahistorisch als friedensstabilisierende Phase romantisiert.

**KS:** Die Schädlichkeit dieses geopolitisch-strategischen Denkens ist für die Zeit des Ost-West-Konflikts evident. Hier ist die Empirie über die Entwicklung bewaffneter Konflikte und Kriege nach 1945 eindeutig. Es gibt unzählige Fälle, wo der Ost-West-Konflikt innerstaatliche oder -gesellschaftliche Konflikte von außen dynamisiert. Erst nach Wegfall dieses äußeren normativen Konflikts und dem Ende der zerfallsbedingten Konflikte in Jugoslawien und der ehemaligen UdSSR geht die Kurve der Kriege massiv nach unten. Jetzt erst können Kriege enden: in El Salvador, Nicaragua, Mosambik, Äthiopien, Eritrea, Angola, Namibia usw.

In der Phase des Humanitarismus beobachten wir, dass zur Durchsetzung der liberalen Normen, der Menschenrechte etc. erneut gewaltsame Mittel von außen angewendet werden – und ihrerseits zum Keim des neuen Souveränitätsdenkens werden. Auch hier finden sich empirische Evidenzen für gewaltverschärfenden Konsequenzen, etwa wenn man sich anschaut, was diese Interventionen in Afghanistan, im Irak oder in Somalia vor Ort praktisch bedeutet haben...

**SPW:** ...was aber andersherum auch nicht bedeuten darf, die Suche nach universell gültigen Rechten und Regeln im internationalen Kontext aufzugeben?

**KS:** Sicher nicht, das muss man schon weitermachen und zugleich neu aufsetzen. Es gibt mittlerweile auch in der Völkerrechtsdiskussion ganz neue Stimmen, die bei der Anpassung des Völkerrechts Mitsprache einfordern. Dies korrespondiert mit den Reformnotwendigkeiten bei den Vereinten Nationen, in deren Architektur und Ausgestaltung die Mehrheit der Staaten auch nicht eingebunden war.

Wenn man eine neue, stabilere, internationale Ordnung haben will, um Konflikte einzudämmen, präventiv zu wirken, dann muss man mit diesen Stimmen auch auf Augenhöhe interagieren und kann nicht einfach so weitermachen wie bisher.

**SPW:** Verlassen wir die Geschichte und schauen uns das Zeitalter der neuen Souveränität genauer an. Was sind bei der Herausbildung die Ursachen, was nur Oberflächenphänomene? Was ist die materialistische Basis dieser neuen Form von internationaler Ordnung?

**KS:** In Wahrheit liegen hinter der neuen internationalen Ordnung gesellschaftliche Themen. Man versteht das nur, wenn wir die Gesellschaftlichkeit von Politik annehmen und uns fragen, wie sie funktioniert. Politische Haltung und Konflikte haben etwas mit gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun. Das ist spätestens seit Marx im politischen oder

im sozialwissenschaftlichen Denken akzeptiert.

Was nun das Zeitalter der Souveränität und seiner Genese angeht, müssen wir differenzieren. Für westliche Gesellschaften gibt es eine breite Forschung, die starke Konvergenzen hat. Da sind wir beim Auseinanderdriften der sozialen Schichtung, den Abstiegsängsten insbesondere der unteren Mittelschicht, bei der Deindustrialisierung, der Vernachlässigung der ländlichen Räume etc. Das ist ein Phänomen, das wir in allen OECD-Gesellschaften beobachten. Für die Sowjetunion oder ehemals postsozialistische Gesellschaften stellt sich das ein bisschen anders dar. Aber auch da beobachtet man ähnliche Phänomene und muss zusätzlich soziologisch erklären, warum etwa Ungarn und die Slowakei rechter sind als Spanien oder Portugal.

Für afrikanische und lateinamerikanische Gesellschaften sind die Zusammenhänge wieder anders, weil die historischen Verläufe anders sind. Und natürlich muss in jedem Kontext die gegenwärtige, reale Entwicklung immer vor dem Hintergrund der Erfahrung aus der hier kolonialen Vergangenheit interpretiert werden.

So oder so: Die politische Reaktion darauf ist der Rückfall in einen primitiven Nationalismus als Antwort auf die (Neo-)Liberalisierung, den empfundenen Verlust der Kontrolle, einen Rechtspopulismus, der sich im neuen Souveränitätsdenken einen Ausweg verspricht.

**SPW:** Könnte man sagen, dass die rechtsnationalistische Antwort auf die Akkumulations- und Regulationskrise des Kapitalismus nicht nur innerstaatlich konfliktverschärfend wirkt, sondern in der Ausformung von neuer nationalstaatlicher Souveränität auch im internationalen Kontext aggressiv verschärfend wirkt?

**KS:** Ich kann hier angesichts wissenschaftlicher Leerstellen nur intuitiv antworten. Einerseits tritt der neue Nationalismus in den USA ideologisch – noch - widerstreitend auf. Die MAGA-Bewegung ist außenpolitisch nicht unbedingt kriegerisch dominant. Das Engagement

für den Freiheitskampf der Ukrainer ist in der nordamerikanischen und auch der europäischen Rechten sehr begrenzt. Ob der aktuelle imperialistische, gewaltsam auftretende Weg Trumps automatisch verhängt, ist noch offen. Diesen inneren Konflikt politisch von links aufzugreifen, hielte ich übrigens für sinnvoll.

Von einigen französischen Kollegen gibt es erste Arbeiten, um mithilfe der Regulations-theorie aktuelle Formationen zu durchdenken, die Ökonomie mit dem politischen System zu verknüpfen, um andere Modelle als „Autoritarismus versus Demokratie“ anzuwenden. Das scheint mir auch der richtige Weg zu sein und der würde dazu führen, politisch-programmatisch weiterzukommen. Das „Versprechen“ der Rechten ist ja nicht nur die Nation, es geht immer auch um das Funktionieren des Staates. Diesen Punkt einfach der politischen Rechten zu überlassen, ist fatal. Da ist Regulationstheorie die theoretische Arena, über die wir auch politisch weiterkommen könnten.

**SPW:** Vor diesem Hintergrund wird die Herausbildung militärisch-industrieller Komplexe (MIK) ebenso interessant wie der aktuelle Rüstungs-Keynesianismus. Die Phase der neuen Souveränität, schreibst Du, ist eine Phase massiver Aufrüstung und Militarisierung. Und beschleunigt den Zerfall multi- und plurilateraler Bündnisse und Institutionen. Wie weit ist bei uns in Deutschland die Herausbildung des MIK schon? Was hat das mit der sogenannten Zeitenwende zu tun? Und inwieweit wirkt beides kriegsverschärfend?

**KS:** Das notorische Problem des MIK ist seine Unschärfe. Nirgendwo steht ein Schild: Hier beginnt der MIK. Es geht also zunächst um begriffliche Annäherung: Dort wo der Bedarf des Militärs wächst, konvergieren die Interessen mit Teilen von Industrie und Gewerbe. In der Forschung gibt es neben dem Indikator der rüstungsrelevanten Beschäftigten noch ein paar andere Elemente. Also zum Beispiel die Rolle von Rüstungsindustrien und Wahlkreisen, in denen Militär- und Rüstungsindustrie eine große Rolle spielt, sowie Budgetentscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene. Gibt es hier Kausalitäten? Ich würde sagen, wenn erkennbar ist,

dass die Ausgaben für Militär und Rüstung über dem wirklichen Bedarf liegen, wenn es eine selbstständige Interessenkoalition gibt, die niemand mehr kontrollieren kann, unter anderem auch, weil das Expertenwissen dazu fehlt, wenn es Koalitionen von Interessen gibt, die man gar nicht mehr als solche erkennen kann, weil sie zu einem Komplex verschmolzen sind, der sich analytisch nicht mehr aufbrechen lässt, dann liegt ein MIK vor.

Was man historisch auch sehen kann, ist, dass dieser Komplex nur dann entstehen kann, wenn es einen allgemein akzeptierten Bedrohungsdiskurs gibt. Das ist die Legitimation für den Ausbau dieser Apparate, die sich dann selbstständigen und unhinterfragbar werden.

Diese Komplexe gibt es in der Sowjetunion bzw. Russland und den USA seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchgehend. Sie wurden und werden gleichzeitig auch strukturpolitisch in Dienst genommen, als Maßnahme der Wirtschaftsförderung in entlegenen Regionen, wo dann ein militärischer Stützpunkt ist oder ein größerer Rüstungsbetrieb etc. Daran knüpft die gegenwärtige Debatte zum Rüstungskeynesianismus an. Sie ist damit zudem ein wichtiges Alarmsignal für die Herausbildung eines MIK auch in Deutschland – nicht zuletzt, weil wir jetzt einen Bedrohungsdiskurs haben, der Aufrüstung und Militarisierung fraglos macht und legitimiert. Im Gegensatz zum Kalten Krieg ist zusätzlich die Analyse nicht mehr öffentlich zugänglich. Alle beziehen sich auf NATO-Papiere, die aber dann als Verschlussache gelten, aus denen die Bedrohung erklärt und generiert wird. Damit entsteht eine Konstellation, die alles fraglos macht: Wir müssen halt rüsten. Wann es genug ist, wissen wir nicht.

Zur Frage der kriegstreibenden Wirkung des MIK: Es gibt kein direktes Interesse an Krieg, sondern der MIK kann auch sehr gut einfach nur mit Bedrohung arbeiten und leben. Das Argument, dass im Krieg die Waffen und Munition vernichtet werden müssen, dass dies der Motor ist, der diesen Komplex am Leben hält, ist natürlich in gewissem Sinne wahr. Es ist aber nicht die automatische, kausale Wirkung eines MIK. Was man vor allem braucht, ist das Be-

drohungsszenario, um diesen Sektor zu expandieren. Nicht notwendigerweise die Anwendung der Gewaltmittel.

Das Problem, das sich systemisch damit allerdings ergibt, ist das Sicherheitsdilemma. Diese Diskussion geht auf Eckhard Kehrs Werk aus den 1920er Jahren zurück. Mit dem Primat der Außenpolitik und der geopolitisch legitimierte Überblendung innergesellschaftlicher Systemkrisen wird ein Aufrüstungsprozess angetrieben, der auf der Gegenseite natürlich als Bedrohung wahrgenommen wird. Das gilt spiegelverkehrt für Russland oder wen auch immer genauso. Also die eigene Maßnahme zum eigenen Schutz wird auf der anderen Seite als Bedrohung und damit Legitimation für einen weiteren Rüstungsschritt aufgefasst. Damit sind wir dann in den gefährlichen Rüstungsspiralen. Diese werden als Abschreckung definiert, aber wir alle wissen, dass Abschreckungssysteme nicht zum ewigen Frieden führen, sondern offensichtlich mit ziemlicher statistischer Gleichmäßigkeit auch zu kriegerischen Eskalationen.

**SPW:** Diese Erkenntnis war in den 80er Jahren in Wissenschaft und Gesellschaft breit verankert. Heute wirkt sie geradezu verschüttet - und das in einer Zeit, wo die KI-gestützte Waffentechnologie Zeitdynamiken erreicht hat, die der Gegenseite kaum mehr Reaktionen erlaubt und damit das Sicherheitsdilemma noch einmal dramatisch erhöht. Wie kommt dieser blinde Fleck im öffentlichen Diskurs zustande - und was hat das auch mit der strukturellen Veränderung unserer medialen Öffentlichkeit zu tun?

**KS:** Die Argumente sind schon irgendwo im öffentlichen Raum auffindbar, aber man hört sie relativ selten. Was es sicher gibt, ist ein Hysterieeffekt. Die vormalige Ruhe redaktioneller Arbeit, in der man sich einen halben Tag nimmt, um sich mit einem Sachverhalt auseinanderzusetzen, ist anscheinend dahin, weil die Qualitätsmedien auch unter dem Druck sekundenschneller Meldungen stehen. Entsprechend oberflächlich und gedrängt wird das dann. Gleichzeitig springt die Logik der Dramatisierung aus den sozialen Medien über, alles wird sofort codiert und alles wird sozu-

sagen auf einen Punkt hin erzählt, an dem irgendetwas zu passieren hat. Das verbindet sich auch mit der Figur der Geopolitik. Wo auch immer die geopolitischen Denker und Mahner auftreten, apodiktisch stellen sie eine existenzielle Situation her, in der sie bei Androhung schlimmster Konsequenzen apodiktisch dieses oder jenes einfordern. Jede Erzählung muss Dramaturgie mit sich führen und provoziert Handlungsdruck im politischen Feld. Dabei muss nicht jede Meldung über Opfer dazu führen, dass der Außenminister eine fremde Regierung kritisiert. Es wäre vielleicht hilfreicher, wenn sich gerade Regierungen zurückhielten. Zivilgesellschaftlich kann man sich für alles Mögliche engagieren, aber unter Diplomaten würde man sich ja eine ruhige und überlegte Behandlung dieser sehr wichtigen Fragen wünschen, die nicht davon angetrieben wird, wer als Nächstes vor heimischem Publikum punktet. Das ist die nach wie vor aktuelle Idee von Diplomatie, einen geschützten Raum zu haben, in dem die Vertretungen unterschiedlicher Staaten versuchen, Lösungen zu finden für Probleme, die ein einzelner Staat nicht lösen kann.

**SPW:** Auf dieser Klaviatur spielt Präsident Trump virtuos...

**KS:** Ja, das war schon in der ersten Amtszeit so. Aus den USA hören wir, dass viele Fachleute das State Department verlassen, weil sie nicht mehr sehen, was eigentlich der Sinn ihrer Tätigkeit ist.

**SPW:** Kommen wir zum Blick nach vorne. Was ist zu tun? Wo müssen wir im progressiven Lager ansetzen, um dem geopolitischen Diskurs etwas Vernünftiges entgegenzusetzen? Wo siehst du die Ansatzpunkte dafür, in eine andere Logik zu kommen, die den realen Interessen der Menschen entspricht?

**KS:** Wir müssen erstens internationaler denken lernen. Das betrifft gleich mehrere Berufsgruppen, auch die Wissenschaft selbst. Ich merke es schon daran, meine Forschung in Ostafrika gegenüber Kolleginnen und Kollegen nur mühsam vermitteln zu können. Mittel für den DAAD zu kürzen, ist eine fa-

tale Entwicklung. Aber auch die deutsche Sozialwissenschaft muss sich mehr bewegen. Wir haben in der Soziologie in Deutschland zum Beispiel nicht einen einzigen Lehrstuhl zu Indien. Kaum jemand weiß, dass in Indonesien genauso viele Menschen leben wie in der EU. Wir haben so eine Selbstprovinzialisierung in den Sozialwissenschaften, die unsere Diskussionen verarmen lässt. Das gleiche gilt für den Journalismus. Der Abbau von Korrespondentennetzwerken ist schon länger ein Problem. Viele Länder auf der Welt tauchen überhaupt nicht mehr auf. Über die wird gar nichts mehr berichtet. Und drittens, finde ich, dass sich auch die politische Klasse in Deutschland selbst provinzialisiert. Wer Karriere machen will, kann sich nicht erlauben, länger ins Ausland zu gehen, weil dann die Hausmacht in der Partei verloren geht.

Der zweite Punkt, das ist die Frage der Wiederaneignung des Staates. Die (Neo-)Liberalisierung hat einen erheblichen Legitimitätsverlust mit sich gebracht. Das betrifft nicht nur das politische System, sondern den Staat und seine Funktionsfähigkeit insgesamt. Die so entstandenen Leerstellen öffnen den politischen Raum in der internationalen Politik der geopolitischen Machtstaatsrhetorik. Dies noch einmal in den Blick zu rücken und die Leerstellen nicht den Nationalisten zu überlassen, sondern von linker Seite aufzugreifen und zu entwickeln, das halte ich für wichtig.

**SPW:** Was siehst Du in der gegenwärtigen Debatte um Krieg und Frieden als das Problematischste an und was wäre Deine Botschaft dagegen?

**KS:** Zwei Dinge fallen mir als besonders gefährlich ein. Das erste ist die Regression ins Nationale. Die Lösung muss eine europäische Lösung sein. Warum Deutschland hier oder beim Militär der stärkste Akteur sein soll, leuchtet mir nicht nur nicht ein, man wird damit auch niemanden auf europäischer Ebene überzeugen. Das geht schon auf der anderen Seite des Rheins los. Da merkt man den Mangel an internationaler Erfahrung, denn wer hat eine Vorstellung davon, wie in Frankreich gedacht und geredet wird? Offenbar nicht sehr viele, das gilt

für die intellektuelle Landschaft, aber offenbar auch im politischen Feld. Die Rückkehr ins Nationale sehe ich als die größte Gefahr, weil es alle Chancen verschüttet.

Die zweite Gefahr ist die unreflektierte Ausrüstung. Was man jetzt eigentlich braucht, darüber gibt es keine offene Debatte. Was genau sind eigentlich die Erfordernisse, und was ist genau der Bedarf? In diesem Kontext brauchen wir auch eine gleichrangige Diskussion und den politischen Willen zu Rüstungskontrolle und -begrenzung, um die fatale Dynamik des Sicherheitsdilemmas zu brechen. Das ist im Zweifel eine Frage von Krieg und Frieden.

**SPW:** Vielen Dank!

*Die Fragen stellte Dirk Meyer* ■

# Zwischen Krieg und Frieden: Europas Sicherheitsordnung im Umbruch

von Rolf Mützenich



⇒ Dr. Rolf Mützenich gehört seit 2002 dem Deutschen Bundestag an. Er war von 2019 bis 2025 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Foto: © Photothek

In den vergangenen Jahren haben sich die europäische Sicherheitsordnung und die internationale Politik grundlegend verändert. Die Welt befindet sich in einer Art „Interregnum“ im Sinne Antonio Gramscis, einer Zeit also, in der die alte Ordnung zerfällt und sich eine neue noch nicht herausgebildet hat. Was wir derzeit erleben, ist eine unbestimmte Phase der Unsicherheit, der globalen Machtverschiebungen und der wachsenden Konkurrenz um geopolitische Einflussphären, wirtschaftliche und technologische Vorherrschaft sowie um den Zugang zu kritischen Rohstoffen und Handelswegen. Obwohl sich der Kapitalismus inzwischen global durchgesetzt hat, konkurrieren verschiedene Spielarten miteinander und provozieren weltweit weitere Verwerfungen. Der gegenwärtige Wandel der internationalen Ordnung lässt sich daher nicht auf ein singuläres Ereignis zurückführen, sondern resultiert aus dem Zusammenwirken mehrerer, sich überlagernder und gegenseitig verstärkender Krisen und langfristiger Entwicklungen. Dazu zählen der Aufstieg neuer Mächte und das wachsende Selbstbewusstsein des Globalen Südens, der rasante technologische Wandel, der wachsende Druck auf demokratische Institutionen, die zunehmende soziale Ungleichheit durch ungezügelte Marktkräfte, die Klimakrise, die Abkehr von internationalen Institutionen und vereinbarten und verbindlichen Regeln sowie die Rückkehr einer offen kriegerischen Großmachtspolitik, die das

Vertrauen in internationale Kooperation und die globale Rechtsordnung nachhaltig erschüttern.

## Russlands Krieg und die Post-1990-Ordnung

In Europa wird dieser Wandel besonders durch den russischen Überfall auf die Ukraine deutlich. Die mit der Charta von Paris (1990) errichtete europäische Sicherheitsordnung nach dem Ende des Kalten Krieges wurde damit endgültig und nachhaltig zerstört. Russlands Krieg darf auch nicht dadurch relativiert werden, weil andere Staaten ebenfalls das Völkerrecht gebrochen haben und auf das Recht des Stärkeren setzen. Auch vier Jahre nach Kriegsbeginn bleibt weiterhin ungewiss, wann und unter welchen Voraussetzungen der Krieg in der Ukraine enden wird. Bereits seit geraumer Zeit hat sich der Krieg zu einem Stellungskrieg entwickelt. Fest steht jedoch: Der weitere Verlauf und Ausgang des Krieges wird die Gestalt einer künftigen europäischen Sicherheitsordnung mitbestimmen. Dabei geht es nicht zuletzt um die Frage, ob militärische Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung machtpolitischer Interessen akzeptiert wird oder ob rechtliche Normen und Regeln das Fundament einer künftigen europäischen und internationalen Ordnung bilden. Russlands aktuelle Politik direkter und hybrider Kriegsführung lässt allerdings befürchten, dass die Konfrontation zwischen Europa und Russland auf absehbare Zeit fortbestehen wird und eine künftige europäische Sicherheitsordnung sich an diesen neuen Realitäten orientieren muss.

Gleichzeitig bleibt die europäische Sicherheit eng mit globalen Entwicklungen und Dynamiken verknüpft. Dazu gehören vor allem die Krisen und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und auf dem afrikanischen Kontinent sowie die Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel und in der Taiwanstraße.

Der Indopazifik hat sich längst zum Hauptschauplatz in der strategischen Konfrontation zwischen den USA und China entwickelt. Europa droht in diesem Großmächtekonflikt zwischen den USA und China zunehmend unter die Räder zu geraten. So verschärft der Handelskonflikt zwischen den beiden Supermächten das europäisch-chinesische Handelsungleichgewicht, während Europa zugleich immer stärker von China abhängig wird, etwa bei Hightech-Komponenten, seltenen Erden und Schlüsseltechnologien. Ein weiterer Spannungspunkt in den chinesisch-europäischen Beziehungen sind die chinesischen Lieferungen von *Dual-use*-Gütern an Russland, die Moskau dringend für seine Rüstungsindustrie und zur Fortführung des Krieges gegen die Ukraine benötigt.

### Konfrontative USA verschärfen das europäische Dilemma

Darüber hinaus gerät Europa neben einem imperial agierenden Russland und einem immer machtbewussteren China in den konfrontativen Radar ihres einstigen Verbündeten, die USA. Die Abkehr der USA vom europäischen Kontinent und der transatlantischen Wertegemeinschaft war absehbar im *Project 2025* der *Heritage Foundation* im Vorfeld der US-Wahlen. Sie wird nun in der Ende 2025 vorgelegten Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS)<sup>1</sup> manifest. Weltregionen wie Europa oder der Nahe Osten spielen darin nur noch eine nachgeordnete Rolle. Stattdessen ist die strategische Ausrichtung der US-Außenpolitik künftig primär auf die westliche Hemisphäre und den Indopazifik, vor allem aber auf China gerichtet. Gleichzeitig verabschieden sich die USA von ihrer Rolle als Garant der von ihnen errichteten und über Jahrzehnte geprägten regelbasierten Post-1945-Ordnung. Seit dem zweiten Amtsantritt von Trump haben die USA zahlreiche internationale Organisationen und Abkommen verlassen, darunter das Pariser Klimaschutzabkommen, die Weltgesundheitsorganisation oder die UNESCO.

Die USA unter Donald Trump haben sich von einem „wohlwollenden Hegemonen“, der globale öffentliche Güter bereitstellt, zu einer unberechenbaren Großmacht unter anderen Großmächten entwickelt. Mit der Entführung des venezolanischen Diktators Maduro im Januar 2026 und den parallelen Drohungen gegenüber Kuba, Kolumbien und Grönland hat der US-Präsident einmal mehr seine Missachtung des Völkerrechts und der regelbasierten Ordnung demonstriert und seinen Machtanspruch in der westlichen Hemisphäre deutlich gemacht. Es scheint, als würde nach Moskau und Peking nun auch in Washington ein internationales Ordnungsmodell präferiert, in dem sich die Großmächte ohne Rücksicht auf internationales Recht und über die Köpfe anderer Nationen hinweg die Welt in Machtbereiche und Einflusszonen aufteilen. Regeln gelten nur solange, wie sie ihren Interessen nicht im Weg stehen.

### Europas Antwort: Europa plus

Europa ist auf ein derart raues internationales Umfeld bislang nur unzureichend vorbereitet. Über lange Zeit ist versäumt worden, gemeinsame strategische Prioritäten zu formulieren, eigenständige diplomatische Initiativen zu entwickeln und sich auf eine zunehmend konfrontative und kompetitive multipolare Welt einzustellen.

Wie gering der politische Einfluss und die Handlungsfähigkeit Europas sind, zeigt sich besonders in den Gesprächen über ein Ende des Ukrainekriegs, wo bereits heute – weitgehend ohne die Europäer – über die Konturen einer künftigen europäischen Sicherheitsordnung verhandelt wird. Wie diese künftige Ordnung aussehen wird, bleibt weiterhin offen. Derzeit deutet vieles darauf hin, dass die europäische Sicherheit künftig wohl ohne die USA und vor oder sogar gegen Russland gestaltet werden muss.

Damit ist klar: Europas Antwort auf diese kritische Lage muss eine vertiefte Integration Europas und die Formierung neuer Bündnisse über den Kontinent hinaus sein. Wie eine solche Matrix aussehen kann, hat der kanadi-

<sup>1</sup> White House, National Security Strategy of the United States, November 2025, aufrufbar unter: <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>

sche Premier in seiner Rede in Davos im Januar 2026 eindrucksvoll formuliert. Er hat den Europäern vorgemacht, dass größere Souveränität, agilere internationale Bündnisse und kooperatives Selbstbewusstsein hoffnungsvolle politische Kräfte freisetzen können.

Die Konturen einer solchen neuen europäisch gedachten Sicherheits- und Friedensordnung stellen sich nicht von allein ein. Dazu braucht es eine kreative und mutige deutsche und europäische Sozialdemokratie.

### **Europäische Sicherheit ist mehr als Aufrüstung**

Zu einem souveränen Europa gehört, dass Europa künftig in der Lage ist, seine eigene Verteidigung selbst zu organisieren. Dabei reicht es jedoch nicht aus, allein die Militärausgaben zu erhöhen. Vielmehr kommt es darauf an, gemeinsame Projekte zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu fördern, Synergien zu nutzen und strategische Abhängigkeiten im Verteidigungsbereich zu verringern. Dabei könnte es auch sinnvoll sein, frühere Vorschläge einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unter den heutigen politischen und sicherheitspolitischen Bedingungen neu zu prüfen. Dies wird realistischerweise nicht mit allen Mitgliedstaaten im gleichen Tempo und in gleicher Tiefe möglich sein. Daher sollte ein „Kerneuropa“ aus handlungsfähigen und willigen Mitgliedstaaten vorangehen und bei der Weiterentwicklung gemeinsamer Verteidigungsfähigkeiten und Strukturen eine Vorreiterrolle einnehmen.

Souveräne europäische Sicherheit ist außerdem nicht nur militärisch herzustellen. Humanitäre Hilfe, wirtschaftliche Kooperation, Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit werden zu einem Zeitpunkt, an dem sich die USA aus der globalen Kooperation zurückziehen, relevanter denn je. Europas und Deutschlands Sparkurs bei humanitären Mitteln und der Entwicklungspolitik ist da kontraproduktiv. Um Kürzungen zu vermeiden, sollten die exorbitanten Gewinne der Rüstungsindustrie für dringende notwendige öffentliche und internationale Aufgaben

abgeschöpft werden, etwa für die Umstellung industrieller Produktion auf klimagerechte Technologien und gute Arbeit.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss in ein Gesamtkonzept eingebettet werden, das darauf abzielt, europäische Interessen und Werte auf der globalen Ebene zu wahren. Dabei ist ein geschlossenes Auftreten eine Grundvoraussetzung, um in einer multipolaren Ordnung strategisch autonom handeln zu können. Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten sind in einer von Machtkonkurrenz geprägten Welt zu schwach, um größeren Akteuren wie den USA und China auf Augenhöhe gegenüberzutreten zu können. Europa muss insgesamt eine neue Haltung entwickeln. Anbiederungen oder symbolische Kniefälle vor dem amerikanischen Präsidenten, wie sie derzeit von NATO-Generalsekretär Mark Rutte oder Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zu beobachten sind, stärken Europas Position nicht, sondern schwächen sie. Die EU sollte als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt selbstbewusst auftreten und das Gespräch nicht nur mit der derzeitigen US-Administration, sondern auch mit der Demokratischen Partei, den Bundesstaaten und der amerikanischen Zivilgesellschaft suchen. Gleichzeitig muss die EU auch intern zu einem Motor für gerechte Gesellschaften innerhalb der Mitgliedstaaten werden, einschließlich einer Politik, die eine soziale Klimapolitik mit den Notwendigkeiten einer zukünftigen Arbeitswelt verbindet. Hier ist viel Platz für eine gestaltende europäische Sozialdemokratie.

### **Multilateralismus 2.0 als europäische Aufgabe**

Frieden und Sicherheit brauchen internationale Kooperation, Diplomatie und eine auf Regeln basierende internationale Ordnung. Nur darüber lassen sich die großen umwelt- und sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen. Wo sich die USA aus der regelbasierten Ordnung zurückziehen, entsteht viel Platz. Dieser sollte von Europa besetzt werden – im Bündnis mit den anderen liberalen Demokratien und gleich-

gesinnten Partnern im Globalen Süden. Gemeinsam die multilaterale und regelbasierte Ordnung zu reformieren und zukunftsfähig zu machen, ist eine historische Aufgabe. Dazu gehört eine Reform des UN-Sicherheitsrates, der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds und der multilateralen Entwicklungsbanken. Besonders die kleinen und mittelgroßen Staaten des Globalen Südens haben ein elementares Interesse an verlässlichen Regeln und an einer reformierten internationalen Ordnung, die die Interessen der Länder in der südlichen Hemisphäre stärker einbezieht und repräsentiert. Wir brauchen daher dringend eine neue Nord-Süd-Politik im Sinne Willy Brandts, die sich bewusst von den paternalistischen Denkmustern der Vergangenheit löst und stattdessen auf gleichberechtigte Partnerschaften auf Augenhöhe setzt.

Dazu gehört im Übrigen auch, dass internationale Regeln für alle gleichermaßen gelten. Viele Staaten des Globalen Südens kritisieren zu Recht die Doppelstandards westlicher Politik, die ebenfalls die Glaubwürdigkeit des Völkerrechts untergraben haben. Gerade deshalb darf nicht relativiert werden, was in der Vergangenheit mühsam aufgebaut wurde. Das Völkerrecht gilt entweder universell oder gar nicht. Daher ist die rechtliche Einordnung des russischen Überfalls auf die Ukraine oder auch des amerikanischen Vorgehens in Venezuela nicht „außerordentlich komplex“, sondern ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Regelverstöße und Brüche der internationalen Rechtsordnung müssen klar benannt und verurteilt werden, unabhängig davon, von wem sie ausgehen.

### **Rüstungskontrolle ist notwendiger denn je**

Zudem brauchen wir dringend neue Initiativen im Bereich der Rüstungskontrolle. Mit dem Ende von New-START gibt es zum ersten Mal seit 1972 keine rechtlich bindenden und überprüfbaren Begrenzungen der amerikanischen und russischen Nukleararsenale mehr. Falls sich aber Putin und Trump auf eine Verlängerung einigen sollten, schüfe das nicht nur neue Möglichkeiten für Gespräche über die strategische Abrüstung zwischen den USA

und Russland (und der VR China), sondern auch für weitere Initiativen, die beispielsweise auch China einbeziehen könnten. Auch Europa und Deutschland sollten dann die Gelegenheit nutzen, um konkrete Vorschläge für den Erhalt der multilateralen Rüstungskontrolle und einer künftigen europäischen Sicherheitsordnung zu machen. So könnte man etwa die in Deutschland geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen im kommenden Jahr in ein Angebot zur Rüstungskontrolle einbetten, falls Moskau im Gegenzug seine landgestützten Atomraketen zurückzieht.

Neben der Aufkündigung bestehender Rüstungskontrollverträge stehen wir zudem vor dem Problem, dass völkerrechtliche Standards mit der Entwicklung moderner, hoch komplexer Waffensysteme, wie z.B. im Cyber- und Weltraum, künstliche Intelligenz, Drohnen und letale autonome Waffensysteme, kaum noch Schritt halten können. Die rasante technologische Entwicklung immer neuer Waffensysteme, für die es bislang noch keine Regelwerke gibt, sowie das Streben immer mehr Staaten nach eigenen Nuklearwaffen stellen uns vor neue rüstungskontrollpolitische Herausforderungen.

Gleichwohl ist ein großer Wurf in der Rüstungskontrolle aufgrund der aktuellen globalen Spannungen zwischen den Großmächten auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Dennoch bleiben Rüstungskontrollabkommen, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, direkte Militärkontakte, verlässliche Notfallkanäle, gemeinsame Frühwarninstrumente sowie verbindliche Regeln für militärisches Verhalten unerlässlich, um ein Minimum an strategischer Stabilität zu gewährleisten. Dabei können vorhandene Institutionen wie die OSZE oder der Europarat helfen, etwa, indem sie nach einem möglichen Kriegsende in der Ukraine eine wichtige Rolle bei der Überwachung des Waffenstillstandes übernehmen, vertrauensbildende Maßnahmen entwickeln oder bei der Einhaltung von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und bei der Wiederaufnahme von Rüstungskontrollgesprächen unterstützen.

## Realistischer Optimismus

Niemand kann heute ernsthaft vorhersehen, ob aus der derzeitigen Unordnung ein leidlich funktionierendes System erwachsen wird, das Kriege verhindern und die ungerechten globalen Machtverhältnisse zumindest eindämmen kann. Die sich abwechselnden Vorhersagen über die Aufteilung von Weltregionen, hegemonialer Ausscheidungskämpfe und dem Ende der Geschichte eignen sich für Talkshows, aber nicht für eine seriöse Bearbeitung ernster Probleme. Insofern ist ein realistischer Blick ein Gebot seriöser Friedenspolitik. Zugleich bedarf es eines Optimismus im An-

gesicht der Alternativen, für den die Sozialdemokratie insbesondere nach dem Weltbrand des Zweiten Weltkrieges stand. Eines ist sicher: Die globalen Menschheitsaufgaben, sei es die Sicherung von Frieden, der Kampf gegen den Klimawandel, die Regulierung von Technologien oder eine gerechtere Verteilung von Wohlstand lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Gerade in Zeiten wachsender Spannungen und geopolitischer Umwälzungen bleiben eine multilaterale und auf gemeinsamen Regeln basierende Weltordnung unverzichtbar. Ansonsten droht ein Rückfall in eine Welt, die an die dunkelsten Kapitel des 19. Jahrhunderts erinnert. ■

# Gespräch über Krieg und Frieden zwischen Adis Ahmetovic, Anna-Katharina Hornidge und Johannes Varwick



⇒ **Adis Ahmetović** geboren 1993 in Hannover, ist seit 2021 direkt gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages und seit Mai 2025 außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: © Deutscher Bundestag, Inga Haar



⇒ **Anna-Katharina Hornidge** ist Direktorin des German Institutes of Development and Sustainability, IDOS, und Professorin für Globale Nachhaltige Entwicklung an der Universität Bonn.

Foto: © German Institute of Development and Sustainability



⇒ **Johannes Varwick** ist Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg.

Foto: © Henning Schacht

**spw:** Den Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine hat Kanzler Scholz als „Zeitenwende“ bezeichnet. Seit der Entführung von Venezuelas Staatschef, den Annexionsansprüchen gegenüber Grönland und der neuen Sicherheitsstrategie der USA wissen wir, es gibt offenbar mehrere Zeitenwenden gleichzeitig. Ist das aus Eurer Sicht ein Problem autoritärer Männer und verschwindet auch wie-

der mit ihnen oder liegen die Gründe in einer anderen globalen Tektonik? Warum ist das Kriegspotential gewachsen?

**Adis Ahmetovic:** Wir leben nicht erst neuerdings in einer neuen Welt, aber erst jetzt wird sie allen deutlicher bewusst. Die vermeintlich regelbasierte Weltordnung wird offen und aktiv attackiert. Immer mehr Machthabern sind die eigene, selbstdefinierte Moral und Ego manie wichtiger als Regeln und Recht. Der US-Präsident sagt es auch. Wie Putin steht er für ein autoritäres Regierungs- und Führungsmodell. Trump ist in nur einem Jahr gelungen, wofür Orban zwölf Jahre gebraucht hat. Die Mutter aller Demokratien wird von innen ausgehöhlt per Dekreten. An seiner Seite stehen mächtige Akteure aus Wirtschaft, Medien und zum Teil auch der Wissenschaft, vor allem aber von Tech-Unternehmen. Deutschland und Europa werden jetzt wach. Als Volkswirtschaften können wir nämlich nur erfolgreich sein, wenn es in einer Welt regelbasiert und verlässlich zugeht. Ab sofort müssen wir uns in einer Welt behaupten, in der Russland, China und die USA diese in drei große Hemisphären versuchen zu teilen. So konkret steht es in der amerikanischen Sicherheitsstrategie. Dazu ist jedes Mittel recht, wie etwa der völkerrechtswidrige Angriff auf Venezuela, der in der Bewertung der Sache nicht komplex war. Regeln und Recht werden missachtet und ad absurdum geführt. Darin müssen wir uns nun zurechtfinden. Der kanadische Premierminister hat uns als Mittelmächte aufgefordert, jetzt eine neue Weltordnung zu gestalten. Dieser Weckruf und diese Strategie sind richtig. Das nehmen jetzt sogar die Konservativen zunehmend an, die lange versucht haben, Trumps MAGA-Bewegung empathisch zu begleiten. Zusammen mit anderen Staaten, nicht zuletzt jenen aus dem Globalen Süden, müssen wir die regelbasierte Weltordnung neu entwickeln. Mit diesen neuen Bündnissen können

uns wieder mehr Souveränität, Stabilität und wirtschaftlicher Erfolg gelingen.

**Anna-Katharina Hornidge:** In der Tat beobachten wir eine Inflation der Zeitenwenden, wahrscheinlich hilft uns der Begriff gerade deswegen analytisch auch nicht mehr weiter. Wie blickt der Süden auf die Dinge? Was viele Länder zunächst einmal gesehen haben, ist das Zerschlagen von USAID und fortgesetzte Mittelkürzungen der Entwicklungszusammenarbeit und multilateralen Institutionen – und zwar aller großen Geber, auch Deutschlands. Gleichzeitig hat China eine neue Entwicklungsbank unter seiner Führung ausgerufen und die inzwischen vierte „Global Initiative“ ins Leben gerufen, diesmal die Global Governance Initiative. Was also sehen ein Burundi oder Kambodscha? Der sogenannte Westen befasst sich mit sich selbst, reduziert die kooperationsbasierten Zahlungen, fokussiert auf nationale Interessen, wie im Koalitionsvertrag und auf europäischer Ebene, während China seine Hand ausstreckt – wenn auch nicht nur selbstlos.

Dann gibt es das gewachsene Selbstbewusstsein der Middle Powers, die Premier Carty als Zukunftspartner hervorgehoben hat. Dazu gehören Länder wie Kenia, Südafrika, Senegal, Usbekistan, Indonesien etc. Länder, die in ihren Regionen einflussreich sind, die Ziehkkräfte entfalten können, die auch Werte und Interessen nicht nur für ihre eigenen Gesellschaften artikulieren. Dazu kommen die BRICS-Staaten ohne Russland, mit denen Europa und auch Deutschland schon heute gezielt die Zusammenarbeit sucht.

Was macht diese Mittelmächte aus? Das sind meist sehr junge Gesellschaften, voller Energie und Lebensfreude. Die sehen in den disruptiven Veränderungen auch viele Gestaltungsmöglichkeiten, Chancenhorizonte. Das unterscheidet deren Diskurs von unserem. Für manche ist die Umgestaltung der internationalen Ordnung längst überfällig, die multilaterale Ebene ist weit weg oder endlich, mit Blick auf die Kürzungen. Warum dann kein neues System? Viel Hoffnung geht Richtung China. Ob es diesem gerecht wird, ist eine große Fra-

ge. Für den Moment bedeutet es aber, dass europäische Angebote mit Angeboten aus China oder den Golfstaaten abgeglichen werden.

**Johannes Varwick:** Ich tue mich schwer, eine Weltformel wie Zeitenwende für alles zu definieren. Jeder Konflikt hat seine eigene Grammatik. Ein Megatrend der vergangenen zwei Jahrzehnte in der internationalen Politik ist sicherlich, dass sich die machtpolitischen Gewichte dieser Welt verschoben haben und weiter verschieben werden. Der Aufstieg Chinas und der daraus resultierende machtpolitische Anspruch, auch die internationale Ordnung mitzuprägen, ist ein sehr relevanter Trend. Überhaupt ist der globale Süden bedeutsamer geworden, weil die Wirtschaftskraft dort zugenommen hat im Vergleich zum alten Westen. Das erklärt aber längst nicht alles, was auf dieser Welt passiert und man muss schon bei jedem Konflikt einzeln und genau hinschauen. Eine denkbare Konsequenz aus der Verschiebung der weltpolitischen Gewichte wäre ja eine Rückkehr der Großmächtekonstellationen. Da sind wir aber noch gar nicht. Der Konflikt zwischen China und den USA, der absehbar die Weltpolitik beschäftigen wird, der wird glücklicherweise noch nicht gewaltsam ausgetragen. Es wird aber vermutlich ein Problem werden. Was sich derzeit aber unterhalb der Ebene kommender Großmachtkonflikte abspielt, ist die Rückkehr des Dschungels in der internationalen Politik. Das ist vielleicht aus europäischer Perspektive neu, weil wir 30 Jahre Stabilität durch die Friedensdividende hatten, die mit dem russischen Angriff auf die Ukraine quasi verpufft ist. Aber wenn wir nach Afrika gucken oder in andere Teile der Welt, da gab es immer Kriege, die wir nur nicht hinreichend zur Kenntnis genommen haben, weil sie uns nicht so direkt betreffen haben. Und auch jetzt, wenn wir uns den Konflikt im Sudan anschauen, der ein Vielfaches der Todeszahlen im Vergleich zur Ukraine fordert, interessiert uns das hier nicht, weil wir nicht betroffen sind. Was die europäische Sicherheitsarchitektur erschüttert hat, ist der Krieg gegen die Ukraine, weil Russland damit Spielregeln in Frage gestellt hat und wir schlecht darauf reagiert haben. Was Trump in den USA macht, ist für uns in den Folgen ver-

heerend, aber wirklich neu ist auch das nicht. Es gab immer unilaterale Interventionen der USA an allen Ecken der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir sollten den Ball bei historischen Bewertungen hier flacher halten. Das ist dramatisch und unappetitlich, keine Frage, aber neu ist das nicht. Der eigentliche Kern der Zeitenwende für uns ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und das Infragestellen der territorialen Integrität von Staaten und damit dem Basisprinzip von europäischer Ordnung. Das ist die eigentliche Herausforderung im engen sicherheitspolitischen Bereich für uns.

Aber Sicherheitspolitik ist eben mehr als dieser militärische Aspekt. Jenseits davon kommt eine Reihe an großen Problemen auf uns zu, die keinen sicherheitspolitischen Ursprung haben, die aber auch sicherheitspolitische Konsequenzen haben, wie zum Beispiel der Klimawandel. Bei dem kann man mit Militär nichts machen.

**Adis Ahmetovic:** Ich will dem im Grundsatz, was die US-Außenpolitik nach 1945 angeht, nicht widersprechen, aber auf einen gravierenden Unterschied hinweisen: Egal, ob wir uns an militärischen Interventionen beteiligt haben oder nicht, wir konnten uns immer und zu jeder Zeit auf die USA hinsichtlich unserer eigenen Sicherheit verlassen. Diese Sicherheitsgarantie heute ist nicht mehr verlässlich und verbindlich, die USA knüpfen diese an Bedingungen. Eine Konsequenz ist, dass wir einen historisch nie dagewesenen Großteil unseres Haushaltes in die eigene Verteidigungs- und Sicherheitspolitik investieren müssen.

Aktuell stellt sich die Frage für die Europäer, ob der nukleare Schirm der USA noch für uns aufgespannt bleibt. Sollen wir gar selbst nukleare Fähigkeiten mit Frankreich aufbauen? Ich halte das alles für gefährliche Rhetorik. Aber die verlorene Gewissheit in die Garantien der USA sind etwas historisch Neues, die sich übrigens gerade auch in deren Rückzug aus den Vereinten Nationen, der humanitären Hilfe oder im amtlichen Leugnen des Klimawandels zeigt. Es gab nach 1945 noch nie so viele laufende Konflikte und Kriege, die so vie-

le Menschen davor fliehen lässt: 150 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Meist in die Nachbarländer, und wenn nicht dorthin, dann eher nach Europa als nach Peking, Washington oder Moskau. Allein wegen des Sudan Konfliktes sind 14 Millionen Menschen innerhalb des Landes oder außerhalb auf der Flucht. Es gibt Millionen hungernde Menschen, über hunderttausend Tote. Europas südlichster Punkt und Afrikas nördlichster Punkt liegen in einer Entfernung wie quasi Borkum von Emden, mehr nicht. Wir müssen zügig lernen, die Welt weniger eurozentristisch und vieldimensionaler zu betrachten. Sonst erkennen wir die wirklich großen Probleme nicht. Dem Druck Russlands, Chinas und der USA entkommen wir nur, wenn wir im Globalen Süden einen für uns extrem wichtigen Schlüsselpartner sehen und die Beziehungen zu unseren bestehenden Wertepartnern wie zum Beispiel Kanada und Australien intensivieren.

**spw:** Sehen wir uns unsere Rolle etwas genauer an. Am Tisch sagen alle, die Lösung für Europas Sicherheitsprobleme ist – Europa. Doch was heißt das konkret?

Auf der einen Seite sitzen wir zwischen allen Stühlen: uns fehlt militärische Souveränität, digitale Souveränität, rohstoffliche Souveränität. Lösen wir das, indem wir vierte Großmacht werden wollen?

**Anna-Katharina Hornidge:** Europa muss zusammenstehen, das können wir nicht oft genug wiederholen. Ein gewisser Ruck geht sicher durch die europäische Politik, auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten. MERCOSUR ist trotz der Verzögerung ein wichtiger Schritt, das Handelsabkommen mit Indien auch. Konkret zur Frage: Europa als Kontinent ist aus internationaler Perspektive eine Zwischenregion, ähnlich wie Südost- oder auch Zentralasien, also eine Region vieler relativ kleiner Staaten. Ein Kollege in Brüssel sagte mal: „Und mancher Staat hat noch nicht verstanden, dass er auch klein ist.“ Dazu gehört natürlich auch Deutschland. Das heißt, als Zwischenregion sind wir keine Großmacht. Wir können weder einen, geschweige denn mehrere Konflikte gleichzeitig erfolgreich militärisch be-

streiten. Das ist nicht unsere Stärke. Aber wir sind wirtschaftlich stark und die Werte, die wir vor uns hertragen, sind auch Teil unserer Gesellschafts- und Geschäftsmodelle. Das wird in vielen Weltregionen noch immer positiv gesehen, gerade von den kleineren und mittelgroßen Ländern. Gemeinsam sind wir auf eine regelbasierte Ordnung angewiesen. Die Kerngedanken einer liberalen Demokratie, Menschenrechte und auch die Nachhaltigkeitsthemen, der Klimawandel, das sind Sicherheits- und Zukunftsthemen, die eben auch unsere wirtschaftliche Stärke ausmachen. Mit dieser Vorstellung von uns selbst entfalten wir Wirkung gegenüber Trump, Putin oder Xi Jinping, aber nicht über militärische Stärke. Diese klimastabilisierende, soziale Gerechtigkeit ermöglichende Ausrichtung auf Zukunft muss Europa noch stärker hinbekommen. Es muss zentraler Teil unseres Geschäftsmodells sein. Das heisst aber deutlich andere Politikgestaltung als ein Aus vom Verbrenneraus...

**Adis Ahmetovic:** ...als Hannoveraner mit einem VW-Nutzfahrzeug-Unternehmen im Wahlkreis, in dem fast komplett E-Mobilität produziert wird, unterstreiche ich das. Ich will es pathetisch sagen: Die EU ist das Beste, was uns je gelungen ist.

Warum? Auf dem Territorium der EU gab es noch nie Krieg, außerhalb dagegen schon. Die Jugoslawienkriege, meine Eltern sind aus Bosnien-Herzegowina 1992 geflohen, waren Kriege außerhalb der EU. Seit Kroatien und Slowenien Teil der EU sind, gibt es keine territorialen Streitfragen mehr. Schauen wir weiter nach Osten, Georgien, Moldau oder die Ukraine, sie stehen außerhalb der EU und sind Opfer von Gewalt. Deshalb sage ich: Bringen wir den Mut auf, die Europäische Union zu vergrößern. Beenden wir das Nicht-Einhalten von Versprechen an Nicht-EU-Staaten. Seit 2002 in Thessaloniki warten die Staaten des Westbalkans, endlich Mitglied der EU zu werden. Entwickeln wir wieder Mut, Visionen zu formulieren. Nach 1945 hätte niemand geglaubt, dass Europa in einer Union zusammenkommt. Heute ist wieder eine Zeit für größeres Denken. Dabei rede ich nicht nur über den Osten und Südosten, sondern auch

über die Nordtangente, Island und Norwegen. Sie hatten dazu Volksabstimmungen. Damals waren wir nicht attraktiv genug. Jetzt wäre die Zeit für ein neues Angebot. Dazu gehören innere Reformen, Wege aus dem Einstimmigkeitsprinzip, der EU-Vertrag. Eine visionäre Europapolitik des Wachstums kann das dann auch nach innen, Themen anpacken wie die digitale Souveränität, den Binnenmarkt aufbauen und stärken, in der Sicherheitspolitik souveräner werden, bei den Rohstoffen. Nicht im Sinne einer europäischen Autonomie oder einer vierten Supermacht, aber als eine Macht, die mit vielen Partnern auf Augenhöhe agiert, ohne bedrohlich von Dritten abhängig zu sein. Da sind die Briten dabei, die Türken, die Kanadier, Australier, der Globale Süden, die Afrikanische Union. Europa sollte seine Stärken in der soft power ausspielen, da sind wir verlässlicher als andere vermeintliche Supermächte. Wir haben mehr Möglichkeiten als wir denken.

**Johannes Varwick:** Die Diskussion geht mir zu sehr an den Realitäten vorbei. Auch ich bin für eine starke EU und sehe ihre historischen Errungenschaften. Aber die EU ist in einem sehr schlechten Zustand. Ob die Erweiterung etwas daran ändern würde, glaube ich nicht. Die Fliehkräfte würden in einer XXL-EU noch größer und politische Integration würde nur in kleineren Formaten stattfinden. Und selbst da gibt es sehr enge Grenzen, wie wir etwa in dem schlechten deutsch-französischen Verhältnis sehen, wo der überarbeitete Elysée-Vertrag ganz enge Abstimmungen in außenpolitischen Fragen vorsieht, was aber faktisch nicht passiert.

Der Laden fliegt doch eher auseinander und die Frage ist, was kann man dagegen tun? Derzeit ist die EU nicht zu Außenpolitik fähig. Es gibt keine gemeinsame europäische Außenpolitik. Ich würde sie mir wünschen, aber wir reden immer nur davon. Die EU ist eine Konjunktiv-Macht, „hätte, könnte, sollte“ und so weiter, aber auf den Teller legt sie sehr wenig und es gibt keine einheitliche Position zu den wichtigen Streitfragen in der internationalen Politik. Der Grund für die fehlende Gestaltungsfähigkeit, es gibt keine Mehrheitsent-

scheidung im Bereich der Außenbeziehungen. Ich sehe keine Chance, das zu ändern. Dafür bräuchte man einen neuen Vertrag, da gibt es erst recht keinen Konsens.

Noch schlimmer ist, dass die europäische Sicherheitsarchitektur zerfallen ist, dass wir als Europa selber wieder zu einem Problem der internationalen Politik geworden sind. Der Grund liegt darin, dass wir mit Blick auf Russland eine falsche Politik gemacht haben. Wir haben es nicht geschafft, Russland in eine europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden, mit der auch Russland zufrieden ist. Und wir haben mit dem Beitrittsversprechen an die Ukraine beim NATO-Gipfel 2008 in Bukarest einen schweren strategischen Fehler gemacht. Das geschah auf amerikanischen Druck hin. Aber Deutschland und Frankreich haben mitgemacht, auch wenn sie am Ende das Schlimmste zu verhindern versucht haben. Faktisch sind wir als NATO den Russen so auf die Pelle gerückt, dass sie irgendwann eine rote Linie überschritten gesehen haben und das auch sehr deutlich gemacht haben. Der Scherbenhaufen ist jetzt buchstäblich da, wir haben einen heißen Krieg in Europa, den niemand für möglich gehalten hat. Und wir in Europa haben keine eigenen Vorstellungen, wie man den Krieg managt oder befriedet - im Gegensatz zu den USA unter Trump. Wir reden nicht mal mehr mit Russland. De facto haben wir die Sicherheit auch in dieser Frage an die USA ausgelagert und sind konzeptionell komplett blank. Was da jetzt aus den USA kommt, finde ich richtig, hier hat Trump leider den richtigen Kompass. Der Kern: man findet nur dann eine Lösung, wenn man sowohl ukrainische als auch russische Sicherheitsinteressen in die Gleichung einpreist und dann eine realpolitische Frontbegradigung macht. Das sind im Prinzip drei Elemente: Erstens Verzicht auf NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Im von Ihnen unterschriebenen Koalitionsvertrag steht das immer noch drin...

**Adis Ahmetovic:** ... ich denke, das ist schon ausgeräumt.

**Johannes Varwick:** ... das hoffe ich, aber ich glaube, das ist noch nicht von der Agenda,

wenn ich mir einzelne Stimmen in der NATO anhöre. Die Amerikaner haben es von der Agenda genommen, jedenfalls ist das der erste Punkt, auf den man sich einigen könnte. Der zweite Punkt ist eine wie auch immer geartete bewaffnete

Neutralität der Ukraine. Und das Dritte ist, und das ist besonders schmerzlich, eine territoriale Veränderung in der Ukraine gewissermaßen als *Modus Vivendi*. Man muss das nicht völkerrechtlich anerkennen, aber doch als quasi politische Realität hinnehmen. Das war die Basis der Vorvereinbarungen in Anchorage im August vergangenen Jahres zwischen Amerikanern und Russen – bis die Europäer das Ganze gespoilert haben.

Die Versäumnisse in der europäischen Sicherheitspolitik hat auch Deutschland mitzuverantworten. Wir tun jetzt so, als ob wir mit immer mehr Rüstung, ja mit einer schuldenfinanzierten Rüstungsorgie die sicherheitspolitischen Probleme in den Griff bekommen könnten. Das ist der völlig falsche Weg. Zunächst einmal sollten wir den Begriff der Kriegstüchtigkeit aus Dokumenten und Denken streichen und durch Verteidigungsfähigkeit ersetzen. Ich bin sehr dafür, dass wir in der Lage sind, uns zu verteidigen, und ich bin auch dafür, dass wir mehr Geld für Rüstung ausgeben. Da ist in den vergangenen Jahren viel versäumt worden. Aber 5% ist deutlich zu viel. Außerdem sollten wir wieder in Gleichgewichtskategorien denken und das aus dem Kalten Krieg bekannte Sicherheitsdilemma ernst nehmen: danach ist die Stärke des einen immer auch die Bedrohung des anderen. Wir tun aber so, als ob das für uns nicht gilt. Wir können aufrüsten und gleichzeitig denken, das bedroht niemanden, weil wir ja die Guten sind. Das ist eine völlig fehlgeleitete Annahme. Wir müssen außerdem Rüstung verbinden mit Rüstungskontrolle, mit vertrauensbildenden Maßnahmen, mit Diplomatie. All das ist wie in Vergessenheit geraten und gipfelt im Begriff der Kriegstüchtigkeit. Ein Irrweg in der Sicherheitspolitik, den die SPD mitmacht. Wir haben, wenn man so will, Maß und Mitte in der Sicherheitspolitik verlassen, und wir soll-

ten wieder zu einer rationalen Sicherheitspolitik zurückkehren, die Maß und Mitte hält.

**Adis Ahmetovic:** Hier widerspreche ich klar. Ich sehe die EU nicht in einem erbärmlichen Zustand. Schon der Versuch, die EU mit der Annexion der Krim und dann mit dem 24. Februar 2022 auseinanderzupflücken, ist misslungen.

Das haben bislang weder Putin noch Xi und auch Trump nicht geschafft. Unter Stress und Druck von außen ist die EU besonders stark. Was das Thema Verteidigungstüchtigkeit angeht, spreche ich nicht von Kriegstüchtigkeit, das war eine Aussage des Bundesverteidigungsministers – und im Endeffekt ist das Semantik. Worum geht es? Wir sehen, dass es Staaten gibt, die bereit sind, gewaltsam Grenzen zu verschieben. Sicher haben wir in der Vergangenheit auch einiges im Verhältnis zu Russland falsch gemacht. Aber Russlands Aggressivität stellen wir doch auch jenseits des europäischen Kontinents fest, wenn ich an den Tschetschenien-Krieg denke, die Unterstützung separatistischer Bestrebungen in Transnistrien sowie der Georgien-Krieg 2008. Europa hat vielleicht nicht immer alles richtig gemacht. Es ist aber nicht schuld am Krieg gegen die Ukraine.

Ich erinnere mich noch sehr gut, dass Macron und Scholz einige Tage vor Ausbruch dieses Krieges Gespräche mit Putin in Moskau hatten. Am 14. Februar hatte ich nämlich meine erste Rede im Deutschen Bundestag gehalten. Beide Regierungschefs haben auch schon da klar gemacht, man werde die Ukraine nicht in die NATO aufnehmen – auch öffentlich. Ich kann es nur noch mal sehr deutlich sagen: Es gibt keinen legitimen Grund, ein Land zu bombardieren, erst recht nicht über einen so langen Zeitraum. Wir erleben seit Beginn des Krieges und in letzter Zeit wieder verstärkt, dass nicht nur militärische Kriegsziele ausgewählt werden, sondern zivile Ziele. Ja, dieser brutale Krieg muss beendet werden. Ich habe in der Süddeutsche Zeitung entgegen aller Kritik gesagt, dass wir nicht zwei US-Immobilienmakler darüber entscheiden lassen dürfen, wie die Ukraine künftig aussehen soll.

Ich will, dass Europa sehr zeitnah wieder an den Tisch kommt. Bei diesen Verhandlungen geht es ja nicht nur um territoriale Fragen der Ukraine, es geht um die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur. Hierzu müssen wieder diplomatische Kanäle bedient werden. Das Schlimmste ist, wenn man gar nicht miteinander spricht. Es kann nicht sein, dass wir den syrischen Übergangspräsidenten in Berlin empfangen wollen, der gestern schon mit Putin vorverhandelt und gesprochen hat. Gespräche mit der russischen Seite sind zielführend, wenn sie in enger Koordinierung mit den europäischen und ukrainischen Partnern stattfinden und auf den Verhandlungsprozess bezogen sind. Für die SPD ist beides richtig: Diplomatische Kanäle zu suchen und die Ukraine weiter zu unterstützen. Beides geht gleichzeitig.

**Johannes Varwick:** Das Problem ist doch, dass Europa und auch Deutschland konzeptionell blank sind. Es reicht ja nicht zu sprechen, sondern man muss ja mit Konzepten in der Tasche sprechen. Da ist in vier Jahren überhaupt nichts gekommen, und das ist ein sehr schweres Versäumnis der europäischen und auch der deutschen Politik. Man hat diesen Konflikt laufen lassen und hat ihn mit Maximalforderungen überfrachtet. Ich widerspreche Ihnen, wenn Sie den Begriff der Kriegstüchtigkeit für einen semantischen Unfall halten. Dahinter steckt ein anderes Konzept als Verteidigungsfähigkeit. Ist Angriff tatsächlich die beste Verteidigung? Genau diese Philosophie hat sich in der Sicherheitspolitik reingefressen. Das machen wir konzeptionell mit, zum Beispiel mit dem Konzept der Multi-Domain-Operations, bei denen Deutschland Teil ist. Dieses Jahr werden wahrscheinlich, wir wissen nicht, wie Trump entscheidet, Tomahawk Raketen in Deutschland im Kontext des Multi-Domain Operations Feldes stationiert. Das heißt, man strebt eine militärische Vorherrschaft, eine militärische Dominanz an. Stattdessen müssen wir wieder zurück zu einer defensiven Sicherheitspolitik und das auch konzeptionell ausbuchstabieren. Dabei wird man zu dem Ergebnis kommen, dass wir mehr tun müssen in der Sicherheitspolitik, ja, auch mehr Geld ausgeben. Das ist aber kein Kriegstüchtigkeitsdiskurs mehr.

**Anna-Katharina Hornidge:** Bei der Frage Kriegstüchtigkeit bin ich bei Kollege Varwick. Der momentane Sicherheitsdiskurs dominiert alles und beruht auf einer Abwehrlogik. Im IDOS versuchen wir dagegen Sicherheit mit der Kooperationslogik zu verbinden, etwa mit dem Wiederaufbau im Falle der Ukraine, auch mit ziviler Konfliktprävention, mit den großen Herausforderungen bei Umwelt und Klima, die wir nur kooperativ angehen können. Diese breite Konzeption von Sicherheit findet sich auch noch in der momentan weiterhin gültigen Nationalen Sicherheitsstrategie. Wenn ich die Debatten im Kanzleramt richtig mitschneide, wird es auch keine neue Strategie geben, sondern lediglich eine Weiterentwicklung. Das halte ich für richtig. Damit stellt sich die Frage, wie dieses erweiterte Sicherheitsverständnis umgesetzt wird. Wir haben schon über die Afrikanische Union gesprochen: Da höre ich von Regierungsseite, die Afrikanische Union sei kapazitätsmäßig kein angemessener Partner, nicht stark genug aufgestellt. Wo bleibt da das politisch-strategische Denken? 82 Länder insgesamt, die Afrikanische und Europäische Union zusammengenommen, sitzen beim Gipfel in Angola zusammen – und wir hören in den deutschen Medien praktisch nichts davon. Deutschlands Markenzeichen war die wirtschaftlich starke und für Menschenrechte und liberale Werte einstehende Zivilmacht. Das gehört zurück in die sicherheitspolitische Debatte. Im Sinne der von Ihnen bevorzugten defensiven Sicherheitspolitik ist das eine Sicherheitspolitik, die die Logik der Kooperation und der Prävention ins Zentrum stellt, einschließlich der sicherheitsrelevanten Themen Klimaschutz und -anpassung.

**spw:** Sie kommen aus drei unterschiedlichen Berufen. Wie diskutieren Studierende im Hörsaal, Bürger\*innen im Wahlkreis oder Vertreter\*innen des globalen Südens das Thema Krieg und Frieden? Was sind Ihre Alltagserfahrungen?

Und: Wenn die Dinge gut laufen und nicht eskalieren, wo stehen wir bei Krieg und Frieden, bei der Frage der europäischen Sicherheitsordnung, bei der Frage der Kooperation Europas mit dem globalen Süden in fünf Jahren?

**Anna-Katharina Hornidge:** Meine Hoffnung für die kommenden Jahre ist, dass wir wieder eine ausgewogenere Balance hinbekommen zwischen Abwehr und Kooperation in der Sicherheitspolitik, dass Sicherheit und Nachhaltigkeit wieder zusammengedacht werden. Außerdem müssen wir als Weltgemeinschaft wieder von dieser wahnsinnigen nationalen Fokussierung wegkommen.

**Adis Ahmetovic:** Krieg und Frieden sind bei mir jeden Tag Thema. Entweder in der Bürgersprechstunde, gerade erst hat eine Schülergruppe intensiv mit mir darüber diskutiert. Außen- und Sicherheitspolitik ist außerdem abiturrelevant, Teil des Kerncurriculums. Krieg und Frieden ist aber auch deshalb unter jungen Menschen so präsent wie lange nicht mehr, weil sie jede Sekunde Posts über TikTok, Instagram, Telegram und YouTube bekommen. Kriegsbilder von erschossenen Menschen aus dem Sudan. Bilder von erschossenen Menschen aus Gaza, aus der Westbank usw. So schnell, wie jetzt kommuniziert wird, vor allem über Negativbilder, wurde früher nie kommuniziert. Wir wissen, dass der Social Media Konsum bis über 40% des Tagesinhaltes bei jungen Menschen ausmacht. Die Algorithmen sind so programmiert, dass nicht das Schöne gezeigt wird, sondern das Negative. Das macht etwas mit der jungen Generation. Damit wieder Hoffnung auf Frieden gelingt, hoffe und arbeite ich daran, dass Diplomatie wieder zügig Kriege beenden kann und dass es uns durch gute Friedens- und Sicherheitspolitik gelingt, Kriege erst gar nicht ausbrechen zu lassen.

Wir müssen wieder mehr über Prävention reden, über humanitäre Hilfe und über Entwicklungszusammenarbeit. Dabei geht es um wirtschaftliche Kooperation auf Augenhöhe, weil Länder wie Ruanda etwa deutlich weiter in vielen Bereichen bei der Digitalisierung sind als wir – Lernen also beidseitig ist. Im Bereich der Entwicklungspolitik haben sich die USA selbst geschädigt. Sie verzichten darauf, mit Soft Power-Instrumenten die Welt nachhaltig an sich zu binden. Dieses Vakuum hinterlässt in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit Raum für China, Saudi-Arabien usw. Deutschland und Europa

müssten hier stattdessen stärker einsteigen. Stattdessen kürzen wir um über 50 Prozent die humanitäre Hilfe und um ein Viertel den Kernhaushalt vom BMZ – beides politische Projekte sozialdemokratischer Außenpolitik. Die war immer dann stark, wenn man nicht nur den Schwerpunkt auf Militarisierung gesetzt hat. Meine Kolleginnen und Kollegen im Bundestag kennen meine Haltung. Wenn wir wirklich ernsthaft neue Bündnisse auf dieser Welt schließen wollen, dann brauchen wir nicht nur das Militär, sondern mehr Entwicklungszusammenarbeit.

**Johannes Varwick:** Leider macht die Regierung das glatte Gegenteil von dem, was Sie sich beide wünschen. Sicherheitspolitik wird mit Militarisierung gleichgesetzt. An den Unis ist Krieg und Frieden ein sehr großes Thema geworden. Sicherheitspolitik ist ein bisschen wie das Rentensystem oder die Kanalisation. Man redet nur darüber, wenn was kaputt ist – insofern ist die Aufmerksamkeit kein guter Indikator. Sie ist es auch deshalb nicht, weil Themen wie der Klimawandel verdrängt worden sind. Ich frage mich, was macht das denn mit einer Generation, die sich vorgestern noch auf die Straße geklebt hat, weil sie dachte, sie sei die letzte Generation und heute merkt, es redet kein Mensch darüber mehr. Das Problem hat sich doch nicht verschoben, sondern nur die Wahrnehmung. Das heißt, wir müssen in der Sicherheitspolitik versuchen, die Balance zu halten und nicht alle Eier in einen Korb werfen. Im Moment reden wir zu sehr über Militär, über Militarisierung, über die militärische Dimension der Sicherheitspolitik. Das hat seinen realen Grund in dem russischen Angriffskrieg, keine Frage, aber wir reagieren zu eindimensional darauf und wir schütten das Kind mit dem Bade aus. Allein wenn ich mir die Haushaltsplanung angucke, dann sehe ich doch, dass für das, was Sie zu Recht anmahnen, nämlich humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, globale Strukturpolitik, Umweltpolitik usw. immer weniger übrig bleibt. Momentan priorisieren wir so, dass schon sehr bald mehr als die Hälfte des Bundeshaushaltes für Militär ausgegeben wird. Das ist Wahnsinn. Ich glaube auch nicht, dass wir das politisch durchhalten, weil Verteilungskonflikte

infolgedessen zunehmen werden und weil wir es über Verschuldung machen. Auch das ist nicht durchdacht und nicht ehrlich und geht in eine falsche Richtung.

Ich wünsche mir in fünf Jahren, dass wir die Ukraine-Frage so gelöst haben, dass die Ukraine als souveräner Staat in akzeptierten Grenzen existieren kann und dass auch Russland stärker in eine europäische Sicherheitsordnung eingebunden wird und dass wir es uns leisten können, nicht nur über immer mehr Aufrüstung zu reden, sondern diesen ganzen Prozess auch wieder politisch zu steuern, mit Rüstungskontrolle, mit der Rückkehr zu gemeinsamer Sicherheit. Das ist keine idealistische Mottenkiste, sondern das ist notwendige Realpolitik. Wir müssen Reset-Button drücken und uns neue und bessere Konzepte jenseits dieser militarisierten Logik einfallen lassen.

**spw:** Anna Katharina, Professor Varwick, Adis, herzlichen Dank.

*Die Fragen stellte Dirk Meyer.* ■

# Rentenpaket, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit – die Quadratur des Kreises?

von Arne Heise



☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Foto: © privat

## Einleitung

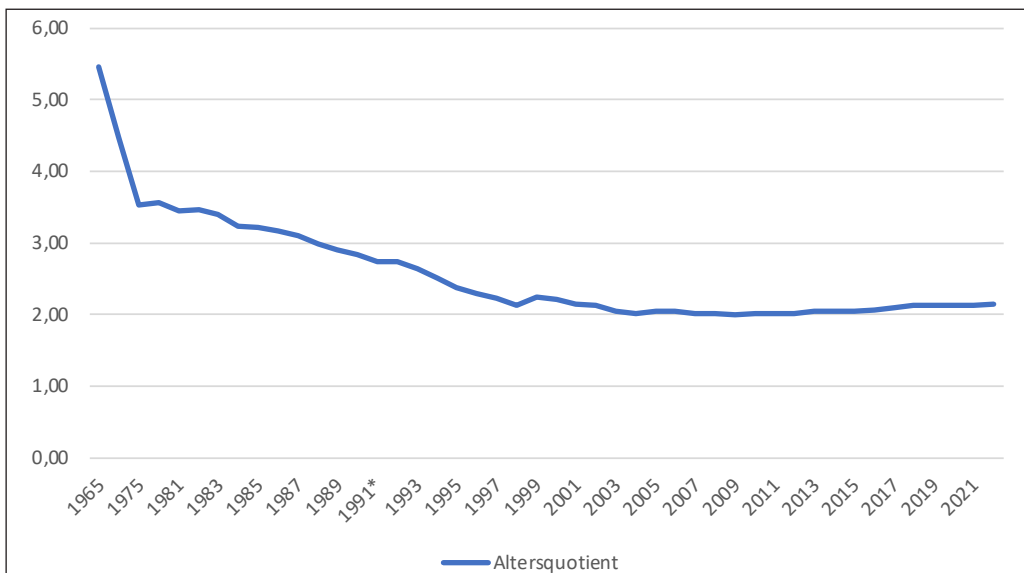
Der frühere CDU-Sozialminister Norbert Blüm wurde berühmt für seinen Satz: „Die Rente ist sicher.“ Dahinter steckt die Idee, dass Rentenpolitik langfristige Verlässlichkeit schaffen muss – sowohl für die Menschen, die heute die Renten finanzieren, als auch für diejenigen, die früher Beiträge gezahlt haben und jetzt im Alter eine verlässliche Versorgung erwarten.

Damit sind zentrale Begriffe der Rentenpolitik benannt: Sicherheit, Gerechtigkeit zwischen den Generationen, Nachhaltigkeit und Stabilität. Diese Anforderungen wurden immer wieder unterschiedlich ausgelegt, und weil sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen laufend ändern, musste das Rentensystem regelmäßig angepasst werden.

Deutschland altert. Das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern ist seit den 1960er Jahren stark gesunken – von etwa 5,5 zu 1 im Jahr 1965 auf rund 2 zu 1 Anfang der 2000er Jahre (vgl. Abb. 1). Zur langfristigen Stabilisierung der Finanzierung wurde 2004 der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor in die Rentenanpassungsformel eingeführt. Zusammen mit dem bereits seit 2001 wirkenden ‚Riesterfaktor‘<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Der ‚Riesterfaktor‘ ist Teil der Rentenanpassungsformel. Er senkt die jährliche Rentenanpassung, indem er unterstellt, dass Beschäftigte einen wachsenden Teil ihres Einkommens für private Vorsorge aufwenden müssen.

**Abbildung 1: Gesetzliche Rentenversicherung - Verhältnis der Beitragszahler pro Altersrentner in Deutschland von 1965 bis 2022**



Quelle: Deutsche Rentenversicherung; statistik-rente.de.

koppelt er die Rentenentwicklung stärker an die demografische Entwicklung und an das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenbeziehenden. Beide Faktoren bewirken, dass die Renten nicht mehr vollständig den Lohnsteigerungen folgen, sondern gedämpft werden. In der Folge sank das Sicherungsniveau vor Steuern von rund 53 % im Jahr 2001 auf etwa 47 % im Jahr 2015. Damit hat sich die gesetzliche Rentenversicherung schrittweise von einem primär *leistungsorientierten System* hin zu einem stärker *beitragsatzorientierten System* entwickelt.

Um diese Entwicklung zu begrenzen, beschloss die Politik 2018 das Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungs- und Stabilitätsgesetz. Es legte zwei sogenannte Haltelinien fest:

- Der Beitragssatz sollte nicht über 20 % steigen.
- Das Rentenniveau sollte nicht unter 48 % fallen.

Damit wurde ein Kompromiss zwischen Beitragsstabilität und Leistungsniveau geschaffen. Fehlende Mittel wurden durch höhere Bundeszuschüsse ausgeglichen.

### Belasten Renten die jüngere Generation?

Das gerade verabschiedete Rentenpaket setzt im Kern die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags<sup>2</sup> um. Es stabilisiert das Rentenniveau bis 2031 bei 48 %. Gleichzeitig sollen Elemente wie die Mütterrente, eine Aktivrente und eine Frühstart-Rente erweitert bzw. eingeführt werden.

Doch in der Union regte sich Widerstand. Eine Gruppe jüngerer CDU/CSU-Abgeordneter kritisiert, das Paket sei „ungerecht gegenüber der jungen Generation“. Unterstützt werden sie von ordnungspolitisch orientierten Ökonomen, die argumentieren, „(d)ie demografisch bedingten strukturellen Probleme des Rentensystems würden weiter verschärft und es käme zu einer zusätzlichen Lastenverschiebung zwischen den Generationen – zulasten der Jün-

geren, die schon heute unter steigendem finanziellem Druck stehen. Das Rentenpaket sollte deshalb in Gänze zurückgezogen werden“<sup>3</sup>.

Bevor wir uns anschauen wollen, worin die wesentliche Differenz zwischen dem nun verabschiedeten und dem von den CDU/CSU-Rebellen so engstirnig vertretenen Vorschlag besteht, dass sie ein Scheitern dieses wichtigen Reformprojektes und damit vielleicht sogar der gesamten Regierungskoalition offenbar in Kauf genommen hätten, muss mit einem Mythos aufgeräumt werden: Die ‚Lasten‘, die dadurch entstehen, dass eine ‚alte‘ – nicht mehr in Erwerbsarbeit stehende – Generation von einer ‚jungen‘ – erwerbsfähigen – Generation ‚alimentiert‘ werden muss, können nicht vermieden werden. Die Finanzierung der Renteneinkommen – egal ob als abgaben- oder steuerfinanzierte Renten oder als Erträge aus zur Alterssicherung akkumulierten Vermögen (Kapitaldeckung) – geschieht immer aus dem *laufenden, von der ‚jungen Generation‘ erwirtschafteten Einkommen*. Die Vorstellung, Rentner könnten auf zu ‚aktiven‘ Zeiten angehäufte Ersparnisse bzw. Rücklagen zurückgreifen, die deshalb folglich der ‚jungen Generation‘ nicht ‚entzogen‘ werden müsste, ist schlicht falsch. Würde man Renteneinkommen, die aus vergangenen, nicht aktuellen Leistungen resultieren, als ‚Belastungen‘ definieren, die ‚gerecht‘ zu verteilen seien, so müsste dies gleichermaßen für Rentiereinkommen – also Kapital- und Vermögenseinkommen – gelten. Gerade die konservativen Kritiker des Reformpaketes würden es aber wohl als absurd empfinden, Kapital- und Vermögenseinkommen als ‚Belastung‘ zu definieren und dessen Höhe an Gerechtigkeitsvorstellungen knüpfen zu wollen.

Es kann folglich nur um die Legitimation und angemessene Anspruchshöhe des Renteneinkommens gehen – die Generationen gegeneinander ausspielende Vorstellung von ‚Belastungen‘ muss hingegen vermieden werden. Als Legitimationsquelle kann die individuelle Kapitaldeckung ebenso gelten wie der solidarische Generationenvertrag. Im Falle der

2 Koalitionsvertrag; Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode, o.O. (koav\_2025.pdf).

3 Offener Brief; Rentenpaket zurückziehen! (Rentenpaket zurückziehen! - Institut der deutschen Wirtschaft (IW)).

individuellen Kapitaldeckung ist dann die ‚Angemessenheit‘ der Anspruchshöhe durch die individuelle, einkommensgenerierende Verwendung begründet: je höher die Ertragsrate des angelegten Kapitals (die allerdings eben auch die ‚junge Generation‘ realisieren muss!), desto höher die Rente. Ebenfalls individualisiert wird dabei das Risiko bis hin zum vollständigen Kapital- und entsprechend Rentenverlust. In einem solchen Falle müsste die Gemeinschaft mit ihrer Grundsicherung eintreten, was das Problem des ‚moralischen Risikos‘ (moral hazard) auslöst.

Um die Risikoverteilung ausgewogener zu gestalten, kann die Rentenzahlung auch direkt aus dem gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Einkommen mittels Besteuerung und Abgabenzahlung abgeleitet werden. Die individuelle Differenzierung der Rentenhöhe in einem solchen Generationenumlagesystem richtet sich dann nicht nach Anlagegeschick (und ggf. purem Glück oder Pech), sondern nach Leistungsfähigkeit und -bereitschaft, die mittels Einkommenshöhe gemessen wird. Da von der Anspruchsberechtigung bis zum Renteneintritt gewöhnlich mehrere Dekaden vergehen, ist auch die oben erwähnte langfristige Zuverlässigkeit des Rentensystems unabdingbar: Mann/Frau ist als Teil der ‚jungen Generation‘ nur bereit, die ‚angemessene Anspruchshöhe‘ der ‚alten Generation‘ zu akzeptieren, wenn dies auch ihm/ihr garantiert wird, wenn er/sie Teil der ‚alten Generation‘ wird. Und die Angemessenheit des Rentenniveaus muss sich daran orientieren, was die ‚alte Generation‘ als ‚junge Generation‘ ermöglicht hat und nun eben auch erwarten darf – zweifellos unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen der ‚jungen Generation‘.

Kurzum: Die Frage ist also nicht, ob die junge Generation die ältere unterstützt – das ist immer so –, sondern wie dieses System fair und verlässlich gestaltet wird.

### Worum geht es im Rentenstreit?

Früher, in den 1950er und 1960er Jahren, galt eine Standardrente von rund 57 % des Durchschnittseinkommens als angemessen. Dieser Wert sank mit zunehmender Alterung

der Gesellschaft zunächst auf etwa 53 % (2000) und, nach Einführung von Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor, auf unter 47 % (2015). Eine Stabilisierung auf dem Rentenniveau von 48 % konnten dann erst ab 2018 mit den Haltelinien, die bis 2025 im Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungs- und Stabilitätsgesetz verankert sind, erreicht werden. Schon damals wurde, wie auch jetzt wieder vorgesehen, eine Rentenkommission eingesetzt, die über das Jahr 2025 hinaus diese Haltelinien auf 44-49 % für das Rentenniveau und 20-22 % für die Beitragsätze quantifizierte.

Das vorliegende Rentenpaket setzt nun diese Empfehlungen der damaligen Rentenkommission bis 2031 um und sieht offenbar keinen Grund, das Rentenniveau im Rahmen des angegebenen Korridors sogar zu erhöhen oder abzusenken. Diesen Teil tragen die Jung-Rebellen der CDU/CSU offenbar noch mit. Die Diskussion geht darum, was nach 2031 geschehen soll. Eigentlich wäre nach Maßgabe der Rentenkommission zu erwarten, dass man sich dann auf eine neue Quantifizierung der Leitlinien festgelegt hätte, um eine längerfristige Absicherung sowohl der Rentner als auch der Beitragszahler zu ermöglichen. Tatsächlich sieht das Rentenpaket aber keine Leitlinien für die Zeit nach 2031 vor, sondern ermöglicht eine Rückkehr ins beitragsorientierte System ohne Haltelinien – danach würde das Rentenniveau kontinuierlich auf 46,7 % im Jahr 2035 und 46,0 % im Jahr 2040 (vgl. Tab. 1) sinken. Gleichzeitig würde der Beitragssatz auf 21,2 % im Jahr 2035 und 21,4 % im Jahr 2040 steigen. Doch diese Entwicklungen reichen den Jung-Rebellen nicht aus: Sie wollen, dass die Renten auf jenes Sicherungsniveau fallen, das erreicht würde, wenn die Haltelinien auch schon zwischen 2026 und 2031 nicht gelten würden – also auf 45,7 % im Jahr 2035 und gar nur noch 45 % im Jahr 2040. Der Beitragssatz bliebe allerdings in diesem Szenario unverändert (vgl. Tab. 1).

Die Rebellen halten eine Erhöhung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung für inakzeptabel, die sich daraus ergibt, dass der Nachhaltigkeitsfaktor seine Wirkung nach dem Willen der Bundesregierung vom im Jahr 2031

**Tabelle 1: Entwicklung der Haltelinien und des Bundeszuschusses**

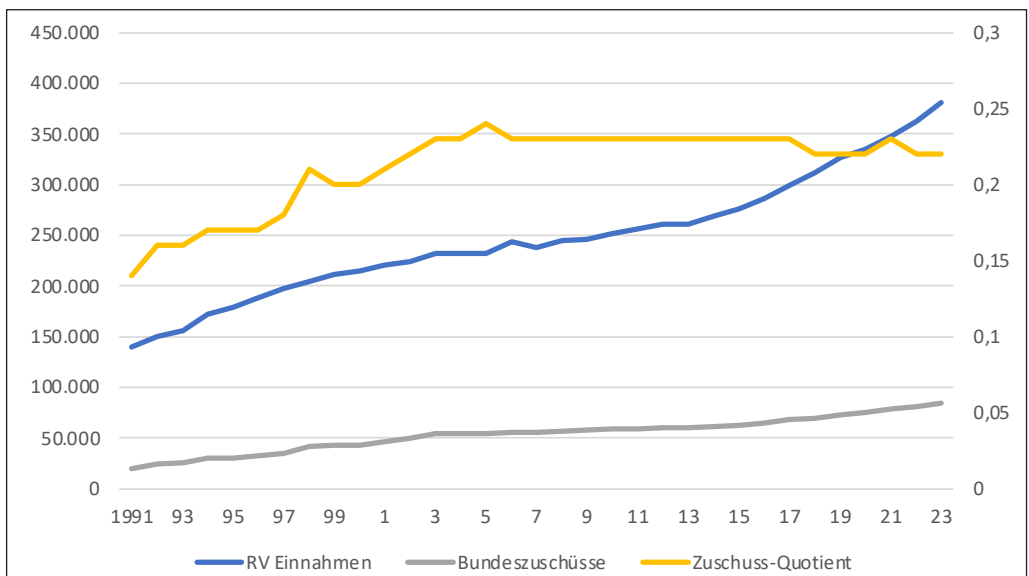
	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2035	2040
Ohne Rentenpaket									
*Beitragsatz (%)	18,6	18,6	18,7	19,9	20,0	20,0	20,4	21,2	21,4
*Rentenniveau (%)	48,0	48,1	48,0	48,1	47,3	47,0	47,0	45,7	45,0
Mit Rentenpaket									
*Beitragsatz (%)	18,6	18,6	18,8	20,0	20,0	20,0	20,3	21,2	21,4
*Rentenniveau (%)	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0	46,7	46,0
*Bundeszuschuss (Mio. €)	0,0	0,0	0,0	0,0	3,6	9,3	11,0	13,3	15,1
(Erhöhung Zuschuss- Quotient)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3

Quelle: Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten (Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur Vollendung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten)

erreichten Sicherungsniveau von 48 % auszufalten soll und nicht vom niedrigeren Niveau von 47 %, dass ohne das Rentenpaket erreicht worden wäre.

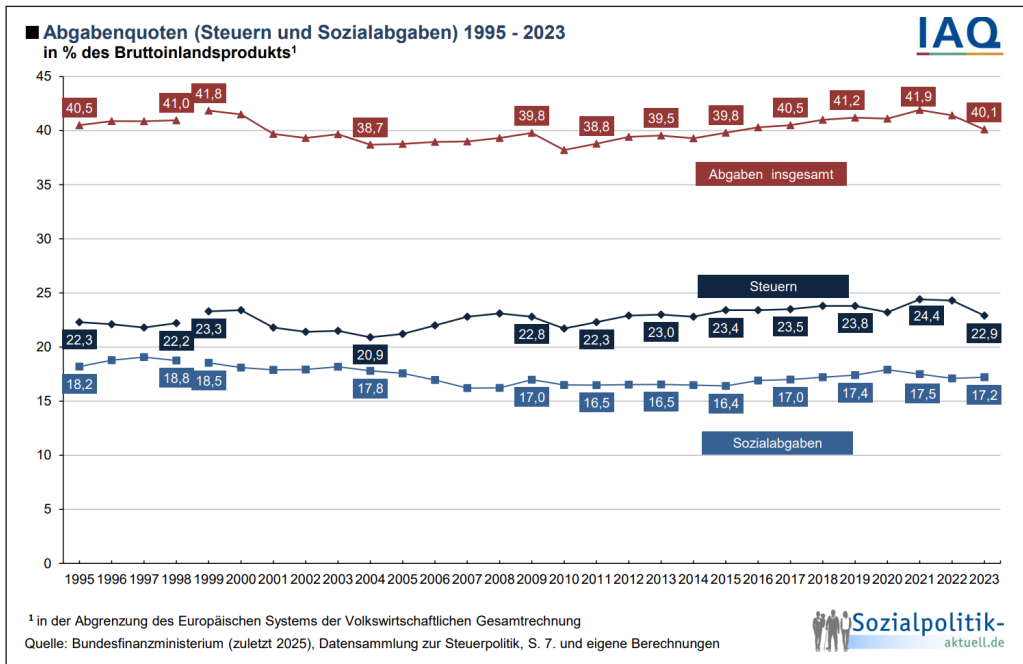
Abb. 2 zeigt, wie sich die Einnahmen der Rentenversicherung, der Bundeszuschuss an die Rentenversicherung und deren Verhältnis – der Zuschuss-Quotient – seit Anfang der

1990er Jahre entwickelt hat. Machte der Bundeszuschuss noch 1991 nur 16 % aus, so stieg er auf 25 % im Jahr 2005. Trotz der Einführung der Haltelinien 2018 ist dieser Wert seither nicht wieder erreicht worden und lag 2023 nur noch bei 22 %. Dies liegt auch darin begründet, dass sich das Verhältnis der Beitragszahler zu Rentnern seit den 2000er Jahren nicht weiter verschlechtert hat (vgl. Abb. 1).

**Abbildung 2: Entwicklung der Einnahmen der Rentenversicherung, des Bundeszuschusses und des Zuschuss-Quotienten, 1991–2023**

Quelle: Deutsche Rentenversicherung; Rentenversicherung in Zeitreihen, 2024, S. 238

Abbildung 3: Entwicklung der Abgabenquote und ihrer Bestandteile, 1995–2023



### Dauerhafter Kompromiss zwischen beitrags- und leistungsorientiertem System?

Eine Verabschiedung des Rentenpaktes nach den Vorstellungen der Bundesregierung – und hier vor allem der SPD – wird also voraussichtlich den Zuschuss-Quotienten nicht über das Anfang der 2000er Jahre erreichte Niveau erhöhen und kann wohl kaum als Begründung einer strukturellen Schiefelage des Rentenversicherungssystems herhalten. Und eine Überforderung der ‚jungen Generation‘ liegt offenbar auch nicht vor, da der Beitragsatz gegenüber der von den Rebellen favorisierten Variante auch nicht steigt. Und selbst der Anteil des Bundeszuschusses am Bundeshaushalt wird nur geringfügig von 21 % auf etwa 23 % steigen.

Die auf einen Prognosezeitraum von 15 Jahren (2040) abzielenden Sicherungsniveau-, Beitragsniveau- und Bundeszuschusserwartungen beruhen auf recht unsicheren Annahmen über die Entwicklung der Bevölkerung, der Arbeitsmarktpartizipationsquote, der Lebensarbeitszeit und einer Reihe weiterer Faktoren. Daher

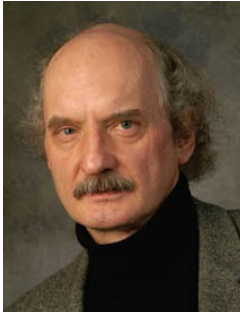
kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Erwartungen im ungünstigsten Fall stark verfehlt werden und entsprechend die altersversorgungsbedingten Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft deutlich steigen werden – hieraus einen Generationenkonflikt zu machen, ist sicher nicht der angemessene Weg.

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass sich die steuer- und abgabenseitige Belastung der privaten Einkommen in den letzten drei Jahrzehnten kaum verändert hat (vgl. Abb. 3), obwohl die gesellschaftlichen Herausforderungen, die nur kollektiv gelöst werden können, massiv zugenommen haben (z.B. Alterung, ökologische Transformation, äußerer Frieden und innere Sicherheit, massive ökonomische Krisen), müssen auch zusätzliche Finanzquellen erschlossen werden, die gleichzeitig der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit in der Gesellschaft entgegen wirken.

Das Ziel muss bleiben: ein System, das sowohl leistungsfähig als auch fair gegenüber allen Generationen ist. Das nun erst einmal beschlossene Rentenpaket ist dabei ein erster, guter Einstieg. ■

# Heidelberg und wir

von Michael Krätke



↳ Michael R. Krätke lehrte Soziologie in Berlin und Bielefeld und Politikwissenschaft in Kassel, war Professor für Politische Ökonomie an der Universität von Amsterdam, an der Universität Lancaster (UK) und an der Tohoku Universität in Sendai, Japan. Von 2009 – 2011 war er Direktor des Institute of Advanced Studies in Lancaster. Gegenwärtig Emeritus und Professor für Politische Theorie an der Universität von Wuhan, VRChina. Arbeitet seit vielen Jahren auch als Wirtschaftsjournalist für deutsche, schweizerische und französische Zeitungen. Lebt in Amsterdam.

Foto: © privat

In Vorab: Ein altes Programm, vor 100 Jahren auf dem Heidelberger Parteitag der erst drei Jahre zuvor wiedervereinigten SPD angenommen und bis zur Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 gültig. Das Heidelberger Programm der SPD, nach einem ersten Entwurf von Karl Kautsky, dann geschrieben von Rudolf Hilferding, dem damaligen Vordenker und Cheftheoretiker der Partei, Herausgeber der neuen Theoriezeitschrift „Die Gesellschaft“. Nicht zu vergessen, der erste Sozialdemokrat und der erste Marxist, der in Deutschland das Amt des Finanzministers ausübte.<sup>1</sup>

Ein neues Programm sei notwendig, um die gerade wiedervereinigte SPD nach den fünf bitteren Jahren der Parteispaltung mit sich selbst zu versöhnen. Es sollte das kurz vor dem Vereinigungsparteitag (am 24. September 1922 in Nürnberg) im September 1921 angenommene Görlitzer Programm der Mehrheitssozialdemokratie ersetzen. Das Programm, das als größter

politischer Erfolg Eduard Bernsteins galt und gilt. Denn Bernstein gelang es, einige der Änderungen des alten Erfurter Programms von 1891 durchzusetzen, die er im „Revisionismusstreit“ und seither immer wieder propagiert hatte: Statt sich aufs nahe und unvermeidliche Ende des Kapitalismus zu verlassen, sollten die Sozialisten sich lieber mit seinen aktuellen Transformationen befassen und sich über die absehbare Zukunft des Kapitalismus Gedanken machen.<sup>2</sup>

Bernstein war nicht der einzige, nicht einmal der Hauptautor des Görlitzer Programms. Doch hat er insbesondere den Teil zur internationalen Politik stark beeinflusst. Kautsky, zusammen mit Bernstein der Autor des Erfurter Programms von 1891, befand, dass das Görlitzer Programm gerade die gewaltigen Veränderungen der Welt seither nur unzureichend bzw. gar nicht behandelte. Dem Görlitzer Programm fehle die theoretische Begründung, es verdunkele mehr als es kläre.<sup>3</sup> Bernstein widersprach, moderat im Ton, aber bestimmt. Im Grunde war das eine Neuaufgabe der alten Revisionismusdebatte.<sup>4</sup>

In der SPD-nahen Parteigeschichtsschreibung wird die Legende gepflegt, die SPD sei nach einem kurzen Schwenk zu einer realistischeren Weltsicht in Görlitz dank des Einflusses der Radikalen aus der USPD wieder ins „marxistische“ Fahrwasser geraten. Bernstein sah das jedenfalls nicht so.

## Ein neuer Anlauf

Die Verfasser des Heidelberger Programms folgten dem Vorbild des Erfurter Programms: Auf einen grundsätzlichen Teil folgte ein politisches Aktionsprogramm in wenigen Stichworten. Das Heidelberger Programm war kurz und

1 Karl Kautskys Ruf als vormaliger „Theoriepapst“ der Sozialdemokratie hatte bereits gelitten, obwohl er sein Hauptwerk über die materialistische Geschichtsauffassung erst zwei Jahre später in zwei umfangreichen Bänden vorlegte. Rudolf Hilferding, als Autor des „Finanzkapital“ bekannt und berühmt, hat zweimal das Amt des Reichsministers der Finanzen ausgeübt, 1923 und 1927/1928. Er war zwar nicht der erste – vor ihm hatte der ukrainische marxistische Ökonom Mikhail von Tugan-Baranowsky 1919 in der ersten ukrainischen Republik das Amt für einige Monate ausgeübt – aber der wichtigste Finanzspezialist der Sozialdemokratie. Übrigens neben Eduard Bernstein, der als Abgeordneter im Reichstag für die SPD häufig zu Finanz- und Steuerfragen sprach und wegen seiner Sachkenntnis weithin respektiert wurde.

2 Zu Bernsteins Rolle als einflussreicher Mitautor des Görlitzer Programms siehe ausführlich: Klaus Leesch, Eduard Bernstein (1850-1932), Leben und Werk, Frankfurt / New York 2024, S. 1354 – 1364.

3 Siehe Karl Kautsky, Zu den Programmen der Sozialdemokratie, Köln 1968, S. 184ff.

4 Eduard Bernstein, Karl Kautsky über das Görlitzer Programm, in: Die Glocke, Nr. 24, Jg. 8, S. 630 – 638.

knapp gehalten, im Aktionsprogramm wurde auf Erläuterungen ganz verzichtet, es bestand aus einer Abfolge von Einzeilern.

Ein Jahr zuvor hatte Hilferding in der „Gesellschaft“ die Aufgabe skizziert: Mitten in der neuen „Sturm- und Drangperiode von unerhörter Ausdehnung und Intensität“ müsse sich die Sozialwissenschaft der schweren Aufgabe stellen zu analysieren, was ist, was die Entwicklung der letzten Jahrzehnte bedeutete und wohin die weitere Entwicklung gehen werde. Wir fragen „in drei Hauptrichtungen“, nach den „Änderungen in der Wirtschaft“, nach der „Umgestaltung in den inneren politischen Verhältnissen“ und nach der „Neuordnung der Staatengliederung und ihrer Rückwirkung auf die Gestaltung der Aussenpolitik“.<sup>5</sup>

Hilferding hielt seine Analyse der kapitalistischen Entwicklung aus der Vorkriegszeit nach wie vor für richtig, wenigstens in den Grundzügen. Die kapitalistische Entwicklung zeige eine dominante Tendenz, die Marx bereits als „Konzentrationsgesetz“ klar erkannt habe. Ebenso habe sich die Tendenz zur Vereinigung aller Kapitalformen in einer neuen, hybriden Form des „Finanzkapitals“ bewahrheitet. Dazu kamen drei neue politische Entwicklungen: die Entstehung von Nationalstaaten erst in Europa auf den Trümmern der im Weltkrieg zerbrochenen Imperien, die Entstehung demokratischer Republiken in Europa und in anderen Weltteilen und die „imperialistische Tendenz“ im Verhältnis zwischen den kapitalistischen und den bisher noch nicht-kapitalistischen Ländern.<sup>6</sup>

Wie Hilferding einräumte, war dies nur eine erste Skizze der Analyse des Nachkriegskapitalismus, ohne die die sozialistische Arbeiterbewegung nur auf Sicht fahren würde. Allerdings steckte in dem Programmtext noch mehr. Eduard Bernstein hatte in seiner Parteitage Rede in Görlitz betont, die Mehrheit der Deutschen müsse erst zu Republikanern und Demokraten

erzogen werden. Im Heidelberger Programm wird die demokratische Republik als wichtigste Errungenschaft der Revolution von 1918/19 gefeiert. In einer weiteren Intervention auf dem Parteitag setzte Hilferding noch einen kräftigeren Akzent: Die demokratische Republik könne nicht nur die politische Form für ein sozialistisches Gemeinwesen, sondern auch für eine bürgerliche Gesellschaft sein. Diese „politische Form, die dieselbe bleibt, müssen wir uns erhalten“. Denn sie sei auch die „politische Bewegungsform für die Übergangsform vom Kapitalismus zum Sozialismus“.<sup>7</sup> Das war auch auf Paul Levi gemünzt, der das neue Programm in Artikeln in der spw und in seiner Rede auf dem Parteitag kritisiert hatte.<sup>8</sup> Sein größtes Kompliment für die Verfasser: Sie hatten das neue Programm nur als einen ersten Schritt in der Programmarbeit vorgestellt.<sup>9</sup> Hilferdings kühne These, die Form der demokratischen Republik sei ohne weiteres und ohne irgendwelche institutionellen Veränderungen gleichermaßen geeignet für eine bürgerliche Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise und für ein sozialistisches Gemeinwesen, wurde auch von Levi nicht prinzipiell bestritten.<sup>10</sup>

### Internationale Politik oder die „Aussenpolitik der Arbeiterklasse“ nach dem Weltkrieg

Im Görlitzer wie im Heidelberger Programm wurden die Grundzüge der internationalen Politik skizziert. Im internationalen Teil des Görlitzer Programms hatte Bernstein seine Hoffnungen auf den gerade gegründeten Völkerbund gesetzt. Im Heidelberger Programm ging Hilferding einen großen Schritt weiter. Zum ersten Mal wird dort die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ offen propagiert. Das müsse die neue Leitidee der internationalen Politik der Sozialdemokratie sein, mit der man der ungebro-

7 Rudolf Hilferding, Rede auf dem Heidelberger Parteitag, a.a.O., S. 296.

8 Siehe Paul Levi, Zum Heidelberger Parteitag, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft. Sämtliche Texte, Teil II, Berlin 2016, S. 797 – 799; ders., Diskussion zum Programmwurf, a.a.O., S. 812 – 814.

9 Rudolf Hilferding hatte das in seiner Programmrede auf dem Parteitag mehrfach betont: Es könne in diesem Text nur darum gehen, den Anstoss zu einer gründlichen Analyse des Nachkriegskapitalismus zu geben (siehe Rudolf Hilferding, Programmrede, a.a.O., S. 275 u.ö.).

10 Vgl. für eine abweichende Ansicht: Michael R. Krätke, Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft, in: Widerspruch,

5 Rudolf Hilferding, Probleme der Zeit, in: Die Gesellschaft. Internationale Revue für Sozialismus und Politik, Erster Band 1924, Heft 1, S. 1. Für Hilferding als Mitbegründer des Austromarxismus war Marxismus Sozialwissenschaft, keine politische Ideologie.

6 Vgl. Rudolf Hilferding, Programmrede, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 272 – 283.

chenen Rivalität der Nationalstaaten und ihrer imperialistischen Politik begegnen könne und müsse. Seit Heidelberg gehört das politisch vereinte Europa zu den politischen Grundvorstellungen der Sozialdemokratie. Hilferding skizzierte einen Prozess: Hin zu einer europäischen „Wirtschaftseinheit“, auf deren Grundlage dann die politische Einheit in Gestalt der „Vereinigten Staaten von Europa“ entstehen könne und solle.<sup>11</sup>

Im Jahr zuvor, 1924, war die deutsche Übersetzung eines schmalen Buchs von Edo Fimmen erschienen, das in kürzester Zeit zum internationalen Bestseller wurde: „Vereinigte Staaten von Europa oder Europa AG. Ein internationaler Ausblick“. Edo Fimmen war der Generalsekretär der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft, und als solcher eine der Führungsfiguren der internationalen Gewerkschaftsbewegung. In seinem Buch liefert er eine originelle Begründung für die Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa. Die sah er in der Tendenz der neuen transnationalen Konzerne, ihre Macht über alle nationalen Grenzen hinweg auszuweiten und sich dem Zugriff der Nationalstaaten, vor allem der kleineren, zu entziehen. Diese neuen internationalen Konzerne könnten das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter (wie im Heidelberger Programm gefordert) aushebeln. Denn „was sollen Arbeiter in einem Betrieb mitbestimmen können, der selbst dem Bestimmungsrecht seiner Direktoren entzogen ist“.<sup>12</sup> Irgendeine Form der Wirtschaftsdemokratie könne nur in einem politischen Kontext greifen, der die engen Grenzen der Nationalstaatlichkeit übersteige. In Europa mit seinen vielen Kleinstaaten konnte das nur der größere Rahmen eines europäischen Bundesstaats sein, der das gesamte europäische Wirtschaftsgebiet umfasse. So weit ging Hilferding nicht, obwohl er die Tendenz zur Bildung trans- und multinationaler Konzerne durchaus sah.

## Organisierter Kapitalismus

Mit dem Görlitzer und Heidelberger Programm der SPD und dem Linzer Programm der

SDAP von 1926 war die Debatte um die Zukunft der neuen Formen des „demokratischen Kapitalismus“ eröffnet worden. Rudolf Hilferding und Otto Bauer haben damals die neue kapitalistische Nachkriegsordnung als „organisierten Kapitalismus“ beschrieben. Kern ihrer Analyse der Veränderungen im Weltkapitalismus seit den 1890er Jahren waren die Tendenzen zur Einhegung der Konkurrenz zwischen den großen Konzernen durch verschiedene Formen der „Organisation“.<sup>13</sup> Otto Bauer hat diese Organisationstendenzen im ersten Teil seiner breit angelegten Analyse des Nachkriegskapitalismus, der 1931 erschien, auch auf der Ebene der einzelnen Betriebe und Unternehmen analysiert.<sup>14</sup>

Dass der organisierte Kapitalismus sich wenigstens in einigen europäischen Ländern im Rahmen einer demokratischen Republik eingerichtet hatte, sah Hilferding als Chance.

Was die Sozialdemokratie anstrebte, war eine wirtschaftliche (und soziale) Demokratie, kein Staatssozialismus. Demokratisierung der Wirtschaft – in der Form gemeinwirtschaftlicher Unternehmen, die Mitbestimmung von Produzenten, Konsumenten und Vertretern der lokalen und regionalen (Zivil)Gesellschaft einschließen sollte – statt staatlichem Zwang und Despotie auf allen Ebenen.<sup>15</sup> Diese genuin sozialdemokratische Sozialismus-Konzeption – wohlgeformt, formuliert und propagiert von den führenden marxistischen Intellektuellen der Zeit – stand in schärfstem Gegensatz zum despotischen „Sozialismus“ der Bolschewisten. Und darin waren sich

<sup>13</sup> Beide konnten sich dabei auf den alten Engels berufen, der in seinen letzten Jahren ähnlich argumentierte. Also: Die Organisationstendenzen im Kapitalismus bereiten dem kommenden Sozialismus den Boden. Allerdings sah Engels nichts, was dem von Hilferding gesehene und analysierte Phänomen einer „Arbeitsgemeinschaft der Klassen“ nahegekommen wäre. Diese kriegsbedingte Zwangskooperation unter Kriegsrecht, mit Hilfe eines erzwungenen „Burgfriedens“, hatte mit der nach dem zweiten Weltkrieg schrittweise etablierten „Sozialpartnerschaft“ wenig zu tun. Die Institutionalisierung von Betriebsräten durch das deutsche und österreichische Betriebsrätegesetz von 1919, ebenso wie die Etablierung eines besonderen „Arbeitsrechts“ und der Versuch, mit der 1919 gegründeten ILO arbeits- und sozialrechtliche Normen international verbindlich zu etablieren waren (und sind) historische Erfolge der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere der Sozialdemokratie, die den Weltkapitalismus nachhaltig verändert haben.

<sup>14</sup> Siehe Otto Bauer, *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg*. Erster Band: *Rationalisierung – Fehlrationalisierung*, in: Otto Bauer *Werkausgabe*, Band 3, Wien 1976, S. 719 – 914.

<sup>15</sup> So Hilferding in seiner *Programmrede in Heidelberg* (Rudolf Hilferding, *Programmrede*, a.a.O., S. 273 – 274).

<sup>11</sup> Rudolf Hilferding, *Programmrede*, a.a.O., S. 281.

<sup>12</sup> Edo Fimmen, *Vereinigte Staaten von Europa oder Europa AG. Ein internationaler Ausblick*, Thüringer Verlagsanstalt, Jena 1924, S. 76.

Bauer, Bernstein, Hilferding, Kautsky und Levi einig.

## Nach 100 Jahren

Wir stecken heute wieder mitten in der Umbruchphase einer weiteren „großen Transformation“ des kapitalistischen Weltsystems. Jede programmatische Neuorientierung der Sozialdemokratie muss daher die alte und wieder hochaktuelle Frage beantworten: Hat sich der Kapitalismus bei uns und insgesamt, d.h. als Weltsystem betrachtet, verändert? Und wie verändert er sich und wohin? Wie wird die kapitalistische Weltwirtschaft von morgen aussehen? Was ist unser Platz darin, welche Rolle kann eine europäische sozialistische Bewegung und eine Partei mit der langen Geschichte und der Tradition wie die der Sozialdemokratie darin spielen?

Wieder einmal sind Kapitalismusanalyse und Kapitalismuskritik gefragt – und zwar auf der Höhe der Zeit. Wieder einmal müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es die großen und kleinen kapitalistischen Mächte sind, die die Weltordnung bestimmen. Allerdings stehen wir heute vor der drohenden Zerstörung jener Weltordnung, die die Hoffnung der

Autoren des Görlitzers wie des Heidelberger Programms war: Beide großen Errungenschaften der Zeit nach dem Ende des zweiten Weltkriegs, die Vereinten Nationen und mit ihnen das institutionalisierte Völkerrecht und die Europäische Union, stehen unter wachsendem Druck. Beides sind Versuche, eine internationale Ordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft, des Welthandels, der Weltwährung, des Weltverkehrs zu schaffen, also eine Form des „organisierten Kapitalismus“ in einer demokratischen politischen Form zu institutionalisieren. Beides wird nicht nur in Frage gestellt, sondern aktiv zerstört. Dennoch laufen sowohl „imperialistische“ als auch „Organisationstendenzen“ im Weltkapitalismus der Gegenwart weiter – und durcheinander mit Tendenzen zur Desorganisation. Gleichzeitig stecken wir mitten in einer technologischen Revolution und kämpfen mit der Notwendigkeit, die fossilen Grundlagen der bisherigen kapitalistischen Produktionsweisen zu verlassen. Die Energiewende läuft, trotz des

erbitterten Widerstands der fossilen Industrien. Aber die Art der Energiegewinnung und -verwendung bleibt bestimmend, aus einem schlichten Grunde: Energie ist ein sogenanntes „Basisgut“, wie wir seit Marx und Sraffa wissen: Man braucht Energie, um Energie zu erzeugen, und man braucht Energie, um alles andere, jede Art von Gebrauchsgütern und Diensten herzustellen bzw. zu leisten.<sup>16</sup> Die sogenannte „Digitalwirtschaft“ der High-Tech-Konzerne, der Kern eines angeblich „digitalen Kapitalismus“, ist der größte Energiefresser unter allen Industrien.

Wieder einmal könnte die Sozialdemokratie nichts so gut gebrauchen, wie eine Kritik der politischen Ökonomie – auf der Höhe der Zeit und informiert durch die von Marx begründete Tradition.<sup>17</sup> Wieder einmal haben wir eine historische Phase der „Globalisierung“ hinter uns und befinden uns in einer Phase der „Deglobalisierung“, der Desintegration der kapitalistischen Weltmarktökonomie. Wieder einmal betrieben von einigen kapitalistischen Großmächten, die eine Neuordnung der Welt mit allen Mitteln, Krieg eingeschlossen, durchzusetzen suchen. Und wieder einmal stecken wir mitten in einer technologischen Revolution. Diese wälzt die kapitalistische Betriebsweise um, die Art und Weise, wie kapitalistische Unternehmen Gebrauchswerte herstellen, transportieren und verteilen. Und die technische Revolution wälzt ebenso die kapitalistische Produktionsweise insgesamt um.<sup>18</sup> ■

16 Die Entdeckung der analytischen Unterscheidung zwischen Basisgütern und Nicht-Basisgütern geht in der Tat auf Marx zurück. Was Piero Sraffa, trotz seiner intensiven Marx-Studien, nicht wissen konnte, weil die entsprechenden Marxschen Manuskripte zu seiner Zeit noch der Veröffentlichung harrten.

17 Der zeitgenössische „Marxismus“ oder was sich so zu nennen beliebt kann dazu leider nicht viel beitragen, da sich seine Adepten in allererster Linie für selbstgeschaffene philosophische Scheinprobleme interessieren, nicht für die ganz schlechte Realität des gegenwärtigen Kapitalismus.

18 Dem alten Marx verdanken wir die Einsicht, dass „industrielle“ Revolutionen (anders als finanzielle und ähnlich wie kommerzielle) mit einer rapiden Veränderung der dominanten Formen der Arbeitsorganisation einhergehen. Erst der Schritt von der „Maschine“ zum „Fabriksystem“ bringt die moderne „Große Industrie“ hervor, die wiederum die internationale Arbeitsteilung und den Welthandel auf den Kopf stellt. Es gibt, dank Engels, in der marxistischen Tradition einige analytische Unterscheidungen, die für die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus überaus nützlich sind: die Unterscheidung zwischen Betriebsweise und Produktionsweise, die Unterscheidung zwischen Produktionsweise und Austauschweise, die Unterscheidung zwischen Produktionsweise, Reproduktionsweise und Lebensweise etc.. Man sollte seine Theorietradition kennen, um sie nutzen zu können.

# Europäische Wirtschaft sucht Zukunft – Neu gegründetes „Forum Progressive Wirtschafts- politik“ sucht Antworten

von Arno Brandt



⇒ Dr. Arno Brandt, geboren 1955, ist Ökonom und Vorsitzender des Forums für Politik und Kultur in Hannover. Er lebt in Lüneburg.

Foto: © privat

„Das deutsche Wirtschaftsmodell ist tot. Angesichts der durch die Politik Trumps und Putins vorangetriebenen geopolitischen Umbrüche muss an seine Stelle ein europäisches Wirtschaftsmodell treten, das auf größere wirtschaftliche Souveränität und einen starken europäischen Binnenmarkt ausgerichtet ist“, so Carsten Sieling, Vorsitzender des neu gegründeten Forums Progressive Wirtschaftspolitik bei der Eröffnung der Tagung „Zukunft des europäischen Wirtschaftsmodells“ am 30./31. Januar in Springe. Über 70 Ökonominen und Ökonomen sowie sozialdemokratisch orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitikerinnen und -politiker haben die Grundpfeiler eines zukunftsfähigen europäischen Wirtschaftsmodells beraten. Im Mittelpunkt standen Fragen der europäischen Handels-, Finanz-, Innovations- und Klimapolitik.

## Europa außerhalb des bisherigen Stabilitätskorridors

Prof. Kurt Hübner (University of British Columbia) konstatierte, Europa habe aufgrund tiefgreifender endogener und vor allem exogener Krisen den bisherigen Stabilitätskorridor verlassen. Deshalb könne es sich nicht darauf beschränken, die herkömmlichen Krisenlösungsmechanismen weiter anzuwenden. Die erratische Handels- und Zollpolitik der

USA unter Donald Trump habe erhebliche außenwirtschaftliche Verwerfungen ausgelöst. Zugleich stelle China eine strategische Herausforderung für Europa dar – geprägt durch eine konsequente Hightech-Orientierung, die starke Exportausrichtung auf den europäischen Markt sowie technologische Vorsprünge insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Angesichts dieser Entwicklungen, die außerhalb des traditionellen Stabilitätskorridors liegen, befindet sich Europa in einer Phase überlagernder und sich gegenseitig verstärkender Krisen: Alte Lösungen versagten, während neue Antworten bislang noch nicht erkennbar seien.

Eine Antwort Europas müsse eine integrierte europäische Industriepolitik sowie missionsorientierte Innovationspolitik sein, um Schlüsseltechnologien gezielt voranzubringen und strategische Abhängigkeiten zu reduzieren. Nur so ließen sich die zum Teil erheblichen Innovationsvorsprünge Chinas aufholen. Ausgangspunkt müssten, so die Innovationsökonomin Uwe Cantner (Friedrich-Schiller-Universität Jena) und Dirk Fornahl (Universität Bremen), die vorhandenen Stärken Europas sein.

## Exportmodell Deutschlands gerät unter Druck

Die Ökonomin Sabine Stephan (IMK) stellte gleich das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell angesichts der geopolitischen Veränderungen in Frage. Rückblickend zeige sich, dass seine außenwirtschaftliche Säule zunehmend bröckele. Diese Erosion stehe in direktem Zusammenhang mit der wachsenden Systemkonkurrenz zwischen den USA und China. Deren industrie- und handelspolitische Strategien blockierten zunehmend die bisherigen Absatzmärkte der deut-

schen Wirtschaft. Der Exportrückgang der deutschen Industrie werde sich voraussichtlich fortsetzen, da die Ursachen struktureller Natur seien und sich die Systemkonkurrenz zwischen den USA und China nicht kurzfristig auflösen werde. Zusätzlich verschärfe sich die Lage durch steigende Kosten – unter anderem infolge höherer Energie- und Rohstoffpreise. Nur ein Kurs strategischer Autonomie, der stärker auf den europäischen Binnenmarkt ausgerichtet sei, könne einen Ausweg markieren. In diese Richtung argumentierte auch Michael Schrodi, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Die binnenwirtschaftlichen Impulse durch das Sondervermögen des Bundes und auch die Bereichsausnahme für militärische Beschaffungen würden vielfach noch unterschätzt und begannen erst zu wirken. Eine Neuformulierung der Schuldenbremse, um die staatliche Investitionspolitik zu verstetigen, sei der nächste logische Schritt.

### **Handelspolitik: Keine Eskalation, sondern „faire Kooperation“**

Eine protektionistische Gegenreaktion der EU auf hohe US-Strafzölle hält der Vorsitzende des Handelspolitischen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Bernd Lange, für kontraproduktiv. Dies sei auch für Europa mit erheblichen Kosten verbunden. Handelskriege führten am Ende zu einem „Negativsummenspiel“. Eine Strategie der „fairen Kooperation“ sei demgegenüber sinnvoller: stark, ausgewogen und regelbasiert – mit dem Ziel, europäische Interessen zu schützen, ohne eine Eskalationsspirale in Gang zu setzen.

### **Verschiebung der Prioritäten in der EU-Klima- und Wirtschaftspolitik**

Kontrovers diskutiert wurden die klimapolitischen Implikationen. So verwies Nicola Brandt von der OECD auf die erfolgte Gewichtsverschiebung innerhalb der europäischen Wirtschafts- und Klimapolitik. Statt eines „New Deal“-Ansatzes stehe nunmehr eine Politik der „Wettbewerbsfähigkeit“ im Zentrum der europäischen Agenda. Im besten Fall zeichne sich ein Strategiemix ab, der Wettbewerbs-

fähigkeit und Klimaschutz stärker miteinander verknüpfe. Demgegenüber rechnete Matthias Machnig mit der bisherigen Klimapolitik ab, die einer Reihe von Fehleinschätzungen vor allem in der Energiepolitik erlegen gewesen sei. Die erheblichen Kostenbelastungen für die Industrie hätten Deindustrialisierungsprozesse zur Folge. Künftige Klimapolitik müsse daher strikt kosteneffizient gestaltet werden.

### **Reformbedarf und europäische Handlungsfähigkeit**

Am Beispiel Bremens legte der Bremer Bürgermeister und amtierende Bundesratspräsident Andreas Bovenschulte zentrale Eckpunkte sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitik in dieser Umbruchphase dar. Neben einer auch nachfrageseitigen Stärkung des europäischen Binnenmarktes sowie dem Plädoyer, Löhne und Einkommen darin vor allem als Nachfragesegment zu sehen, seien Innovationen notwendiger denn je. Auf Grundlage konsequenter Weiterentwicklung der Qualifikation von Beschäftigten komme der gelingenden Implementation neuer technologischer Optionen besondere Bedeutung zu. Dabei verwies er anhand verschiedener Beispiele Bremens auf die Bedeutung der Rüstungsnachfrage, die etwa in der Raumfahrt eine Realisierung bislang ungenutzter Potentiale ermögliche.

Das Fazit des Forums: Eine Reform des europäischen Wirtschaftsmodells ist nötig. Ziel muss die wirtschaftliche Souveränität der EU gegenüber den rivalisierenden Machtblöcken der USA und Chinas sein. Ein zentrales Element dabei ist ein Regulierungs- und Investitionsmodell, das den europäischen Binnenmarkt stärker in den Fokus rückt. Strategische Schlüsselindustrien müssen gezielt gefördert und Investitionen in Klimaschutz, Innovation sowie soziale Infrastruktur deutlich erhöht werden. Nur so kann die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern und gleichzeitig sozialen Zusammenhalt sowie ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten.

Wesentliche Stolpersteine auf dem Weg zu einem neuen europäischen Wirtschafts-

modell sind divergierende Interessen der EU-Mitgliedstaaten sowie überholte Regeln im institutionellen Gefüge der Europäischen Union.

### **Gründung des Forums Progressive Wirtschaftspolitik**

Im Rahmen der Tagung wurde das Forum Progressive Wirtschaftspolitik gegründet. Es soll künftig als Schnittstelle zwischen progressiver Wirtschaftswissenschaft und sozialdemokratischer Finanz- und Wirtschaftspolitik

wirken. Ziel des Forums ist es, wissenschaftlich fundierte Impulse für eine aktive, solidarische und europäisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik zu entwickeln und in den politischen Diskurs einzubringen.

Vorsitzender des Forums ist Carsten Sieling, stellvertretende Vorsitzende sind Michael Schrodi und Theresia Stahl (Universität Regensburg). Vorstandsmitglieder sind u.a. Tim Klüssendorf, Peter Bofinger, Hagen Krämer (Keynes-Gesellschaft), Gisela Färber (Speyer), Arno Brandt sowie Leonie Gebers. ■

# Rezension: Wie der Kapitalismus die Welt veränderte

von Michael Krätke

*Friedrich Lenger*

**Der Preis der Welt.**

**Eine Globalgeschichte des Kapitalismus**

*C.H. Beck Verlag, München 2023*

**669 Seiten, 19,95 €**

Wer die Welt verändern will, sollte sie kennen und verstehen, wer den Kapitalismus überwinden will, sollte sich mit ihm auskennen. Seit der letzten großen Finanzkrise beschäftigen sich auch Historiker wieder gründlicher mit dem Kapitalismus, in den englischsprachigen Ländern blüht die „Neue Geschichte des Kapitalismus“. Der Gießener Geschichtspräsident Friedrich Lenger, der mit diesem mehr als 600 Seiten starken Band sein Alterswerk vorlegt, hat zu dieser Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte viel beigetragen. Wie die meisten seiner Kollegen traut er den in den Sozialwissenschaften mal wieder beliebten Untergangsprophetien nicht über den Weg.

Wie soll man eine Geschichte des Kapitalismus heute schreiben? Als Globalgeschichte, im Blick auf das Weltsystem, das der Kapitalismus in den letzten Jahrhunderten hervorgebracht hat. Ohne die besondere Rolle, die Europa dabei gespielt hat, klein zu reden. Ohne die europäische Expansion, ohne die europäische Kolonialpolitik hätte es den globalen Kapitalismus von heute kaum gegeben. Wie soll man die Geschichte des Kapitalismus gliedern? Das ist nicht so einfach, wenn man den Stand der wirtschaftshistorischen Forschung ernst nimmt.

Anders als in der angelsächsischen „Neuen Kapitalismusgeschichte“ üblich, bemüht sich der Autor um die Klärung des Begriffs. Was soll man unter Kapitalismus verstehen, wenn man die ganze Welt und obendrein mehrere Jahrhunderte, von seiner Entstehung bis zur Gegenwart in den Blick nehmen will? Kapitalismus war und ist ein umstrittener Begriff, in der auf Reputation bedachten Wissenschaft lange als Kampfbegriff verpönt. Ein Problem

für alle Kapitalismus-theoretiker und -kritiker: Austausch, Geld, Preise, Märkte, Lohnarbeit, Kredit, Banken, sogar Kapital gab es schon lange vor der Zeit des modernen Kapitalismus. Welthandel, sogar einige Weltmärkte gab es schon lange vor der Industrialisierung.

Lenger zieht einige der klassischen Autoren in diesem umkämpften Feld zurate, Karl Marx, Max Weber, Joseph Schumpeter. Marx, den er im Folgenden oft zustimmend zitiert, fertigt er zugleich ab – mit dem unbestreitbaren historischen Faktum, dass kapitalistische Produktion Jahrhunderte lang, teils bis heute, mit unfreien Arbeitern, sehr oft mit Sklaven betrieben wurde. Folglich sei Marx' Mehrwerttheorie, die freie Lohnarbeit voraussetzt, unbrauchbar. Da Marx auch nicht erklären könne, wie Profite im Handel entstünden, müsse seine Mehrwerttheorie endgültig aufgegeben werden. Es stimmt leider, dass Marx weder den Kapitalismus mit Sklavenarbeit noch die Verwertung des Handelskapital zureichend erklärt hat – und sich die Marxisten mit beidem bis heute schwertun. Max Webers Thesen zur protestantischen Ethik seien oft genug widerlegt und seine Unterscheidung zwischen „politischem“ und „rationalem“ Kapitalismus nicht durchzuhalten, eine scharfe Abgrenzung der Epoche des „modernen“, im Weberschen Sinn „rationalen“ Kapitalismus sei nicht möglich. Schumpeter habe die zentrale Rolle des Kredits für die kapitalistische Entwicklung zu Recht betont (ein Gedanke, der allerdings von Marx stammt). So kommt Lenger zu einer „Arbeitsdefinition“ des Kapitalismus: Eigentumsrechte plus Warenmärkte plus Gewinnchancen und -streben. Erst ganz am Schluss kommt er darauf zurück, um die Charakteristika der kapitalistischen Dynamik zu betonen: Expansion über alle Grenzen hinweg, ohne Rücksicht auf die ökologischen Folgen, gewalttätig und nach Marktbeherrschung aus.

In dieser Darstellung spielen zwei Akteure die Hauptrolle: die Kapitalisten und die Staaten bzw. die politischen Machthaber. Sklaven

und Lohnarbeiter tauchen nur auf, wenn sie offen revoltieren. Im Kapitalismus agieren Kapitalisten gegen andere Kapitalisten und Staaten gegen andere Staaten. Von den Krisen und Konjunkturen, der augenfälligsten Bewegungsform des Kapitalismus, ist nur selten die Rede. Nach der ersten großen Depression Ende des 19. Jahrhunderts und der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre werden nur die Finanzkrisen der Gegenwart behandelt. Das ist misslich, weil der historische Zusammenhang von Krisen und Transformationen im Gang der kapitalistischen Entwicklung kaum zu übersehen ist.

Gegen die übliche Praxis und die Erwartungen vieler Leser verwirft Lenger alle gängigen Periodisierungen der Kapitalismusgeschichte. Also ist weder vom Monopol- noch vom Spätkapitalismus die Rede. Am Ende ist der Kapitalismus noch lange nicht, der Ausgang seiner langen Geschichte bleibt offen. Große Zäsuren und Epochenbrüche lehnt der Autor ebenso ab wie eine eindeutig bestimmte Abfolge von Epochen oder Perioden. Stattdessen arbeitet er mit einigen wenigen „Grundformen“ des Kapitalismus: Handelskapitalismus, Agrarkapitalismus, Finanzkapitalismus, Industriekapitalismus. Die seien historisch veränderlich und würden in immer neuen Kombinationen auftreten. Am Rande spricht der Autor auch von unterschiedlichen „Investitionsregimes“ (Marxisten würden das „Akkumulationsregimes“ nennen), ohne diese Idee jedoch systematisch zu verfolgen. So ist seine Einteilung konventionell, in längeren oder kürzeren Zeitabschnitten. Doch der Übergang von der Vorherrschaft des Handelskapitals, das bereits die Produktion ergreift und Proto-Industrien hervorbringt, zur Industrialisierung bleibt unverkennbar ein großer Einschnitt in der Kapitalismusgeschichte.

Weil der Autor als Historiker auf der Höhe des internationalen Forschungsstands argumentiert, kann man aus seinem Buch viel lernen, auch wenn die Gesamtkonzeption unbefriedigend bleibt. Er verfolgt den Zusammenhang von kapitalistischer Entwicklung und der Entstehung und Entwicklung des modernen Staats in Europa und darüber

hinaus, allerdings nicht systematisch. Unbestreitbar haben frühmoderne Staaten in ihrem Expansionsdrang eine Pionierrolle in der kapitalistischen Entwicklung gespielt und Formen des „Staats-“ bzw. „Kronkapitalismus“ hervorgebracht, die Privatunternehmern den Weg ebneten. Handelskapitalisten, mit oder ohne staatliche Hilfe, agierten als Vorreiter des europäischen Kolonialismus. Der allerdings – das muss betont werden – nirgendwo ohne direkte Unterstützung und ohne Allianzen mit einheimischen Mächten und Machthabern Fuß fassen konnte. Von kolonialer Herrschaft kann daher nur selten bzw. erst in jüngster Zeit die Rede sein. Ob Kolonien je profitabel waren, außer für einige Privatunternehmer, wurde von den Zeitgenossen und wird bis heute diskutiert. Lenger teilt die Zweifel an der These, der Aufstieg Europas sei kolonialer Ausbeutung zu verdanken, und hält den Begriff des Imperialismus für wenig erhellend. Dafür bietet er eine neue und überraschende Sicht auf den Prozess der Industrialisierung: Er versteht die industrielle Entwicklung in Europa als eine erfolgreiche Importsubstitution, die Europa von den Importen aus Asien unabhängig machte – und erst dadurch und danach eine neue Abhängigkeit z.B. Indiens von Großbritannien zustande brachte.

Um die Globalgeschichte des Kapitalismus zu schreiben, muss man seine lokalen und regionalen bzw. nationalen Besonderheiten kennen und bestimmen. Zum Beispiel die Eigenart des englischen bzw. britischen Gentleman Kapitalismus, der auf einer spezifischen Verbindung von Großgrundbesitz, Welthandel und Finanz beruht. Eurozentrismus kann man dieser Darstellung nicht vorwerfen. Ebenso wenig das Gegenteil, das Herunterspielen der Rolle Europas (und Nordamerikas), der Weltregionen, die die kapitalistische Entwicklung seit 1700 und bis vor wenigen Jahren dominiert haben. Wie diese Geschichte weitergeht, dazu schweigen Historiker lieber. ■

## Rezension: Richard Saage zu Max Adler

von Thilo Scholle

*Richard Saage*

**Max Adler. Schlaglichter auf eine politische Biographie**

*LIT Verlag, Münster 2025*

**292 Seiten, 44,90 €**

Max Adler (1873–1937) gehört zu den zentralen Impulsgebern linksozialdemokratischer Theorieentwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Schon während des Jurastudiums in Wien in sozialdemokratischen Intellektuellenzirkeln vernetzt, gehörte er um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert neben Otto Bauer, Rudolf Hilferding und anderen zu den Begründern der austromarxistischen Theorieströmung. Zum Kern austromarxistischen Denkens gehörte die Vorstellung des Marxismus als einer Sozialwissenschaft, die stets auch im Dialog mit anderen Denkrichtungen weiterzuentwickeln blieb. Nach der Revolution ab dem Jahr 1919 kurzzeitig Landtagsabgeordneter, wirkte Adler vor allem in der Bildungsarbeit der Arbeiter\*innenbewegung, und nahm eine außerordentliche Professur für Soziologie an der Universität Wien wahr. Politisch stand Adler auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie, und entfaltete auch in Deutschland Wirkung, so trat er auf der Reichskonferenz der Jungsozialisten in Jena 1925 als zentraler Redner für den linken Hannoveraner Kreis auf – gegen den vom Hofgeismarer Kreis benannten Staatsrechtler Hermann Heller.

Richard Saage, zuletzt Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte in Halle, hat in den letzten Jahren unter anderem eine politische Biografie zu Karl Renner sowie eine umfassende Aufsatzsammlung zu Otto Bauer vorgelegt, und schließt mit der vorliegenden Arbeit gewissermaßen die Vorstellung der „großen Drei“ des Austromarxismus ab. Die einzelnen Texte des Bandes sind teils bereits an anderer Stelle erschienen, und konzentrieren sich auf die Einordnung inhaltlicher Aspekte von Max Adlers Werk. Unterteilt werden die Texte in die beiden Abschnitte „Adler als Philosoph“ und „Adler als politischer Theoretiker“.

In seiner politischen Philosophie bezog Adler sich intensiv auf das Werk Immanuel Kants. Anders als bei den meisten sich auf Kant beziehenden „ethischen Sozialisten“ blieb Adler dabei jedoch an Marx orientiert und lehnte eine nur ethisch fundierte Begründung sozialistischen Denkens ab. Einleitend hält Saage fest: „Adlers Originalität besteht darin, dass er den Spieß umdreht. Ausgehend nicht von Kants Ethik, sondern von seiner Erkenntnistheorie, setzt er den Neukantianismus nicht zur Kritik, sondern zur Verteidigung des Marxismus ein. Ihm zufolge „kommt der Sozialismus nicht, weil er ethisch berechtigt ist, sondern weil er kausal bewirkt wird. (...) Aber dieses Zusammenfallen der kausalen Entwicklungsnotwendigkeit mit der ethischen Berechtigung ist ein soziologisches Problem, das innerhalb des Marxismus nur kausal zu lösen ist. Es wird sich zeigen, dass diese Lösung in dem Begriff des vergesellschafteten Menschen liegt, der durch seine Kausalität schließlich dazu getrieben wird, das zu verwirklichen, was er sittlich für geboten hält.“ Damit wende er sich mit Kants Erkenntnistheorie gegen den Revisionismus. „Die Konvergenz zwischen Sein und Sollen, so müssen wir Adler interpretieren, trete nur dann ein, wenn die ethische Billigung auf sozio-ökonomische Bedingungen trifft, die ihr notwendig zu einer sozialen Massenbasis verhilft.“

Durchaus problematisch sind Adlers Einschätzungen zur Sowjetunion. So kritisiert Saage Adlers Lenin-Bild, das zwischen einem eher kritischen Blick auf einen Lenin, der vormoderne philosophische Positionen beziehe und letztlich Front gegen die westliche Aufklärung mache, und einem Lenin, der als Held der proletarischen Revolution gefeiert werde, oszilliere. Nicht unproblematisch bleibt auch Adlers Blick auf das Individuum: Wie im utopischen Denken üblich, verdanke der Mensch alles, was ihn bestimme, der Allgemeinheit. Bei einer Fundamentalopposition gegen eine solidarische Gesellschaft könne es sich daher nur um Einzelfälle handeln. Spannend vor

diesem Hintergrund ist auch die Kontroverse von Max Adler mit dem der Sozialdemokratie nahestehenden Rechtswissenschaftler Hans Kelsen. Während Kelsen für Gewaltenteilung plädiert habe, habe Adler für eine zentralistische Verwaltung argumentiert und seine „soziale Demokratie“ von allen Institutionen entblößt, die zur Kontrolle von Machtzusammenballungen eine zentrale Rolle spielten. Für Kelsen sei auch in einer solidarischen Gesellschaft das Herrschaftsproblem keineswegs aus der Welt geschafft. Für Adler galt dies als Vorstellung, die auf dem Individuum der bürgerlichen Gesellschaft beruhte, und daher für den auf dem Weg zum Sozialismus sich entwickelnden „Neuen Menschen“ keine Rolle mehr spielen würde. Auch Adlers Kontroverse mit Hermann Heller wird diskutiert. Für Adler sei die Arbeiter\*innenbewegung vor allem als Kulturbewegung zu begreifen, die Vorrang gegenüber einem rein interessenorientierten „Magensozialismus“ habe. Heller dagegen vertrete das Primat der Empirie des proletarischen Alltags. Er strebe die aktive Schaffung des sozialen Rechtsstaats unter den gegebenen demokratischen Bedingungen der Weimarer Republik an. Im zeitgenössischen Kontext habe vor allem Otto Bauer versucht, ein weiteres Auseinanderdriften dieser Ansätze zu verhindern. Bauer habe die Gefahr, durch den überschießenden Gesinnungsozialismus im Sinne Adlers den Aktiven in der Partei sowohl zu wenig tatsächliche Orientierung zu bieten wie auch unbeabsichtigt weitere Abwendung von der Marxschen Theorie zu provozieren erkannt. Bauer habe selbst auch stärker versucht, die konkreten gesellschaftlichen Machtverhältnisse in die Analyse und Ableitung einzubeziehen.

Als wesentliche Erkenntnis seiner Studien hält Saage fest, durch Adlers Werk gehe ein tiefer Riss, der seinen Ursprung in der Differenz zwischen dem wissenschaftlichen bzw. philosophischen und dem politischen Austromarxismus habe. Die erste Variante sei in Wien vor dem Ersten Weltkrieg entstanden und im Kern eine marxistische Forschungsgemeinschaft junger Akademiker gewesen: „Ihre Zielsetzung bestand darin, arbeitsteilig und interdisziplinär die Marxsche Methode

auf komplizierte gesellschaftliche Gemengelagen in der Habsburger Doppelmonarchie anzuwenden.“ Die zweite Variante sei aus der Auflösung dieser Strömung im Weltkrieg hervorgegangen, als viele ihrer Mitglieder politische Verantwortung in der aus der Revolution hervorgegangenen Ersten Republik übernommen hätten.

Richard Saage ist ein Band gelungen, der Adlers Denken nicht nur für sich rekonstruiert, sondern es auch als Teil der sozialdemokratischen Ideengeschichte einordnet und mit Blick sowohl auf Impulse wie auch Irrungen prägnant analysiert. Saage hat sicherlich Recht, wenn er bei Adler Schwierigkeiten feststellt, seine durchaus inspirierenden theoretischen Überlegungen in politische Praxis zu übertragen – auch wenn Adlers Zugriff auf Kant in Verbindung mit Marxschem Denken nicht nur originell, sondern bis heute durchaus beachtlich bleibt. Deutlich wird allerdings gerade mit Blick auf den politischen Denker Adler, dass sich aus dem Dialog von Max Adler mit Kritikern wie etwa Hans Kelsen fast mehr lernen lässt als „nur“ von Adler selbst. ■

# Nachrichten aus dem Verein für Demokratie und Völkerverständigung e.V.

Liebe Mitglieder des Vereins,

seit dem Sommer letzten Jahres hat Viktoria Peter als hauptamtliche Redakteurin die Neuausrichtung unseres Projekts maßgeblich mit vorangetrieben. Neben der Koordinierung unserer redaktionellen Angebote in Print und Online hat Viktoria auch den Rahmen für unsere diesjährige Frühjahrstagung mit entwickelt. Viktoria hat sich nun entschieden, beruflich neue Wege einzuschlagen. Für ihre Arbeit in den letzten sechs Monaten danken wir ihr sehr – und freuen uns, dass sie ehrenamtlich weiterhin in unserem Zusammenhang aktiv bleibt!

Seit dem 01. Februar 2026 hat Dirk Meyer die hauptamtliche Stelle als Chefredakteur übernommen. In den 1990er Jahren war er bereits ehrenamtliches Mitglied der Redaktion, später dann über 20 Jahre in Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen sowie fast acht Jahre in zwei Bundesministerien beschäftigt. Eines seiner Ziele in der neuen Funktion ist es, das online-Angebot entlang der Diskurs-

stränge der spw weiterzuentwickeln sowie eine Netzwerkstruktur von progressiven Redaktionen und Initiativen aufzubauen. Dirk ist über [dirk.meyer@spw.de](mailto:dirk.meyer@spw.de) erreichbar.

Einen Wechsel gab es zudem im Bereich der studentischen Beschäftigten: Laurenz Lennardt wird sich dem Abschluss seines Studiums und neuen Plänen widmen und hat seine Stelle bei uns aufgegeben. Wir danken Laurenz sehr für seine Arbeit, die viel zur aktuellen Entwicklung unseres Vereins beigetragen hat.

Seit dem 1. März 2026 hat Josephine Kiecol die Stelle von Laurenz Lennardt übernommen. Josephine kommt aus Köln und studiert nach einer Zeit in Lüneburg aktuell in Osnabrück den Master „Conflict Studies and Peacebuilding“. Sie bringt viel Erfahrung aus sozialdemokratischen Kontexten mit und hat Lust, sich vielseitig für Verein und Zeitschrift einzubringen. ■

Mit solidarischen Grüßen

Thilo Scholle

## Termine

**28. April 2026, 19.30 Uhr**

**Michael Krätke:  
Alte und Neue (Unordnung)**

Künstlerhaus,  
Sophienstr. 2, Hannover

Veranstalter: Forum für Politik und Kultur  
Hannover

**29. April 2026, 19.30 Uhr**

**Michael Krätke:  
Kant und Marx**

Kant Museum im Ostpreußischen  
Landesmuseum,  
Heiligengeiststr. 38, Lüneburg

Veranstalter Forum für Politik und Kultur  
Lüneburg

**15. Juli 2026, 19.30 Uhr**

**Sven Beckert,  
Kapitalismus – Geschichte einer  
Weltrevolution**

Veranstalter: Forum für Politik und Kultur  
Hannover

# spw

SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und  
Wirtschaft seit 1978.

Gedruckte Zeitschrift viermal im Jahr.

Im Verein möglich machen:  
Zeitschrift und Öffentlichkeit, Theorie und Diskurs.

Eine neue spw-Plattform im Netz schaffen:  
E-Paper, Podcast, Netzwerke.

**Jetzt Vereinsmitglied werden. Gemeinnützig.**



**[spw.de](http://spw.de)**